

21

Bonn, Freitag 20. September 1968

Sprecher: Barzel, Blank, Dufhues, Fay, Filbinger, Gradl, Hahn, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, Meyers, Schäfer, Scheufelen, Schmücker, [Schroder], Schwarzhaupt, Stingl, Streibl, von Weizsäcker.

Bericht über die Sitzung des CDU-Bundesfinanzausschusses. Verlauf des Parteitags in Berlin. Umwandlung des Wirtschaftsrats in eine Vereinigung. Umwandlung der Landesverbände Exil-CDU und Oder/Neiße in eine Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Wahlkongreß, Eröffnungskundgebung und Parteitag 1969. Beratung und Beschlußfassung über den von der Programmkommission vorgelegten Entwurf eines Aktionsprogramms. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr

Ende: 18.45 Uhr

Heck: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzende wird sich etwas verspäten. Er hat mir sagen lassen, wir möchten schon mit den Beratungen beginnen. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Wird das Wort gewünscht? (Schmücker: Ich würde gern einen Bericht geben über die gestrige Sitzung des Finanzausschusses.¹⁾ Ich glaube, es ist zweckmäßig, daß wir diesen Bericht vorweg hören. – Bitte sehr!

BERICHT ÜBER DIE SITZUNG DES BUNDESFINANZAUSSCHUSSES

Schmücker: Gestern hat der Bundesfinanzausschuß der Partei getagt. Zu dieser ersten Sitzung seit meiner Amtszeit als Bundesschatzmeister wurden auf Anregung von Herrn Dr. Kohl die Vorsitzenden der Landesverbände ebenfalls eingeladen, die auch in großer Zahl teilgenommen haben.

Nach einem Bericht über den Stand der Finanzen der Bundespartei und des Etats von 1968 hat der Bundesfinanzausschuß vor allem drei Problembereiche beraten: 1. Die Führung der Geschäfte durch den Bundesschatzmeister, 2. die Koordinierung der Spendenarbeit und 3. den Entwurf einer Beitrags- und Finanzordnung.

Dabei wurde über folgende Fragen Einmütigkeit erzielt: 1. Die Aufgabe des Bundesschatzmeisters ist vor allem, für die Deckung des Etats die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Ich lege das Schwergewicht auf diese Betonung, weil ich weniger in den Vollzug einbezogen werden möchte. Die Beschaffung der Mittel erfolgt aus drei Einnahmequellen: Mitgliederbeiträge, öffentliche Mittel und freie Mittel. Aus diesen Beträgen sollen rechtzeitig, d. h. Monate im voraus, der Geschäftsstelle zur Deckung des Etats die Beträge zur Verfügung gestellt werden.

¹ Protokoll vom 19. September 1968 in ACDP 07-001-051/1.

Über den Etat und die ihm im Rahmen des Etats zur Verfügung gestellten Beträge verfügt der Bundesgeschäftsführer bzw. der Generalsekretär frei und voll verantwortlich. Ich bitte um Verständnis für diese Maßnahme; ich halte es nicht für gut, daß die Schecks in großer Höhe von mir unterschrieben werden müssen, ohne daß ich eine Kontrollmöglichkeit habe. Ich bin der Meinung, daß die Beschaffung der Mittel von der Ausgabenwirtschaft getrennt werden muß und daß für die Ausgabenwirtschaft die Bundesgeschäftsstelle voll verantwortlich ist und daß dort die üblichen Prüfungen gemacht werden, aber daß diese Dinge nicht durcheinander gewürfelt werden.

Der Geldverkehr zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden bezüglich der Einnahme und der Verwaltung der Mitgliedsbeiträge soll nach wie vor unmittelbar erfolgen. Über die öffentlichen Mittel verfügen der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister gemeinsam. Sie werden in der Bundesgeschäftsstelle vereinnahmt und verwaltet. Über den Ausbau der stellvertretenden Zeichnungsberechtigung sollte das Präsidium gelegentlich einen Vorschlag machen. Ich weiß nicht, welche Instanz das bestätigen muß. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen. Für das Hereinholen von Spenden und Geldern gegen die Hergabe von wirtschaftlichen Gegenleistungen wird der Bundesschatzmeister sich wie bisher des Unionverlages bedienen.

Vorgestern hat der Aufsichtsrat des Unionverlages² getagt. Herr Dr. Scheufelen, der seit der Gründung des Unionverlages den Vorsitz innehat, hat vorgeschlagen, daß der Vorsitz, wie es auch ursprünglich vorgesehen war, durch den Schatzmeister eingenommen wird. Dieser Wechsel im Vorsitz hat noch nicht stattgefunden, und ich finde es deshalb auch sinnvoll, daß ich mich der Einrichtung des Unionverlages bediene, um meine Aufgaben als Bundesschatzmeister zu erfüllen.

Es wurde grundsätzlich Einmütigkeit darüber erzielt, daß eine bestimmte Gruppe von Firmen unmittelbar durch die Spitze der Industrie angesprochen wird. Das ist eine Gruppe von 114 Firmen, eine weitere Gruppe finanzkräftiger Unternehmen, etwa 500, grundsätzlich durch den Schatzmeister und die Landesverbände gemeinsam. Die Abstimmungsmodalität brauche ich hier nicht im einzelnen zu erläutern. Für die Zahlung dieser Firmen werden z. T. wirtschaftliche Gegenleistungen erbracht werden müssen. Der verbleibende Erlös wird gemäß den bestehenden Verträgen zwischen dem Unionverlag und dem Landesverlag abgerechnet, und zwar 50 % an die Landesverbände.

Das Verfahren und die Kostendeckung für dieses Verfahren wurden im einzelnen besprochen und festgelegt. Weitere 13.500 wirtschaftsstarke Firmen sollen ohne Einschaltung der Bundespartei von den Landesverbänden – und das wird in der Praxis bedeuten, wesentlich von den Kreisverbänden – angegangen werden. Dem Bundesfinanzausschuß und den Landesvorsitzenden habe ich als Diskussionsgrundlage einen Entwurf für eine Beitrags- und Finanzordnung vorgelegt. Bei diesem Entwurf haben folgende Überlegungen gestanden: Die bisherige Beitrags- und Finanzordnung stammt aus dem Jahre 1959 und war nur vorläufig. Nach der Verabschiedung des neuen Statuts in

² Der Unionverlag wurde im Dezember 1959 gegründet als „Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH“, der Eintrag ins Handelsregister erfolgte am 27. Januar 1960. Vgl. auch Nr. 25 Anm. 37.

Braunschweig³ müssen die Bestimmungen der Beitrags- und Finanzordnung dem geltenden Statut angepaßt werden. Das Parteiengesetz enthält eine Reihe von zwingenden Vorschriften, die wir erfüllen müssen. Die schwierigste wird sein, daß, wenn die Sonderausgaben des Bundesanzeigers mit allen Beilagen, Herr Fraktionsvorsitzender, erscheinen, jede Landespartei die Abrechnung meinem Bericht beifügen muß. Ich will also, daß Sie sich vorstellen, in welchem Umfang der Bundesanzeiger demnach zu erscheinen hat. Das wird dem Bundestagspräsidenten zugeleitet und dann im Bundesanzeiger veröffentlicht. Das wird natürlich eine interessante Basis sein für Kapitalspiele und ähnliche Dinge usw.

Für uns ist das mit einem großen Aufwand an Arbeit verbunden. Wir wollen es erst einmal durchprobieren, und dann muß weiter darüber geredet werden. Mir kommt es sehr darauf an, daß wir bei der Finanzierung das höchstmögliche Ergebnis erzielen. Darum ist die Zusammenarbeit der Landesverbände mit dem Bundesschatzmeister, aber auch der Vereinigungen mit dem Bundesschatzmeister unbedingt notwendig. Es ist doch so, daß, wenn jemand von verschiedenen Seiten angegangen wird, wahrscheinlich keiner etwas bekommt, weil es immer auf den anderen geschoben wird, der habe schon etwas. Es sollen die bewährten Methoden, die wir eingeführt haben, beibehalten werden. Das ist also auch die Einschaltung der wirtschaftlichen Unternehmen.

Die Beitrags- und Finanzordnung muß nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes vom Parteitag beschlossen werden. Wir waren uns gestern sehr rasch darüber einig, daß sich der Parteitag in Berlin mit der Verabschiedung einer Beitrags- und Finanzordnung nicht beschäftigen können; andererseits hat der Bundesfinanzausschuß meiner Vorstellung zugestimmt, daß jetzt schon nach Prinzipien verfahren wird, die einerseits durch das Parteiengesetz zwingend vorgeschrieben und andererseits für eine wirkungsvolle Koordinierung der Finanzgebarung unerlässlich sind.

Zu einer wirklichen Beratung der Beitrags- und Finanzordnung und aller damit zusammenhängenden Fragen hat der Bundesfinanzausschuß gemeinsam mit den Landesvorsitzenden eine Kommission unter meinem Vorsitz gebildet. In dieser Kommission sind sowohl die Landesvorsitzenden als auch die Landesschatzmeister, Landesgeschäftsführer wie auch Vertreter der Vereinigungen. Die Bundesgeschäftsstelle nimmt natürlich an den Beratungen mit der Abordnung teil, die sie für richtig hält. Wir haben bei der Zusammensetzung dieser Kommission die regionalen Gesichtspunkte berücksichtigt. Es sind alle Landesverbände vertreten. Die Kommission ist zwölf Mann stark. Die Kommission soll noch vor dem Bundesparteitag erstmals zusammentreten; denn es besteht ja die Möglichkeit, daß auf diesem Bundesparteitag oder im Ausschuß oder im Vorstand finanzielle Fragen angeschnitten werden. Ich möchte dann die Fragen nicht ohne Beratung mit der Finanzkommission beantworten. Wir haben uns vorgenommen,

³ Zur Beratung und Abstimmung über die Satzungsänderungen vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG S. 61–109. Vgl. Hinweise zum Parteiengesetz und zum neuen Statut der CDU (o. J.) in ACDP Dokumentation 2/201/4–1–1; die Finanzordnung vom 28. September 1959 wurde ersetzt durch Beschluß des CDU-Bundesparteitags Mainz vom 18. November 1969 (vgl. Statut und Finanzordnung der CDU. Stand: März 1970. Union-Betriebs-GmbH Bonn o. J.).

bis zum Frühjahr des nächsten Jahres eine Vorlage zu erarbeiten. Wie wir dann weiter verfahren, muß im Präsidium abgestimmt werden. Ich glaube aber, daß wir fertig sein müssen, wenn wir gehalten sind, nach dem Gesetz erstmals den Bericht vorzulegen. Und das ist im Oktober nächsten Jahres der Fall. Wir müssen bis zum Oktober des nächsten Jahres für dieses Jahr den Bericht beim Bundestagspräsidenten einleiten. Bis dahin müssen wir die Finanzordnung verabschiedet haben. Alle Damen und Herren, die sich beteiligen, haben auch ihre Bereitschaft erklärt, bis März/Februar diese Arbeit unter Dach und Fach zu bringen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sich der Bundesvorstand mit dem Verfahren und den Grundsätzen, die der Bundesfinanzausschuß für die Arbeit aufgestellt hat, einverstanden erklären würde. Ich stehe natürlich selbstverständlich zu weiteren Auskünften zur Verfügung. Wenn Sie es wünschen, werde ich die Namen der Mitglieder verlesen. (*Zurufe*: Verlesen!)

Als Landesvorsitzende: Noltenius und Scheufelen, als Landesschatzmeister Boehm⁴, Schirpenbach⁵, Stoltenburg⁶, Theisen⁷ und Kiep⁸, von den Vereinigungen Russe, als Landesgeschäftsführer Herr Krey⁹, von Münster¹⁰ und Herr Schiestl¹¹, von der Bundespartei Herr Dr. Kraske und Herr Müllenbach.

Heck: Ich danke Herrn Schmücker für seinen Bericht. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich feststellen, daß der Bundesvorstand damit einverstanden ist, daß die Kommission zur Erarbeitung einer Finanzordnung, wie sie vorgeschlagen ist, vom Bundesvorstand beauftragt ist. (*Schmücker*: Und daß wir einstweilen nach den Grundsätzen verfahren, wie es gestern beschlossen worden ist!) Ja! Wir werden ja ohnehin über einige Dinge noch im Präsidium zu sprechen haben und dann dem Bundesvorstand in der nächsten Sitzung vortragen. Ich schlage vor, daß wir uns, bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, darüber verständigen, wie die Tagesordnung auf

4 In der Vorlage: Böhm. – Hans-Joachim Boehm (geb. 1920), Schatzmeister des LV Berlin.

5 Josef Schirpenbach (1906–1970), Direktor der Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster; 1928 Zentrum, 1946–1951 Vorsitzender des KV Bochum, 1946–1952 Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion, 1958–1962 MdL Nordrhein-Westfalen.

6 In der Vorlage: Scholtenberg. – Erich Stoltenburg, Schatzmeister des LV Schleswig-Holstein.

7 In der Vorlage: Kaiser. – Otto Theisen (geb. 1924), Jurist; Schatzmeister des LV Rheinland-Pfalz, 1971–1979 Justizminister von Rheinland-Pfalz.

8 In der Vorlage: Ding. – Walter Leisler Kiep (geb. 1926), Kaufmann; 1965–1976 und 1980–1982 MdB (CDU), 1967–1976 Schatzmeister des LV Hessen, 1971–1992 Bundesschatzmeister, 1976–1980 Finanzminister in Niedersachsen, 1978–1980 MdL Niedersachsen. Vgl. LEXIKON S. 295 f.

9 In der Vorlage: Breit. – Franz Heinrich Krey (geb. 1930), Journalist; 1954–1960 Kreisvorsitzender der JU Rheinisch-Bergischer Kreis, 1956–1961 Mitglied des Landesvorstands und des Deutschlandrats der JU, 1965–1974 Stadtverordneter in Bergisch-Gladbach, 1966–1977 Geschäftsführer des LV Rheinland, 1975–1990 Vorsitzender des KV Rheinisch-Bergischer Kreis, 1976–1994 MdB, 1984–1989 Bürgermeister von Bergisch-Gladbach.

10 Carl von Münster (geb. 1920), 1956–1960 Geschäftsführer des LV Hannover und 1956–1968 Geschäftsführer der CDU in Niedersachsen.

11 In der Vorlage: Diestel. – Martin Schiestl, Geschäftsführer des LV Süd-Baden.

dem Parteitag in Berlin¹² aussehen soll und wie die Arbeit auf die einzelnen Tage verteilt wird. Sie haben eine Vorlage, so daß ich das nicht im einzelnen zu verlesen brauche. Der Parteitag steht unter dem Thema, das durch die Beratungen und Verabschiedung des Aktionsprogramms gegeben ist.

VERLAUF DES PARTEITAGS IN BERLIN

Es sind drei Reden vorgesehen, das Referat des Bundeskanzlers, mein Bericht, der im großen und ganzen auch die Ausführungen enthält, die vorgesehen sind, um die Beratungen des Aktionsprogramms einzuleiten; dann der Bericht des Fraktionsvorsitzenden. Nun zur Verteilung auf die vier Tage! Der Bundesparteivorsitzende wird voraussichtlich seine große politische Rede in der Eröffnungssitzung, der ersten Plenarsitzung am Montag, halten. Wir haben dann vorgesehen, daß mein Bericht in der zweiten Plenarsitzung, das ist am Montag nachmittag, erfolgt, daß der Bericht des Fraktionsvorsitzenden am Mittwoch, dem 6. November, vormittags um 9.00 Uhr, stattfindet. Das ist zweckmäßig, weil wir das wegen der Presse ein bißchen verteilen müssen.

Es ist ein Problem, ob man mit der Beratung des Aktionsprogramms am Montag beginnen kann und am Dienstag mit etwas anderem weitermacht. Ich halte das nicht für empfehlenswert. Wir hatten bisher bei den Parteitagen die Tendenz, die Grußworte der ausländischen Gäste so knapp wie möglich zu halten, aber ich glaube, für Berlin gilt hier ein anderer Maßstab. Wir müssen in Berlin sehen, daß wir unsere ausländischen Gäste zu Wort kommen lassen. Nach allen Erfahrungen werden diese Ausführungen unter dem besonderen Eindruck der schwierigen Lage der Stadt auch einen Akzent haben, der für uns, wie ich meine, wünschenswert ist.

Wie sich das übrige Programm verteilt, können Sie aus der Vorlage ersehen. Ich möchte Ihnen die Zeit ersparen und das nicht im einzelnen vortragen. Darf ich um Wortmeldungen bitten. – Herr Dr. Barzel!

Barzel: Ich bin einverstanden mit der Verteilung, möchte nur noch darauf hinweisen, daß es ein Presseecho bei dieser Aufteilung nicht geben kann, weil am Tage darauf alles voll ist von den amerikanischen Wahlen.¹³ Aber das können wir vielleicht in Kauf nehmen.

Heck: Ich meine, das ist eine Sache, die man überlegen muß. Wir haben ja für die Partei ein Interesse daran, ein Echo zu bekommen. Aber ich schlage vor, daß wir darüber noch einmal sprechen. (*Barzel:* Das kann man ja offenhalten!) Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung, wie sie Ihnen vorliegt, und die Einteilung des Parteitags vom Bundesvorstand so genehmigt mit der Einschränkung, daß das Präsidium ermächtigt ist, den Bericht des Fraktionsvorsitzenden noch umzustellen.

¹² 4.–7. November 1968.

¹³ Am 5. November 1968 fanden in den USA Präsidentschafts-, Kongreß- und Gouverneurswahlen statt. Zum Präsidenten wurde mit 43,6% der Stimmen Richard Nixon gewählt. Vgl. AdG 1968 S. 14294f.

Kraske: Ich darf ergänzend mitteilen, der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 21. Juni den Entwurf einer Verfahrensordnung beschlossen, der in seinem vierten Teil, wie Sie aus der Tagesordnung ersehen, auch vom Parteitag gebilligt werden muß. Die Landesvorsitzenden haben sich gestern noch einmal mit diesem Entwurf beschäftigt und einstimmig angeregt, daß auf dem Parteitag nicht nur 30 stimmberechtigte Delegierte, sondern auch die vom Parteitag zu wählende Antragskommission antragsberechtigt sein soll. Wir haben darüber im einzelnen diskutiert. Es hat sich herausgestellt, daß das ganz unvermeidlich ist, um den Ablauf der Sache zu sichern. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung, daß wir die von Ihnen beschlossene Verfahrensordnung in diesem Punkt ändern und mit dieser Änderung dem Parteitag vorlegen.

Heck: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß der Bundesvorstand damit einverstanden ist, daß die Geschäftsordnung für den Parteitag in diesem Punkte so geändert wird. (*Kohl:* Zur Geschäftsordnung!) – Herr Dr. Kohl!

Kohl: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich nicht von Anfang an hier war, aber es war anders nicht möglich. Ich entnehme aus der Tagesordnung, daß – im Gegensatz zu unserer Absprache in der letzten Sitzung – das Thema „Bundespräsident“ überhaupt nicht angesprochen werden soll. Wir haben in der letzten Sitzung darüber gesprochen, daß wir hier noch einmal auf das Thema zurückkommen wollen. Ich habe zunächst angenommen, daß das vielleicht aus Gründen der Courtoisie gegenüber diesem hohen Amt nicht expressis verbis aufgeführt ist. Ich möchte doch darum bitten, daß in Anwesenheit des Bundesparteivorsitzenden wir zu irgendeinem Zeitpunkt nochmals darauf zurückkommen. Jedermann im Lande erwartet ja, daß wir einmal über dieses Thema reden.

Heck: Am besten machen wir es, wenn der Bundeskanzler da ist. (*Zuruf:* Tagen wir auch morgen?) Das hängt davon ab, wie der Gang der Beratungen sein wird. Wenn wir heute mit der Tagesordnung fertig werden, brauchen wir morgen keine Sitzung abzuhalten. Wir wollen jedenfalls soviel wie möglich heute wegarbeiten.

Wir kommen zum Punkt 1 der Tagesordnung:

UMWANDLUNG DES WIRTSCHAFTSRATS IN EINE VEREINIGUNG

Hier liegt ein Auftrag des Parteitags von Braunschweig vor.¹⁴ Es haben in dieser Sache Gespräche zwischen dem Wirtschaftsrat und der Mittelstandsvereinigung stattgefunden. Wir haben es auf die Tagesordnung gesetzt, um vom Vorstand aus noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß diese Umwandlung des Wirtschaftsrats in eine Vereinigung so vorbereitet sein muß, daß sie auf dem Parteitag als vollzogen bekanntgegeben werden kann. Ich weiß nicht, wer von den Vorsitzenden des Wirtschaftsrats und der Mittelstandsvereinigung es übernimmt, über den derzeitigen Stand der Dinge zu berichten. Das wäre für den Bundesvorstand ganz interessant. – Herr Schäfer!

¹⁴ Vgl. Nr. 19 Anm. 55.

Schäfer: Nach dem Beschluß beider Organisationen im Herbst vergangenen Jahres verhandeln seit dem März dieses Jahres zwei Verhandlungskommissionen, die versuchen, ein Konzept für eine gemeinsame Organisation zwischen der Mittelstandsvereinigung und dem Wirtschaftsrat zu entwickeln. Das ist natürlich nicht ganz einfach, wenn man die spezifischen Vorteile beider Organisationen erhalten oder gar kumulieren will. Diese beiden Verhandlungskommissionen haben zwei Konstruktionen erarbeitet, die den Vorständen beider Vereinigungen zur Genehmigung vorgelegt werden sollen, nachdem von den Parteijuristen geprüft worden ist, ob sie mit dem Parteiengesetz vereinbar [sind].

Das ist das Stadium der gegenwärtigen Verhandlungen. Es wird also mit dem Ziel weiter verhandelt, bis zum Parteitag eine Einigung in dieser Frage zu erzielen.

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Ausführungen des Generalsekretärs nicht mißverstanden werden dürfen. Es heißt, daß diese Frage bis zum Parteitag geregelt werden muß, aber bei einer Trennung würde die Mittelstandsvereinigung sich selbst auflösen. Das möchte ich doch mit allem Nachdruck sagen. Daß wir den Grenzbereich dann strittig werden lassen, d. h. also, wenn der Parteitag beschlösse, der Wirtschaftsrat wird selbständige Vereinigung, dann würde sich die Mittelstandsvereinigung am nächsten Tage selber auflösen, weil es keinen Sinn hat, daß wir den Grenzbereich zwischen den beiden hin- und herpendeln lassen und daß nachher aus der Mittelstandsvereinigung sozusagen ein kleiner Handwerkerclub wird. Darüber sind wir uns klar.

Darum dränge ich darauf, daß wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Ich wäre sehr dankbar, wenn das nicht angesehen würde als Gründung einer neuen Vereinigung, sondern daß der Zusammenschluß die stärkere Unterstützung findet; denn zwei Vereinigungen sind nicht tragbar. Das können die Organisationen nicht durchhalten. Wenn es nach Schäfer und nach mir ginge, wären wir morgen fertig.

Heck: Herr Fay!

Fay: Sie haben vorhin gesagt, der Parteitag habe beschlossen, daß die beiden Organisationen als Vereinigungen der CDU aufgenommen werden sollen. Das kann der Parteitag natürlich beschließen. Soweit ich weiß, ist aber der Wirtschaftsrat eine selbständige Organisation, die nicht auf Weisungen der Partei angewiesen ist. Ich bitte Sie, das zu klären. (*Kohl:* Sie nimmt aber den Namen der CDU in Anspruch! – *Unruhe.*) Steht das im Statut? (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Ich würde doch vorschlagen, daß möglichst einer nach dem andern spricht. So geht es ja nicht.

Fay: Ich habe die Frage gestellt, inwieweit der Wirtschaftsrat selbständig ist und ob er auf Wünsche der Partei hören soll?

Heck: Die Sache ist wie folgt: Wenn ich mich recht erinnere, ist der Wirtschaftsrat auf Initiative der CDU – aber nicht auf Initiative von Privatleuten der CDU – gegründet worden¹⁵, und zwar von denen, die dafür zuständig waren. Das ist der Punkt 1.

¹⁵ Die Gründung des Wirtschaftsrats der CDU e. V. fand am 8. Dezember 1963 in Bonn statt. Vgl. KLEINMANN S. 146–148; LEXIKON S. 692.

Der Punkt 2: Es handelt sich nicht um irgendeinen Wirtschaftsrat, sondern um einen Wirtschaftsrat, der seine Nähe zur CDU dadurch zu bekunden sucht, daß er sich den Namen „Wirtschaftsrat der CDU“ gegeben hat. An dem Punkt ist nun die Meinung in der Partei deutlich geworden; wenn der Wirtschaftsrat schon den Namen der CDU in Anspruch nimmt – infolgedessen seine Veröffentlichungen den Eindruck erwecken und er als eine Organisation der CDU angesehen und so interpretiert wird –, dann ist es notwendig, daß dieser Wirtschaftsrat einen entsprechenden Status, nämlich den einer Vereinigung, annimmt.

Nun kommt das, was Schmücker sagt, daß wir eine Wirtschaftsvereinigung nicht neben der Mittelstandsvereinigung gründen können. Deswegen das Bemühen, Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung unter einen Hut zu bringen in einer Wirtschaftsvereinigung. – Herr Dufhues!

Dufhues: Ich darf zur Klarstellung darf hinweisen, daß der Wirtschaftsrat der CDU e. V. den Namen – und damit auch Bestandteil der CDU – durch die Zustimmung des damaligen Parteivorsitzenden, des Geschäftsführenden Vorsitzenden und des gesamten Präsidiums übernommen hat. Wir legen großen Wert darauf, daß so verfahren wurde. Das entsprach den Auffassungen, die die CDU mit der Gründung und Förderung dieser Einrichtung verfolgt hat.

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Die Konstruktion ist eigentlich ziemlich einfach. Es heißt dann „Wirtschaftspolitische Vereinigung der CDU“. Wir müssen nur sehen, was wir hier an Verzahnungen sicherstellen und wie die Organisation auf der unteren Ebene ist.

Wenn wir aber zwei völlig getrennte Vereinigungen haben und dann der Streit losgeht, dann wird aus der Mittelstandsvereinigung ein Kleiner-Leute-Club. Das muß verhindert werden. Das wäre für die Partei sehr schädlich. Wir müssen die Verzahnung behalten. Ich glaube, es geht auch so. Wir müssen das Ganze mehr in diese Stoßrichtung bringen. Wir sollten also zusammenkommen.

Heck: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es ist so, daß sich der Wirtschaftsrat für seine innere Gesetzmäßigkeit den Namen der Vereinigung gegeben hat, wobei die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands CDU-Mitglieder sein müssen. Weiter hat sich der Wirtschaftsrat – das geht über die Vereinigung hinaus – der Auflage unterzogen, daß jedes Mitglied des Vorstands der Zustimmung des Präsidiums der CDU bedarf.

Aber nun ist diese Forderung da. Diese Forderung müssen wir erfüllen, wobei wir die Vorteile beider Organisationen kumulieren wollen. Da scheint die Säulen-Theorie das richtige zu sein. Im übrigen treten wir dafür ein, eine dritte Säule hinzuzufügen, nämlich die freien Berufe. Sie wissen, daß gerade die Ärzte, die Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer heute Leute mit erheblichem Einkommen geworden sind. (*Kohl:* Sie brauchen bloß den Herrn Dufhues zu betrachten! – *Heiterkeit und Unruhe.*) Diese Leute haben früher zu einem erheblichen Teil zur FDP tendiert, sie sind aber heute viel an-

sprechbarer für die CDU geworden. Dr. Mahler¹⁶ hat es übernommen, daß sich die Juristen organisieren. Man ist auch dabei, einmal zu überlegen, wie man die Arbeit der Bundestagsabgeordneten rationeller gestalten kann. Es soll einmal im Monat ein Thema behandelt werden, wobei ein Bundestagsabgeordneter über politische Dinge berichten soll. Wir werden in Nordwürttemberg auch diese dritte Gruppe schaffen. Ich sehe hier eine echte Chance für unsere Partei, (*Starke Unruhe.*) den angestrebten Prozeß zur Auflösung der FDP auf diesem Wege etwas zu beschleunigen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Ich verstehe die heutige Debatte überhaupt nicht. Ich kann mich erinnern, daß wir nun seit über drei Jahren über dieses Thema reden. Am Jahresanfang hören wir immer, daß bis zum Jahresende dieser Beschluß herbeigeführt werden soll. Ich muß das unterstützen, was Herr Schmücker gesagt hat. Wenn wir die Mittelstandsvereinigung sich jetzt selbst überlassen – die sich neben den Sozialausschüssen in einer kritischen Phase befindet – und sie auf einen Stand von Leuten reduzieren, die draußen im Lande zu den besonders Unzufriedenen gehören, dann laufen wir in eine ganz kritische Entwicklung hinein.

Warum beschließen wir heute nicht durch einen bindenden Auftrag, daß im Sinne dieser Zwei-Säulen-Theorie bis zum Parteitag verfahren wird. Das kann man dann, wenn ich es richtig verstanden habe, im ganzen Land entsprechend durchsetzen. Jedenfalls warne ich davor, diese Sache vor dem Parteitag nicht zu lösen. Diese Angelegenheit hat mit der Debatte über die Mitbestimmung in der Partei nichts zu tun, aber sie kommt psychologisch genau als Hintergrund zu der laufenden Mitbestimmungsdebatte. Ich würde doch darum bitten, nachdem sich Schmücker und Schäfer in der Sache einig geworden sind, vom Bundesvorstand aus einen Impuls in dieser Sache zu geben.

Heck: Ich habe darauf hingewiesen, daß die beiden Gruppen, die zusammen diese Vereinigung bilden sollen, in Verhandlungen sind. Es war der Zweck dieser Aussprache, daß der Bundesvorstand über den Stand der Dinge informiert wird. Ich bin der Meinung, daß eine weitere Aussprache zu dem Punkt nicht mehr sehr viel geben kann, als daß der Bundesvorstand beschließt, daß sich die beiden Säulen bis zum Parteitag einigen müssen. Das muß einfach deshalb geschehen, weil sonst mit sehr ungunstigen Initiativen auf dem Parteitag gerechnet werden muß. (*Stingl:* Ich habe das nicht ganz kapiert. Soll das eine Vereinigung werden mit zwei Säulen auf Bundesebene oder drei auf der Landesebene? – *Starke Unruhe.*) – Herr Schäfer!

Schäfer: Ich darf noch einmal sagen, daß der Wirtschaftsrat mit der Mittelstandsvereinigung darin einig ist, daß es keine zwei Vereinigungen geben kann, die Wirtschaftspolitik in der CDU betreiben. Man ist sich auch darüber einig, daß die Vorteile beider Organisationen erhalten werden. Darauf legt sowohl die Mittelstandsvereinigung wie

16 In der Vorlage: Maß. – Dr. Gerhard Mahler (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1970–1985 Vorsitzender des CDU-BV Nordwürttemberg, 1972–1976 Staatssekretär im Staatsministerium von Baden-Württemberg, 1976–1980 MdL. – Gründung des BACDJ am 9. Mai 1968 (ACDP 07–001 unverzeichnet).

der Wirtschaftsrat Wert. Dem Wirtschaftsrat geht es insbesondere darum, sich seine steuerlichen Privilegien zu erhalten.

Wenn sich bisher die Verhandlungen so lange hingezogen haben, dann hat das keine technischen Gründe. Die meisten Dinge werden ja kompliziert, wenn man sie aus der Nähe sieht, und nicht einfacher. Die Wahrung der Vorteile beider Organisationen hat zu der Lösung der Mehr-Säulen-Theorie geführt. Die Mehr-Säulen-Theorie ist inzwischen in eine Satzungsform gekleidet worden. Dieser Satzungsentwurf wird gegenwärtig von Juristen geprüft, ob er mit dem Parteiengesetz zu vereinbaren ist. Ist das der Fall, dann steht einem Zusammenschluß der beiden Organisationen auf der konzipierten Basis zu einer solchen Vereinigung nichts entgegen. (*Stingl*: Und wie werden die Steuervorteile erhalten?) Die Steuervorteile werden dadurch erhalten ... (*Schmücker*: Das ist ein Privatissimum! – *Unruhe*.) Nun, dann müßte ich Ihnen erzählen, wie wir das gemacht haben. (*Starke Unruhe*.)

Heck: Meine Damen und Herren! Ich mache auf eines aufmerksam. Die Konstruktion darf keine Scheinkonstruktion sein, über die sich der Wirtschaftsrat dem entzieht, was mit der Forderung erreicht werden soll, daß der Wirtschaftsrat eine Vereinigung der CDU ist. (*Anhaltende starke Unruhe*.) Augenblick! Bitte Ruhe! Sonst können wir die Gefahr nicht bannen, daß eine entsprechende Initiative auf dem Parteitag erfolgt. (*Schäfer*: Schon die Münsterer Vereinigung wird sich mit einer Scheinlösung nicht zufriedengeben. Dafür sorgt schon der Gesprächspartner.) Ich meine, es hat keinen großen Sinn, wenn wir jetzt die Aussprache hier weiterführen. Es wird zweckmäßig sein, wenn sich die beiden endgültig geeinigt haben, daß sie das dann vorlegen und geprüft wird, ob eine Vereinbarkeit mit dem Parteiengesetz und mit dem Statut der Bundespartei gegeben ist. Dann kann sich der Bundesvorstand noch einmal mit der Sache befassen. (*Lemke*: Sollen die Juristen mit eingebaut werden? – *Unruhe*.) Diese Sache kann man nicht übers Knie brechen. Wir haben einen Arbeitskreis der Juristen unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Meyers. Diese Arbeit kann hier nicht aufgehen. Das ist eine Spezialgruppe, die wir in dieser Weise gebrauchen. (*Sehr starke Unruhe*.) Das steht aber jetzt nicht im Vordergrund der Diskussion, sondern es wird als Konzept ins Auge gefaßt, daß die zwei Säulen gegenwärtig miteinander verhandeln und eine Vereinigung bilden wollen, um zu sehen, ob hier eine dritte möglich ist. – Herr Schmücker!

Schmücker: Herr Kohl, ich habe nicht gewußt, daß das auf der Tagesordnung stand, sonst hätte ich darum gebeten, noch eine Sitzung abzuwarten. In der nächsten Woche ist die Jahresversammlung.¹⁷ Ich hoffe, daß wir dann eine Gemeinsamkeit erzielen werden. Beim nächsten Mal werden wir darüber berichten können.

Heck: Damit können wir die Aussprache zum Punkt 1 der Tagesordnung schließen. (*Starke Unruhe*.) Der Bundesvorstand hat damit den Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung beauftragt, den Zusammenschluß beider Organisationen in einer Wirtschaftsvereinigung bis zum Parteitag zu vollziehen.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung:

17 Protokoll der 13. Mitgliederversammlung des Mittelstandskreises der CDU/CSU am 27. September 1968 in Bonn in ACDP 04-004-009/1.

UMWANDLUNG DER LANDESVERBÄNDE EXIL-CDU UND ODER/NEIßE IN EINE VEREINIGUNG DER VERTRIEBENEN UND FLÜCHTLINGE

Bevor ich Herrn Kraske das Wort gebe, darf ich Herrn Dr. Streibl, den Generalsekretär der CSU, herzlich begrüßen. (*Beifall.*)

Kraske: Meine Damen und Herren! Als wir vor dem Braunschweiger Parteitag das Statut im Blick auf das Parteiengesetz verabschiedet haben, bestand überwiegend Klarheit darüber, daß sich die beiden Landesverbände Exil-CDU und Oder/Neiße in ihrer bisherigen Form mit dem Parteiengesetz und mit dem Statut, das darauf basiert, nicht vertragen, aber weil es vor dem Braunschweiger Parteitag nicht zu einer einheitlichen Meinung über die Form der künftigen Fortführung der Arbeit dieser beiden Gruppen kam, wurde die Frage ausgeklammert.

Man hat auch in das neue Statut im § 16 die alte Formulierung übernommen, nach der Gebietsteile, in denen freie Wahlen zur Zeit nicht abgehalten werden oder aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, besondere Vertretungen erhalten, die den Landesverbänden gleichgestellt werden. Deshalb sind die Exil-CDU und der Landesverband Oder/Neiße auch jetzt noch auf dem Parteitag durch 75 bzw. durch 20 Delegierte und im Parteausschuß durch acht bzw. durch fünf Delegierte vertreten.

Das Ziel war damals vor dem Braunschweiger Parteitag wohl für den überwiegenden Teil dieses Vorstands und für die übrigen Landesverbände die Gründung einer gemeinsamen Vereinigung, in der diese beiden bisherigen Landesverbände aufgehen sollten, einer Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge, die dann nicht nur als Personalvertretung für diese Gruppen, sondern auch als politische Vertretung die bisherigen Aufgaben der Exil-CDU übernehmen sollten.

Es haben seit dem Braunschweiger Parteitag Verhandlungen zwischen beiden Gruppen stattgefunden. Auch diese Verhandlungen sind, soweit ich unterrichtet bin, bisher noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich meine aber, daß sich der Vorstand im ganzen heute darüber klar werden müßte, wie und in welcher Form er auf dem Parteitag in Berlin die Satzung ändert.

Es wäre außerordentlich schwierig, mit dieser Frage in die letzten Tage und in das unmittelbare Vorfeld des Berliner Parteitags zu kommen, weil dann bei diesem Tagungsort gerade eine solche Frage so stark psychologisch und emotional belastet würde, daß es wahrscheinlich schwer wäre, eine sachgerechte Lösung zu finden.

Deswegen ist die Absicht des Präsidiums, daß bereits heute hier im Bundesvorstand darüber gesprochen wird. Die übrigen Landesverbände warten, wie ich aus der Diskussion vor dem Braunschweiger Parteitag, aber auch aus der Diskussion der letzten Monate weiß, darauf, daß die damals getroffene prinzipielle Vereinbarung in Berlin eingelöst wird, daß das Statut auch in dieser Frage dem Parteiengesetz angepaßt wird.

Eine nochmalige Prüfung des Parteiengesetzes hat ganz klar ergeben, daß sich die bisherigen Bestimmungen des Statuts in diesem Punkt gegenüber dem Parteiengesetz einfach nicht halten lassen. So wichtig diese Frage für uns, insbesondere für unsere

Freunde in der Exil-CDU und im bisherigen Landesverband Oder/Neiße ist, so glaube ich doch, daß es in unser aller Interesse liegt, daß sich die CDU nach dem 1. Januar, wenn die Bestimmungen des Parteiengesetzes über die innere Ordnung in Kraft treten, nicht der Situation aussetzt, daß sie plötzlich in aller Öffentlichkeit hingestellt wird als eine Partei, deren innere Ordnung nicht den Grundsätzen entspricht, die sie selber im Bundestag mit der Verabschiedung des Parteiengesetzes bekräftigt hat.

Heck: Ich danke Herrn Kraske. Es ist wohl am zweckmäßigsten, wenn wir zunächst die Vorsitzenden von Oder/Neiße und Exil-CDU dazu hören. – Herr Lemmer!

Lemmer: Meine Freunde! Es tut mir leid, daß ich das sagen muß: Es ist die politische Realität dessen, was wir Mitteldeutschland nennen, etwas anders zu beurteilen als die Realität dessen, was jenseits der Oder-Neiße liegt, und zwar unbeschadet unseres Programms in der Oder-Neiße-Frage, wo wir nicht zu den Verzichtlern gehören, liegt hier ein großer Unterschied vor; denken wir nur an die Möglichkeiten des deutschen Revisionismus in den nächsten Jahrzehnten oder wie lange es auch dauern wird.

Infolgedessen bitte ich um Verständnis dafür, wenn ich als Anwalt mit meinem Freund Gradl in voller Übereinstimmung für unsere Freunde in Mitteldeutschland fühle und hier doch eine gewisse Nuancierung bestehen lassen möchte. Man sollte also nicht einen Einheitsstopf Ostdeutschland-Mitteldeutschland in organisierter Form schaffen. Das ist das eine, was ich, politisch gesehen, für gravierend halte.

Das zweite ist eine weitere Nuancierung. Bei aller Freundschaft zu unseren Freunden von jenseits der Oder-Neiße muß ich sagen, wir sind der Gründungslandesverband überhaupt gewesen, als eine Situation gegeben war, wo die sowjetische Deutschlandpolitik dämonisch versuchte, von Berlin aus die Entwicklung in Westdeutschland über die frühzeitige Parteiengesetzgebung zu steuern.¹⁸

Dann ist die CDU, wie wir sie heute hier an diesem Tisch repräsentieren, aus dem Zusammenschluß der damaligen Landesverbände in Goslar auf dem Gründungsparteitag entstanden, als von einem Landesverband Oder/Neiße überhaupt noch keine Rede war. Das hat sich erst später entwickelt, nachdem führende Freunde vom Schicksal getroffen wurden, die zu denjenigen gehörten, die über die Oder-Neiße hinweg ins Kollektiv vertrieben wurden.

Die Exil-CDU fühlt sich bis auf den heutigen Tag als Landesverband für die, die nicht sprechen können, die noch in geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten leben, nämlich in Mitteldeutschland, und die heute noch illegal – ich darf das hier preisgeben – in erstaunlich großer Zahl aktive Mitglieder des Landesverbands der sowjetischen Zone sind, wie wir uns damals nannten. Wir vertreten Menschen, die sich heute noch in der sowjetischen Zone zu Tausenden und Abertausenden als Mitglied der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands fühlen.

18 Die Exil-CDU verstand sich als eine legale Vertretung der CDU der sowjetischen Zone und bestand ursprünglich aus Vertretern des Hauptvorstands der Ostzonen-CDU, der auf dem letzten freien Parteitag am 7. September 1947 gewählt worden war. Der 1. Exil-Parteitag in Berlin fand am 24./25. September 1950 statt.

Der Aufbau der Exil-CDU ist von Anfang an so geführt worden und auch erhalten geblieben, daß wir die berechtigte Vertretung für unsere Parteifreunde in jenem Gebiet sind, die heute ihre Stimme nicht erheben können, die uns nicht besuchen dürfen, mit denen wir nur noch durch indirekte Verbindungen leben können, aber immer noch in einem größeren Umfange, meine Freunde, als Sie sich das vielleicht vorstellen.

Infolgedessen würde die Auflösung dieses Landesverbands die Liquidation von zehntausenden Parteimitglieder bedeuten, die in Dresden, Rostock, Potsdam und Ost-Berlin leben. Das ist nämlich die Situation, die vom Westen her gegenüber der Exil-CDU gar nicht gesehen wird. Ich habe das immer bedauert. Wir sind keine Organisation von Vertriebenen, sondern wir sind Aktive, die flüchten mußten wegen ihrer politischen Arbeit; politisch flüchten mußten, zum Unterschied – Freund von Hassel – vom Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge, wo es ganz andere Gründe gab.

Die Exil-CDU ist eine ausgesprochen politisch aktive, kämpferische Organisation. Sie hat ihre Arbeit bis auf den heutigen Tag in diesem Sinne weitergeführt. Wir sind bereit, der Partei keine Schwierigkeiten zu machen. Wir haben Schwierigkeiten; auch der Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzende hat Schwierigkeiten, ebenso unsere Freunde Heck und Kraske. Wir haben also den guten Willen, eine Lösung zu finden, die aber optisch den Verband aufrechterhält. Es brauchen nur drei Delegierte auf einem Parteitag zu sein. Es kommt gar nicht auf die Zahl an. Daß wir übermäßig stark vertreten waren, ergab sich aus der Gründungsgeschichte, als Konrad Adenauer davon ausging: Die CDU Mitteldeutschlands hat ihre Verbände und muß in entsprechend großer Zahl auf dem Parteitag ihre Delegierten stellen.

Diese Großzügigkeit des Parteivorsitzenden Konrad Adenauer haben wir sehr gewürdigt, wir haben aber eingesehen, daß diese Großzügigkeit auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, so daß also hier eine vernünftige Regelung getroffen werden muß. Aber ich bitte Sie, doch zu verstehen, daß es sich hier um einen ganz besonderen Fall handelt. Ich habe mir von einem Bonner Staatsrechtler sehr bekannten Namens ein Gutachten geben lassen. Ich könnte dieses Gutachten eines Bonner Staatsrechtlers, der zu uns gehört, dem Parteivorsitzenden oder seinem Stellvertreter aushändigen, woraus hervorgeht, daß hier eine unterschiedliche Behandlung zwischen dem einen und dem anderen erfolgen muß. Er hält eine Vertretungsmöglichkeit für notwendig, um nach der Präambel des Grundgesetzes die Verpflichtung aufrechtzuerhalten, daß wir für diese Deutschen in Mitteldeutschland sprechen, daß wir den Alleinvertretungsanspruch manifestieren und diese Teilung Deutschlands überhaupt nicht anerkennen, während wir in der Frage Oder-Neiße diese Entscheidung in einem Friedensvertrag erwarten.

Wann der kommen wird, das wird ja wohl niemand vorausschätzen wollen. Das andere kann über Nacht durch Erschütterungen usw. immer noch aktuell werden, weil hier noch die Menschen sind.

In den Gebieten jenseits der Oder-Neiße sind die Menschen aber nicht mehr. Wir vertreten unsere Freunde. Darum bitten wir um Verständnis dafür. Es ist keine Dickköpfigkeit. Es ist kein Mangel an Bereitwilligkeit, wenn ich den Bundesvorstand noch ein-

mal beschwörend bitte, diese Exil-CDU so zu sehen, wie wir sie damals bei der Gründung gesehen haben. Daß ihre Bedeutung relativiert ist durch die Entwicklung, das ist nicht zu leugnen. Über die Zahl werden wir uns verständigen, auch über die Formulierung, wie man es nennen muß; Freund Gradl und ich haben uns darüber gründlich unterhalten.

Wir bestehen nicht unbedingt auf dem Begriff „Landesverband“. Worauf wir bestehen müssen, um nicht unsere Freunde zu verraten, ist aber, daß hier zugestanden wird: Es handelt sich um eine besondere Organisation, die in allen Gliederungen der Partei ihre Vertretungsrechte haben muß. Das ist die Bitte, die ich Ihnen hier vorzutragen habe.

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nachdem sich Ernst Lemmer sehr deutlich vom Landesverband Oder/Neiße distanziert hat, kann ich etwas ungehemmter sprechen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Es gibt in der Tat einige gravierende Unterschiede zwischen dem Landesverband Oder/Neiße und der Exil-CDU, u. a. den, daß wir schon vor sehr langer Zeit unsere Verhandlungsbereitschaft in dieser Frage angeboten haben, dies mit voller Zustimmung des Vorstands, der sich darüber klar ist, daß die Frage der Vereinigung deshalb von Bedeutung für uns ist, weil wir als Vereinigung viel leichter an Vertriebene und Flüchtlinge herankommen können, die außerhalb der CDU stehen. Wir haben darüber bereits vor langer Zeit gesprochen.

In der CSU ist dieser Weg auch beschritten worden.¹⁹ Es geht uns darum, u. a. auch darzutun, daß wir in einer Beziehung insoweit einen Unterschied zur Exil-CDU haben, als bei uns die Mitwirkenden bei den Landesverbänden früher nicht in der CDU gewesen sein können, auch nicht in der Zone. Die Angehörigen der Exil-CDU müssen in der Zone Mitglied der CDU gewesen sein, so daß der Landesverband Oder-Neiße insoweit auch für Flüchtlinge zuständig war, die in der Zone nicht der CDU angehört haben.

Mir scheint eine Vereinigung, in die Vertriebene hineinkommen können, vernünftig zu sein. Allerdings muß ich einem widersprechen, Ernst Lemmer, daß in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße keine deutschen Menschen mehr wohnten und wir mit ihnen also nichts mehr zu tun hätten. Ich darf auch einmal darauf hinweisen, daß wir einiges durchgesetzt haben, so z. B. daß wir in diesem Gebiete Kriegsoferrente gezahlt haben. Also, so einfach kann man über das nicht hinweggehen. Wir vertreten auch Deutsche, die jenseits von Oder-Neiße noch Deutsche geblieben sind, die sogar – im Gegensatz zu denjenigen in der Zone – noch solche Leistungen empfangen können.

Nun scheint mir rein vom Taktischen her etwas wichtig zu sein. Der nächste Parteitag ist in Berlin. Hier muß ich nun wirklich sagen, in Berlin einen Strich unter das zu machen, das ist natürlich eine ganz blöde Sache. Es erscheint mir vernünftig, wenn wir in Berlin das über die Bühne gehen lassen und überhaupt darauf verzichten, darüber zu diskutieren. Es kann ja später erledigt werden. Von uns aus besteht die Bereitschaft da-

¹⁹ Vgl. Nr. 16 Anm. 84. In der CSU existierte seit August 1947 eine „Union der Ausgewiesenen (UdA)“, vgl. Alf MINTZEL: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972. Opladen 1975 S. 207.

zu. Es ist auch so, daß in Berlin nichts Gefährliches passieren kann. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Das Stimmrecht kann sowieso in Berlin nicht bestritten werden. (*Unruhe. – Zuruf: Doch!*) Das kann in Berlin nicht bestritten werden! Es wäre also gut, wenn man das auf einen späteren Zeitpunkt verlegte.

Im übrigen sollte sich der Bundesvorstand dazu aufraffen und sagen, eine endgültige Formulierung darüber, ob man eine Zwei-Säulen-Theorie Flüchtlinge und Vertriebene macht oder etwas Ähnliches, wird einem kleineren Kreis vorbehalten. Ich habe morgen meine Delegiertenkonferenz²⁰ und muß wissen, welches Ziel sich der Bundesvorstand setzt. (*Unruhe.*)

Heck: Es ist in der Tat so, daß seit dem Parteitag in Braunschweig reichlich Zeit verfließen ist, ohne daß man von beiden Seiten ernsthaft an die Lösung dieser Aufgabe herangegangen ist. Wenn man davon ausgeht, daß man in Berlin nichts machen kann, wird wieder ein Jahr verlorengehen, und dann geht es auf die Wahlen zu. Mit Rücksicht auf die Wahlen kann man wiederum nichts machen. So kommen wir dann in die Nähe des nächsten Parteitags. Auf diese Weise lassen sich die Probleme nicht lösen. – Herr Scheufelen!

Scheufelen: Zur Auflösung von Vereinigungen ist nach dem Statut nicht der Bundesparteitag, sondern der Bundesparteiausschuß zuständig. Man könnte also zwischen dem Parteitag und dem 1. Januar in Berlin den Bundesparteiausschuß beauftragen, das auf dem Bundesparteiausschuß zu machen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Sie müssen doch die Statuten ändern. Das kann nur der Parteitag machen. – Herr Fay!

Fay: Die Sache hat zwei Seiten, eine politische und eine rechtliche. Rechtlich ist es wohl so, daß keiner der beiden Verbände einen Anspruch mehr hat, Delegierte zu stellen, weil hier keine Urwahl stattfindet. Das ist der springende Punkt. Daran kommen wir nicht vorbei.

Die politische Seite ist meines Erachtens klar herausgearbeitet worden. Es ist meines Erachtens nicht möglich, dieses Thema in Berlin zu behandeln. Es würde uns wahrscheinlich als ein Kapitulieren von der Situation angekreidet. Ich bin der Auffassung, die rechtliche Seite ist unproblematisch für das nächste Jahr. Es wird keinen Gerichtsvollzieher geben, der uns zwingt, zu einer Lösung ab 1. Januar zu kommen. Wir sollten es also ruhenlassen.

Ich bedaure auch, daß soviel Zeit ins Land gegangen ist. Man hätte es früher machen können. Aber es ist nun einmal passiert. Der Augenblick ist schlecht gewählt. Es gibt vielleicht eine Zwischenlösung, indem man die Landesverbände bestehen, aber das Vertretungsrecht offiziell einschlafen läßt, daß man die Vertreter in anderen Landesverbänden in Erscheinung treten läßt, damit sie wenigstens da sind. Dann merkt es die Öffentlichkeit nicht so deutlich wie dann, wenn wir diesen Landesverbänden den Todesstoß geben. Das ist eine Frage, die in Ruhe ausgedacht werden muß. Ich kann dazu jetzt nichts sagen. Ich bin der Auffassung, politisch wäre es schlecht, das in Berlin zu ma-

²⁰ Vgl. dazu DUD Nr. 181 vom 23. September 1968 S. 5.

chen. Es ist zwar rechtlich notwendig, das zu ändern, aber wir müssen es nicht jetzt machen.

Heck: Herr Barzel!

Barzel: Sie erinnern sich, daß wir in dem Jahre vor Braunschweig die entsprechenden Aufträge gegeben haben. Wir kennen alle den zwingenden Termin des 1. Januar. Wir haben uns aber neulich in einer anderen Frage im Präsidium pragmatisch eingestellt, nämlich in der Frage, wen wählen wir – was nach zwei Jahren nötig ist –, wann machen wir den nächsten Parteitag mit Wahlen des Vorstands und des Vorsitzenden. Wir haben uns dann aus den Gründen, daß genug Unruhe in der Partei ist wegen des Programms, und daß im nächsten Jahr Ruhe sein muß wegen des Wahlkampfes, dahin verständigt, daß diese ganzen Wahlen – das wird wohl keiner rügen – nach der Bundestagswahl abgehalten werden sollen.

Wer hindert uns eigentlich, dann alle diese anderen Fragen auch zu entscheiden? Nur hätte ich eine herzliche Bitte. Wenn ich hier für ein Vor-uns-Herschieben plädiere, dann sollte das, was jetzt an Zeit gewonnen werden könnte, auch wirklich genutzt werden, um das zu erreichen, was Ernst Lemmer als Kompromiß angeboten hat. Er sieht Sitzungsschwierigkeiten. Stingl sieht das auch. Wir sehen die politische Notwendigkeit. Da muß man doch *sui generis* etwas finden, daß wir das politische Verhältnis mit den Delegierten in der Zone erhalten. Ich weiß jetzt auch nicht, wie das gehen kann, aber wir müssen es noch finden. (*Unruhe.*)

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Ich muß offen gestehen, ich verstehe auch diese Debatte nicht ganz. Die baye-rische CSU hat seit Jahren eine Union der Vertriebenen. Wenn ich die Zahl des Anteils von Vertriebenen und Flüchtlingen richtig im Kopf habe, und zwar zur Relation der CDU, dann steht die CSU nicht schlechter, sondern wahrscheinlich besser nach den vorliegenden Zahlen. In allen Landesverbänden sind bei uns 11.400 Vertriebene und 4.700 Flüchtlinge, insgesamt rund 16.000. Ich meine, politisch kann überhaupt nichts kaputtgehen, wenn wir bei dieser Vereinigung in der Namensgebung zu einer Verständigung kommen.

Herr Stingl hat von den Säulen gesprochen. Warum soll man das politisch nicht genauso machen können? Hier ist es doch so, daß im Zusammenhang mit dem Namen der CDU eine eigene Organisationsform für Vertriebene und Flüchtlinge möglich ist, die auch die Namenssymbolik ganz deutlich zum Ausdruck bringt. Wenn 500 Delegierte in Berlin sitzen und dann plötzlich einer sagt, wir haben doch noch diese innerparteilichen Landesverbände, dann wird doch damit mehr zerschlagen, als wenn von vornherein ein vernünftiges Konzept – das ist doch in kurzer Zeit herzustellen – vorgetragen wird, in dem das, was Lemmer und Stingl ausgeführt haben, deutlich wird.

Hier geht es doch nicht um die Namen mit der Außenwirkung Landesverband oder Vereinigung, sondern um die Symbolkraft und – wenn Sie so wollen – um den Integrationsfaktor für die Partei. Wenn wir es jetzt vertagen – und hier stimme ich Dr. Barzel zu –, dann wird die Debatte darüber von Mal zu Mal peinlicher. Sie wissen ja nicht, wie

die Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Teilen sein werden, wenn wir den Parteitag abhalten.

Es kann eine Situation eintreten, die vielleicht noch unangenehmer ist. Ich glaube, gerade in Berlin haben wir eine Chance, eine nüchterne und sachliche – wenn auch mit Imponderabilien –, Lösung zu finden. Ich glaube nicht, daß das breite Publikum unserer Mitbürger in den beiden Landesverbänden oder Vereinigungen einen entscheidenden Unterschied sieht. Für sie kommt es darauf an, daß die CDU namensmäßig diese Symbiose mit dem Bereich eingeht. Das Beispiel der CSU zeigt, daß man das recht gut machen kann.

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann nicht verhehlen, daß diese Form des Umganges mit unserer Satzung und unserer inneren Ordnung das ist, was wir in der Vergangenheit immer beklagt haben. Wir können jetzt nicht eine Satzungsfrage, in der wir uns im Grunde vor einem Jahr alle einig gewesen sind, nun wieder mit Zuhilfenahme von psychologischen, emotionalen und auch politischen Argumenten auf eine unsachgemäße Weise lösen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß wir sogar schon vor Braunschweig Anträge der Jungen Union, Anträge des Hamburger Landesverbands immer wieder nur zurückhalten konnten, weil wir geradezu ehrenwörtliche Zusicherungen gegeben haben: Diese Sache wird auf dem nächsten Parteitag erledigt. – Hier sind wir nun wiederum politisch in derselben Lage wie in der Frage Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung. Wir sind einfach Gruppen unserer Partei gegenüber im Wort. Wenn wir dieses Wort jetzt nicht einhalten, dann werden diese Anträge in Berlin kommen, zumal wir gewisse Satzungsänderungen nach dem Parteiengesetz in Berlin ohnehin vornehmen müssen, z. B. Parteischiedsgericht, Parteiausschlußverfahren usw. Das sind reine Formalien, aber das müssen wir einfach tun.

Wir sollten uns einmal fragen, ob es nicht ein bißchen Betriebsblindheit ist, wenn wir glauben, daß unsere Berliner Mitbürger das gesamtdeutsche Engagement an den Flüchtlingen und Vertriebenen messen. Ich glaube, jeder Satz, den der Bundeskanzler als unser Vorsitzender in Berlin zu gesamtdeutschen Fragen sagt, jeder Satz, den wir in unserem Aktionsprogramm zu diesen Themen verabschieden, ist für die Bevölkerung und ihre Einstellung gegenüber der CDU wichtiger als die Frage, ob die Exil-CDU oder Oder/Neiße in Zukunft noch ordentliche Parteitagsdelegierte haben oder nicht.

Herr Dr. Barzel, ich würde Ihnen gerne folgen, solche Verschiebungen sind natürlich immer etwas, was die Sache mildert und einen ausgesprochen versöhnlichen Charakter hat, aber auf dem nächsten Parteitag haben wir Wahlen. Ich mache darauf aufmerksam, wenn Sie jetzt nicht die Satzung ändern, dann werden diese Wahlen nach der jetzt geltenden Satzung durchgeführt, d. h. mit 95 Delegierten der Exil-CDU und des Landesverbands Oder/Neiße. Dann aber können diese Wahlen am nächsten Tage angefochten werden, sogar bei öffentlichen Gerichten, weil sie nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen zustande gekommen sind, weil 20 % der wahlberechtigten Delegierten einfach

nach dem geltenden Parteiengesetz kein Mandat haben. Dieser Blamage würde ich die CDU nicht gerne ausgesetzt sehen.

Kiesinger: Herr Gradl!

Gradl: Ich brauche dem nichts hinzuzufügen, was Ernst Lemmer gesagt hat. Die Gebiete Mitteldeutschlands und die jenseits der Oder-Neiße müssen verschieden betrachtet werden. Sie werden auch verschieden behandelt werden müssen. Mir steht es nicht zu, über die künftige Gestaltung der Vertretung Ostdeutschlands in dieser Partei etwas zu sagen. Ich würde es für sehr falsch halten, wenn Ostdeutschland in dieser Partei keine ausgeprägte politische Vertretung mehr fände.

Ich will etwas zur Exil-CDU sagen, weil hier einiges ausgeführt worden ist, was mir deutlich macht, daß hier Mißverständnisse oder nicht ausgesprochene Gegensätze eine Rolle spielen. Bisher sind wir nicht in der Lage gewesen – ich spreche jetzt immer nur von der Exil-CDU –, uns von der Meinung der Partei über zwingende Notwendigkeit wegen des Parteiengesetzes, die Position der Exil-CDU zu ändern, ein Bild zu machen. Auch Herr Kraske hat eben gesagt, das sei eine Frage, die sich aus dem Parteiengesetz zwingend stelle; denn die Wahlen könnten angefochten werden. Ich habe im Parteiengesetz vergeblich gesucht, wo das eigentlich begründet ist. Da nützt es nichts, Herr Kraske, daß Sie einzelne Paragraphen vorlesen. Die kann man so oder so auslegen.

Wir haben seit langem die Bitte gehabt, man möge uns einmal die Auffassung der Partei schriftlich darlegen, wie es denn eigentlich mit dem Parteiengesetz steht. Wir haben eine Stellungnahme von einem sehr angesehenen Mann, von Herrn Scheuner – ich kann das ja sagen –, der dieser Meinung nicht ist. Wenn wir also schon darüber befinden wollen, dann müssen wir wissen, daß die Positionen neu bezogen werden müssen. Dazu muß man exakte Grundlagen haben. Es muß mit offenen Karten gespielt werden! Wenn es zuviel Delegierte sind – das hat Ernst Lemmer schon gesagt –, na gut! Wenn jemand uns sagt, 75 sind doch ein bißchen viel für eine Repräsentation, na gut!

Wir haben vor zehn Jahren hier in diesem Saal in einer Bundesvorstandssitzung unter Konrad Adenauer darüber diskutiert.²¹ Damals haben wir gesagt, bitte, setzen wir die Delegiertenzahl um ein Viertel herab. Wir hatten fast 100. Wir haben sie auf 75 herabgesetzt, weil wir der Meinung waren, es müßten nicht mehr so viele sein.

Es läßt sich auch darüber reden, ob wir unbedingt das volle Stimmrecht haben müssen. Es kommt uns nicht darauf an, hier einzuwirken auf das innere Leben der Partei. Wir haben uns auf allen Parteitagen immer von den inneren Auseinandersetzungen ferngehalten, auch von den Hintergründen der inneren Einflüsse in der Partei. Uns hat immer nur die große gesamtdeutsche Politik und die Außenpolitik interessiert. Wir haben uns auch nur dazu geäußert.

Ich hätte erwartet, daß seit Braunschweig diejenigen gekommen wären, die der Meinung sind, hier muß etwas geschehen, daß sie also konkret gesagt hätten, so und so ist die Situation. Sagt uns, wie ihr euch dazu stellt.

21 Am 3. Juni 1955. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 539–546.

Wenn Sie eine bestimmte Auffassung in dieser Sache haben, Herr Kraske, dann legen Sie die bitte auf den Tisch, damit man sich damit auseinandersetzen kann. Das ist bisher aber nicht geschehen. Ich muß sagen, alles machen wir nicht mit. Dann müssen Sie sich damit abfinden, daß die Sache stirbt. Es wird Leute geben, die sagen, das ist ja kein Malheur.

Eine Rede des Bundeskanzlers genügt, um das Gesamtengagement der CDU zu demonstrieren. Nichts gegen die Rede des Bundeskanzlers! Ich bin überzeugt, daß sie uns wohl tut, wenn er sie in Berlin hält, aber diese CDU heißt: Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Dieser Verband ist ein Gründungsverband und steht unter dem Gründungsstatut der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Er hat vor Goslar eine wesentliche Rolle an dem Zustandekommen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gespielt. Durch sein Hinzutreten ist die CDU zu einer Union Deutschlands geworden. Wir sind überall in der Parteistruktur und Parteiorganisation vertreten. Darum geht es. Es ist die sogenannte Exil-CDU innerhalb der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Wenn einer meint, es könnte jemand auf dem Parteitag eine Frage stellen, dann lassen Sie ihn diese Frage doch stellen. Wir werden schon darauf zu antworten wissen, und zwar, wie ich glaube, zumindest für die Öffentlichkeit überzeugend.

Wir wollen der Partei keine Schwierigkeiten machen. Wir sind CDU-Leute. Wir wollen aber auch als CDU-Leute behandelt werden. Also, bitte auf den Tisch, was wirklich sein muß, und dann werden wir sehen, wie die Rechtslage ist. Dann werden wir mithelfen, eine Lösung zu finden, und zwar offen und fair. Dazu sind wir bereit.

Kiesinger: Herr Stingl – oder muß ich sagen, Herr Präsident? (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Stingl: Herr Kraske, ich muß zurückweisen, daß wir mit der Satzung ein bißchen großzügig umgingen. (*Kraske:* Wie die CDU im ganzen ... – *Starke Unruhe.*) In Kaufbeuren war eine Tagung im Februar 1966. Das Ergebnis war eine Initiative des Landesverbands Oder/Neiße durch einen Brief an die Exil-CDU und den Vorstand. Hierüber müsse man sprechen.²² Auf den Brief von Herrn Heck, wir sollten uns zusammensetzen, habe ich geantwortet, das Zusammensetzen der beiden nützt nichts, wenn nicht die Parteileitung als solche dabei ist.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich bin leider etwas in diese Sitzung hineingeplatzt. Ich habe noch die letzten Ausführungen unseres Freundes Lemmer gehört, die mir vernünftig erschienen. Was ich nicht anerkennen könnte, wäre, daß Berlin nicht ein geeigneter Ort für eine Entscheidung sei. Hier stimme ich dem zu, was Herr Kohl gesagt hat. Aber daß es anständig und fair gemacht werden muß, ist selbstverständlich. Deswegen muß man jetzt nach einem Verfahren suchen. Das geht aber nicht jetzt an

²² Tagung des Landesvorstands Oder/Neiße, vgl. UiD vom 24. Februar 1966. Beschlossen wurde, die Kräfte der Vertriebenen und Flüchtlinge organisatorisch zu bündeln. In dem – nicht zu ermittelnden – Schreiben vom März 1966 ging es um die Klärung des Stimmrechts des LV Oder/Neiße. Heck hatte es abgelehnt, damit den Bundesvorstand zu befassen (Vermerk vom 1. April 1966 in ACDP 07-001-038).

diesem Tisch. Machen wir halt einen kleinen Kreis, der die Sache regelt. Dann werden wir schon damit in Ordnung kommen. Man sieht ja, daß wir soweit nicht auseinander sind. Also, welcher Vorschlag, Herr Generalsekretär?

Heck: Herr Bundeskanzler, eine Frage möchte ich hier noch geklärt haben, nämlich die – auf die ich keine Antwort habe, ich bin nur ein Philologe und kein Jurist –, ob es überhaupt möglich ist, das durchzuführen, was Ernst Lemmer sagte, eine verminderte stimmberechtigte Repräsentanz in allen Gremien. (*Lemmer:* Innerhalb von 20 % gibt es eine Toleranz. – *Zuruf:* Bei den Parteitag nicht. – *Starke Unruhe.*) Das ist eine Frage, ob man den anderen Weg wählen soll, der aus den Ausführungen von Gradl zu entnehmen war, Delegierte mit einem besonderen Status zu nehmen. (*Gradl:* Mit einem reduzierten Stimmrecht!)

Kiesinger: Ich schlage vor, den Generalsekretär, den Bundesgeschäftsführer, Ernst Lemmer, Gradl, Stingl und Kohl zu diesem Kreis zu nehmen.

Heck: Ich hätte gern noch den Herrn Meyers, der Jurist ist, dabei.

Kiesinger: Gut! (*Stingl:* Herr Dufhues soll dazu. – *Lebhafte Unruhe.*) Also, dieser Kreis setzt sich zusammen und arbeitet eine Vorlage aus, die er dann dem Bundesvorstand vorlegt.

WAHLKONGRESS, ERÖFFNUNGSKUNDGEBUNG UND PARTEITAG 1969

Heck: Wir haben uns im Präsidium und auch in der Konferenz der Landesvorsitzenden darüber ausgesprochen, wie wir die großen Tagungen und Kundgebungen im Jahre 1969 gestalten sollen. Wir waren davon ausgegangen, daß es zweckmäßig sei, was Herr Barzel schon gesagt hat, den Parteitag, auf dem der Vorsitzende und der Vorstand gewählt werden, erst nach den Wahlen abzuhalten. Wir haben einen wesentlich reduzierten Vorstand, was bei den Wahlen immer Schwierigkeiten mit sich bringt.

Davon ausgehend, schlagen wir vor, daß wir im Frühjahr einen großen Wahlkongreß abhalten, der eine doppelte Aufgabe hat, einmal, alle Aktiven, die den Bundeswahlkampf tragen, dazu einzuladen und zusammenzufassen, und zum anderen, daß wir auf diesem Kongreß in Form eines Wahlprogramms der Öffentlichkeit sagen, was unsere Vorstellungen für die nächsten vier Jahre sind. Dem kommt besondere Bedeutung zu, weil sich bei der SPD klar abzeichnet, daß sie einen wesentlichen Teil des Wahlkampfes rückwärtsblickend zu gestalten denkt, nämlich mit der Tendenz, den sozialdemokratischen Anteil an den Erfolgen der Großen Koalition herauszuarbeiten, und zwar davon ausgehend, daß sie ohnedies mit dem Eintritt in die Regierung im Dezember 1966 das Vaterland vor dem Untergang gerettet haben. Nun, mit der Sache werden wir fertig werden. Das ist nicht schwierig. Aber für uns wird es richtig und wichtig sein, daß wir in dieser Wahlkampagne sagen, wie die nächsten vier Jahre aussehen sollen. Deswegen ist der Vorschlag, im Frühjahr einen Wahlkongreß zu veranstalten, gemacht worden.

Die dritte große Sache wäre dann die Eröffnung des Wahlkampfes, die wir eigentlich schon fast traditionsgemäß wiederum in der Dortmunder Westfalenhalle Anfang August vorsehen wollen.

Das wären die drei Veranstaltungen, die für 1969 geplant sind. Eine erste Aussprache bei den Landesvorsitzenden hat ergeben, daß der Wahlkongreß am besten in Wiesbaden stattfinden soll. Über die Eröffnungskundgebung habe ich schon gesprochen, nämlich in Dortmund.

Parteitag 1969! Hierfür gibt es verschiedene Vorschläge. Hier hat sich neben Hamburg vor allen Dingen Rheinland-Pfalz angemeldet. In Rheinland-Pfalz hat noch nie ein Parteitag stattgefunden. Es ist Mainz vorgeschlagen worden. Herr Adorno von Württemberg-Hohenzollern hat darauf hingewiesen, daß auch einmal ein Parteitag im südlichsten Teil der Bundesrepublik stattfinden soll. (*Lebhafte Unruhe.* – *Barzel:* Die Unterbringung ist etwas schwierig. – *Kiesinger:* Es gibt ja Zelte! – *Heiterkeit.* – *Zuruf:* Bierzelte! – *Heiterkeit.*) Ferner hat Herr Dufhues darauf hingewiesen, daß im Mai 1970 Wahlen in Nordrhein-Westfalen sind und daß deswegen der Parteitag in den Raum von Nordrhein-Westfalen gelegt werden soll, und zwar im November 1969. Präsidium und Landesvorsitzende sind der Auffassung, daß wir so verfahren. (*Andauernde Unruhe und Zurufe:* Wie verfahren?) Darf ich wiederholen! Es ist so, daß wir den Parteitag nach den Wahlen machen wollen, eine große Eröffnungskundgebung für den Wahlkampf und einen großen Wahlkongreß. Über die Orte habe ich schon berichtet. Wir brauchen uns heute über die Orte nicht einig zu werden.

Kiesinger: Es wäre nur noch ein Ort übrig.

Dufhues: Für den Wahlkampf wäre es wichtig, den Parteitag in Nordrhein-Westfalen abzuhalten. (*Lebhafte Unruhe.*) Die Gefilde von Rheinland-Pfalz sind nicht so bedrängt. In Nordrhein-Westfalen ist es viel härter! (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Warum nicht in Rheinland-Pfalz? Wir müssen Argumente hören, warum da und nicht dort. Es tut immer gut, wenn man einen solchen Kongreß in ein Land legt, wo eine Spritze notwendig ist. Infolgedessen würde ich auch durchaus für Südwürttemberg bereit sein. (*Lebhafte Heiterkeit und Unruhe.*) Dort ist man ein bißchen müde geworden. Das sind die katholischen Hochburgen. Da predigte jeden Sonntag der Pfarrer: Es gibt nur eine Partei, die gewählt werden kann; alles andere ist Teufelswerk. – Das tun sie heute nicht mehr. Infolgedessen ist es ganz gut, man versucht es einmal auf andere Weise. Ravensburg ginge ja; denn es hat eine große Kongreßhalle. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich bin jetzt Badener geworden. Also, wie ist es nun? Sollen wir das noch offenlassen?

Heck: Den Wahlkongreß in Wiesbaden kann man festmachen. Dortmund kann man auch festmachen. Den Parteitag nach den Wahlen sollte man noch offenlassen. (*Von Hassel:* 1973 in Kiel!)

Kiesinger: Ihr wollt immer alles dort oben haben!

Kohl: Herr Kollege Heck, mit der Methode bin ich nicht einverstanden. Das ist eine Praxis, die hier seit vielen Jahren obwaltet. Wir sind jetzt der drittstärkste Landesverband in der Bundesrepublik. Wir sind immer gut und brav dazu da, um bei den Wahlen der Partei Stimmen zu liefern.

Ich halte es nicht für richtig, daß man einen solchen Landesverband in 20 Jahren überhaupt noch niemals mit einer solchen Großveranstaltung der CDU bedacht hat. Ich

gebe zu, daß wir auch räumliche Gründe hatten, die fallen aber bereits seit Jahren weg. Es gibt seit Jahren in Rheinland-Pfalz Städte, die vergleichbare Hallen haben mit den Städten, die hier genannt worden sind. Das können Sie für Koblenz und für Ludwigshafen sagen. Das gilt auch jetzt für Mainz. Dort werden jetzt die neue Rheingold-Halle und die entsprechenden Hotelgebäude fertig. Deshalb plädiere ich für Rheinland-Pfalz, weil ich es nicht für richtig halte, daß die CDU als Bundespartei bisher überhaupt nicht dort vertreten war. Es sind keine Wahlen. (*Barzel*: Aber der neue Ministerpräsident!) Ich halte es für ein entscheidendes Argument. Wenn man in Nordrhein-Westfalen vor der Wahl durch die Bundespartei in Dortmund eine Wahlkampföffnung macht, dann gilt das gleiche für Rheinland-Pfalz.

Dufhues: Ich lege entscheidenden Wert darauf und bin damit einverstanden, daß entsprechend der Abreden der Landesvorsitzenden die Festlegung des Ortes zunächst vertagt wird. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir müssen in Nordrhein-Westfalen jede Unterstützung bekommen, die menschenmöglich ist. Es ist eine der schwierigsten Wahlen, die wir auf der Ebene der Landtage haben. Machen wir uns also keine Illusionen. Ich denke nur an den Erfolg der CDU. An sonst nichts!

Kiesinger: Beide Argumente sind berechtigt, beide haben Gewicht. Das muß man anerkennen. Infolgedessen würde ich sagen, wir vertagen zunächst einmal die Sache. (*Sehr starke Unruhe.*) Wir können den Punkt verlassen.

Heck: Wir kommen nun zum Punkt 4 der Tagesordnung:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DEN VON DER PROGRAMMKOMMISSION VORGELEGTE ENTWURF EINES AKTIONSPROGRAMMS. VERSCHIEDENES

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich habe noch eine Reihe von Punkten zum Aktionsprogramm zu sagen, aber Sie wollen sicher ganz kurz etwas zur Lage hören. Es ist eine der ernstesten Situationen, die wir in der Geschichte der Jahre nach dem letzten Krieg hier haben. Rockefeller hat soeben gesagt, es sei die ernsteste Situation seit dem Weltkrieg, und zwar die Drohung der Sowjetunion mit der Feindstaatenklausel. Ich bitte Sie, möglichst wenig über die Feindstaatenklausel zu reden. Je mehr wir davon reden, desto höher spielen wir es hinauf, desto mehr sagen die Leute, irgendetwas ist dran. Wir müssen das diplomatisch durchstehen. Es ist ein großer Schaden, daß Helmut Schmidt in New York das angeblasen hat, nachdem unser Freund Birrenbach, der als Beauftragter drüben war, die Sache ausgehandelt hatte. Dadurch entstand nun eine Folge von unabgestimmten Einzelerklärungen, und zwar nach den Amerikanern die Engländer und die Franzosen. Die Engländer haben die beste Erklärung abgegeben, indem sie einfach sagten: Das ist gemacht worden für Kriegszeiten. Das ist vorbei, wir haben keinen Krieg mehr. Jetzt ist es aus. Es ist nicht mehr gültig.²³

²³ Die Sowjetunion hatte in ihren Memoranden vom 21. November 1967 (DzD V/1 S. 2047–2053) und 5. Juli 1968 (DzD V/2 S. 964–973) auf ihrem Interventionsrecht gegenüber der Bundesrepublik gemäß Art. 53 und 107 (Feindstaatenklausel) der UN-Charta beharrt. Am 16.

Wegen der Formulierung der anderen hat ein zweiter Sprecher das schon vorsichtiger gesagt. Da kommt jetzt diese Rechtsansicht: Die Klausel gilt noch, aber nur kollektiv, d. h., nur alle zusammen können eine solche Aktion machen. Das entschärft natürlich die Situation de facto, aber rechtlich ist es unangenehm. Wir haben darauf gedrängt, daß eine abgestimmte Formel zunächst mit unseren Hauptverbündeten und dann mit den anderen gefunden würde. Für alle diejenigen, die nicht rechtskundig sind, hat Herr Brandt eine schreckliche Erklärung abgegeben, ich glaube, im „Spiegel“.²⁴ Das ist ganz unmöglich gewesen und rechtlich völlig unhaltbar, bei allem guten Willen, aber das ging nicht. Das ist das eine.

Daß die Sowjetunion hier ein Instrument in der Hand hat, das noch aus dem Erbe des verlorenen Krieges stammt, das lange irgendwo in einer Ecke lag und das jetzt hervorgehoben wurde, das ist außer jedem Zweifel. Sie bringt damit auch unsere Freunde und Partner in eine gewisse Verlegenheit. Das sieht man ganz deutlich an den verschiedenen Auslassungen dazu; z. B. an der französischen. Es ist zwar überall guter Wille vorhanden, über diese unangenehme Situation hinwegzukommen, aber die Auseinandersetzung ist da. Für mich war von Anfang an nach diesen Ereignissen in der Tschechoslowakei wichtig, daß wir nicht isoliert wurden. Die Gefahr besteht nach wie vor. Wer den Artikel in der „Stampa“, der gestern wiedergegeben worden ist²⁵, gelesen hat, sieht das. Dort wird einfach gesagt, die Deutschen gebärdeten sich hysterisch, es sei verantwortungsloses Geschwätz usw. Das ist eine klare Sache. Das ist innerhalb des Interessenbereiches der Sowjetunion geschehen. Das hat nichts zu tun mit dem Bereich im Ausland. Es ist also eine ganz gefährliche These, wenn gesagt wird, über die Interessen ihres Bereiches hinaus würde die Sowjetunion nichts machen. Aber die tatsächliche Entwicklung geht andere Wege. Wenn Sie jetzt Tag um Tag die Presse verfolgen, dann können Sie sehen, daß auch die Sowjetpropaganda sich zunehmend kollektiv den Westen vornimmt, d. h. sie spricht jetzt sehr viel mehr von der NATO-Verschörung usw. Wir werden zwar immer noch als die eigentlichen Anheizer bezeichnet, aber es werden auch die einzelnen Länder angegriffen. Sie sagen, die Engländer seien das non plus ultra.

In der Tat haben die Engländer auch sehr klar in Bukarest reagiert²⁶, indem uns Stewart²⁷ verteidigt hat; dann kommt weiter die sehr scharfe Verurteilung der Vorgänge in

und 17. September 1968 gaben die drei Westmächte Erklärungen zur Feindstaatenklausel der UN-Charta ab, in denen sie die sowjetische Forderung ablehnten, vgl. DzD V/2 S. 1258f. – Helmut Schmidt hielt sich vom 10.–16. September 1969 in den USA auf, vgl. AAPD 1968 Nr. 292, Nr. 302. – Birrenbach sprach am 9. und 12. September 1968 mit dem amerikanischen Außenminister Rusk, vgl. BIRRENBACH S. 271–275; AAPD 1968 Nr. 291, Nr. 297. Vgl. auch HINRICHSSEN S. 375–380.

24 „Wir werden uns nicht selbst entmannen“, Interview Brandts mit dem „Spiegel“ vom 9. September 1968 S. 32–34.

25 Artikel in „La Stampa“ vom 17. September 1968, vgl. Abschrift des BPA Nr. 3/68 vom 24. September 1968 („Bonn auf der Suche nach einer neuen Politik“) in ACDP 01–226–271.

26 Der britische Außenminister Stewart hielt sich vom 8.–11. September 1968 in Rumänien auf. Vgl. dazu AAPD 1968 S. 1190f. Anm. 4.

27 Robert Maitland Michael Stewart (1906–1990, seit 1979 Lord Stewart of Fulham), britischer Politiker (Labour); 1965/66 und 1968–1970 Außenminister, 1966/67 Wirtschaftsminister.

der Tschechoslowakei, dann die Zurückweisung der Feindstaatenklausel. (*Stingl*: Und die Absage der Reise!) Ja! Ich muß sagen, die Engländer haben sich tadellos in diesem Zusammenhang benommen. (*Lemmer*: Das tun sie immer!) Ja, das ist wirklich wahr. (*Lemmer*: Wenn es darauf ankommt, sind die Engländer da!) Nun, das formiert sich jetzt deutlich. Es ist natürlich sehr gut, daß es so läuft. Gestern fuhren de Jong und Luns²⁸ nach Berlin. Ich habe ihnen natürlich sehr dafür gedankt. Sofort kam ein scharfer Protest der Sowjetunion. Sie hat den Botschafter zu ihnen geschickt und erklärt, es sei unerhört, was sie da machten. Dann kam eine ganz scharfe Zurückweisung ihrerseits. Also, es ist eine tadellose Sache. Selbst in einem neutralen blockfreien Land wie Afghanistan hält der Ministerpräsident seine Tischrede auf Deutsch, weil er ein Schüler der berühmten Schule dort ist, aus der die Hälfte der afghanischen Politiker stammt, bei der der Bundespräsident den Grundstein vor einigen Jahren gelegt hat, wobei ein Witzbold erzählte, dieser Grundstein würde jetzt im archäologischen Museum in Kabul vorgezeigt.

Ich habe dafür gesorgt, daß die Schule jetzt wirklich kommt. Der Ministerpräsident²⁹ hält also seine Tischrede in Deutsch. Darauf erfolgt sofort ein Protest des sowjetischen Botschafters beim Außenminister gegen diese Geste. (*Lemmer*: Die sind größenwahnsinnig!) Nur muß man wissen, daß Afghanistan von der Sowjetunion in den letzten zwölf Jahren – ich kam genau an dem Tage mit Gerstenmaier dorthin, als der afghanisch-sowjetrussische Vertrag geschlossen worden war³⁰ – über 4 Mrd. DM Wirtschafts- und Militärhilfe erhalten hat. Wir haben 240 Mio. DM gegeben. Selbst dort also auch wieder eine ganz scharfe Beurteilung des Vorgehens, auch in der Tischrede. Von der Türkei ist gar nicht zu reden. (*Lebhafte Unruhe.*) Der sehr gescheite türkische Außenminister³¹ hat mir gesagt, als ich mich bei der Rückfahrt auf dem Flughafen von ihm verabschiedete, es hat in allen diesen drei Ländern eine Wendung stattgefunden. Die hatten sich darauf eingerichtet, die Sowjetunion mache da nichts. Sie hat im Osten Kummer mit China, sie hat im Westen Kummer mit ihrem Satellitenbereich, dann kommt die NATO usw.

Also, sie will die lange Front Pakistan bis zur Türkei einigermaßen ruhig halten. Das haben natürlich diese Länder weidlich ausgenutzt, z. B. Afghanistan, ohne den Sowjets

28 Piet Josef Sietse de Jong, Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande, und Joseph Luns, Außenminister des Königreichs der Niederlande, hielten sich am 18./19. September 1968 in der Bundesrepublik auf. Vgl. AAPD 1968 Nr. 306.

29 Mohammed Nur Ahmad Ememadi (1921–1979), afghanischer Politiker; 1967–1971 Ministerpräsident. – Kiesinger hatte vom 5.–9. September die Türkei, vom 9.–12. September den Iran und vom 12.–15. September 1968 Afghanistan besucht. Vgl. Nr. 20 Anm. 68.

30 Der Vertrag wurde am 4. Februar 1956 geschlossen, vgl. AdG 1956 S. 5604. – Kiesinger und Gerstenmaier waren Mitglieder einer Bundestagsdelegation, die an der 45. Konferenz der Interparlamentarischen Union in Bangkok (15.–22. November 1956) teilnahm. Auf dem Weg dorthin machten sie auch in Kabul Station. Vgl. Eugen GERSTENMAIER: Streit und Frieden hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/Main 1981 S. 410; ACDP 01–226–309.

31 Ihsan Sabri Çaglayangil (1908–1993), türkischer Politiker; Februar bis Oktober 1965 Arbeitsminister, 1965–1971 und 1975–1977 Außenminister, 6. April bis 12. September 1980 Staatspräsident. – Kiesinger hielt sich vom 5.–9. September 1968 in der Türkei auf.

übrigens einen Einfluß auf ihre Politik einzuräumen. Die Sowjets leben dort ganz abgeschlossen in einem Lager; sie zeigen sich nicht in der Bevölkerung, obwohl die ganze Infrastruktur strategisch geplant ist. Ich bin oben gewesen. In 3.300 m Höhe haben sie das Hindukusch-Gebirge durchtunnelt, um eine Nordsüd-Verbindung herzustellen, die sie jedenfalls im Sommer benützen könnten, wenn irgendwelche Ereignisse die Sowjetunion veranlassen sollten, ihre Kräfte nach Süden zu werfen. Aber daß immer noch Freundschaft gegenüber unserer Volke dort bewahrt wird, in der Türkei, auch im Iran, ist klar. Der Schah hat übrigens einen endgültigen Strich unter die ganze Sache gemacht. Das ist vorbei. Das gleiche gilt auch für Afghanistan.

Jetzt kommt es darauf an, daß sich um uns herum soviel Freunde wie möglich scharen, nicht nur unsere Verbündeten in der NATO, sondern auch in den Vereinten Nationen. Das scheint zu gelingen. Hierauf müssen wir unsere ganze Aufmerksamkeit richten. Ich kann das nicht immer in die Welt hinausposaunen. So etwas bespricht man. Ich kann hier nur sagen, ich bin hochbefriedigt von den Gesprächen mit den verantwortlichen Leuten aus diesen drei Ländern zurückgekehrt.

Ich bin ebenso befriedigt vom gestrigen Gespräch mit de Jong und Luns. Sie haben, was den Willen, in der NATO zusammenzurücken, anbelangt, gar keinen Rest übriggelassen. Die Leute sehen also sehr klar, woher der Wind weht. Wir werden die schwierigste Aufgabe haben, wenn jetzt der Präsident de Gaulle zu uns kommt.³² Was Debré bisher erzählt und der Präsident in seiner Pressekonferenz gesagt hat, klingt nicht sehr ermutigend.³³ Wir werden sehen müssen, wie wir auf dem schmalen Grat, auf dem wir hier zu wandern haben, vorwärtskommen. Gewisse Vorstellungen von italienischer Seite, daß man einfach Frankreich dann beiseite lassen und zu fünf weitermachen soll, sind natürlich ganz ausgeschlossen. Eine solche Politik könnten wir nie und nimmer machen. Das fehlte uns im gegenwärtigen Augenblick gerade noch, daß es zu einem offenen Eklat zwischen uns und Frankreich käme. (*Unruhe.*) Aber ich habe mich sehr gefreut, daß die Holländer diesen Gedanken weit von sich gewiesen haben. Als ich sie direkt darauf ansprach: Haben Sie etwa auch eine solche abenteuerliche Vorstellung? – haben beiden gesagt: Das wäre natürlich das Törichtste, was man tun könnte. Wir müssen uns unter den fünf ein bißchen enger verständigen und versuchen, Frankreich mitzunehmen. Was man außerhalb der Römischen Verträge machen kann, was also durch diese Verträge nicht gedeckt ist, nämlich Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit England und anderen, das ist eine andere Sache. Da sind wir aufgeschlossen, um hier mitzumachen.

Ich kann nur noch einmal wiederholen, anständiger als sich die Briten in den letzten Monaten verhalten haben, kann man nicht sein. Das ist eine Feststellung, die man immer wieder treffen muß. Das ist die englische Regierung. Es gibt aber auch Massenblätter da drüben, die häßliche Artikel schreiben, die aber keineswegs repräsentativ sind. Es

32 De Gaulle hielt sich vom 27.–28. September 1968 zu Konsultationen in Bonn auf. Vgl. AAPD 1968 Nr. 312.

33 Zur Pressekonferenz de Gaulles vgl. AdG 1968 S. 14217–14219; AAPD 1968 Nr. 318. – Zu den Äußerungen Debrés im Gespräch mit Außenminister Brandt vgl. AAPD 1968 Nr. 313.

ist also jetzt die große Aufgabe, hier entsprechend zu wirken. Wir dürfen solche Tendenzen, wie sie in der „Stampa“ zum Ausdruck gekommen sind, wie sie auch gelegentlich in Äußerungen aufklingen, daß diese tschechische Krise wesentlich dadurch gefördert worden sei, daß die Russen den Wirtschaftsimperalismus und den wirtschaftlichen Einfluß der Bundesrepublik in der Tschechoslowakei fürchteten, nicht so ernst nehmen, denn das ist natürlich Unsinn. Wenn sie uns gefürchtet und geglaubt hätten, wir seien die Bösewichte, als die uns Moskau dauernd darstellt, dann hätte das die Tschechen vielleicht zu einem vorsichtigeren Verhalten bewogen; aber daß diese Bewegung aus ganz anderen Gründen kommt, das wissen wir doch alle.

Es ist also im Moment die wichtigste Aufgabe: Vermeidung der Isolierung, Sammeln der Freunde um uns herum. Das ist jetzt ein günstiger Augenblick.

Mein Vorschlag zu einer Gipfelkonferenz der NATO wurde gestern von Luns so beantwortet: Das Signal war notwendig. Sie mußten es sagen. Wir haben gesagt, wir müssen überlegen, ob es gut ist, es tatsächlich zu machen; denn man muß ja damit rechnen, daß unter Umständen wegen de Gaulle auf einer solchen Gipfelkonferenz keine Einigung hergestellt wird, so daß dann hinterher die Sache gefährlicher aussieht als vorher. Aber es war ein Aufruf zur Einigung. Es ist ja alles in Gang gekommen. Birrenbach hat mir erzählt, nirgendwo in den Vereinigten Staaten sei der Gedanke der Gipfelkonferenz abgelehnt worden. Johnson hatte schon die Koffer gepackt, um Kossygin zu treffen. Er hatte seinen Botschafter hier aufgefordert, mir das zu sagen. Der amerikanische Botschafter hatte sich bei mir angesagt, und dann kamen die Ereignisse in der Tschechoslowakei. Der Botschafter sagte, die Sache habe sich erledigt. Ich habe ihn dann doch hergebeten. Aber noch habe Präsident Johnson – so sagte er mir – den Gedanken an ein solches Treffen nicht aufgegeben. Ich habe Cabot Lodge gesagt³⁴: Ob NATO-Gipfelkonferenz oder Treffen Johnson-Kossygin, das hat der amerikanische Präsident zu entscheiden, aber das eine oder das andere müßte den Russen ganz klarmachen, was passiert, wenn sie etwas über ihre Grenzen hinaus unternähmen. Nun, was der Präsident tun wird, weiß ich nicht.

Dies ist ganz kurz zusammengefaßt im Moment die Situation. Die militärische Situation ist äußerst bedrückend; denn die Russen haben seit diesen Ereignissen 50 neue Divisionen nach Westen geworfen, westlich der Weichsel; von den 50 stehen 18 westlich der Oder-Neiße. Man kann natürlich eine Gesamtrechnung aufstellen und sagen, früher waren die tschechoslowakischen Divisionen da, dann sind es nur zwei sowjetrusische Divisionen, aber die Qualität dieser Kräfte, die an der Grenze stehen, ist so, daß sie jederzeit eine Bewegung irgendwohin machen können. Es gibt ja nicht nur eine Bewegung gegen den NATO-Raum, sondern auch gegen Österreich und Jugoslawien. In Wien und in Belgrad ist man keineswegs leichtfertig optimistisch.

Wir leben in einer äußerst prekären, äußerst ernsten Situation. Wir müssen ein Zweites tun. Überall wächst jetzt die Bereitschaft, etwas zu tun. In der NATO geschieht etwas. Wenn man auch keine besondere Außenministerkonferenz zusammengerufen hat,

34 Am 17. September 1968. Vgl. AAPD 1968 Nr. 303.

so wird doch Herr Rusk in New York anlässlich der Tagung der Vereinten Nationen³⁵ ein Essen geben, zu dem unser Außenminister hingehen wird. Man wird dort überlegen, ob man die normale Ratstagung vorzieht und welchen Inhalt man ihr geben wird. Die Amerikaner haben – das haben Sie ja gesehen – Bereitschaftserklärungen abgegeben, Truppen herzusenden, erstmals 12.000. Also, das alles kommt jetzt. Was wir mit den Franzosen machen können, weiß ich nicht. Es gibt natürlich dort auch andere Erscheinungen. Es gibt Schwächeerscheinungen in einigen dieser Länder. Das ist einfach Furcht. Das ist ja natürlich angesichts dieser Situation. Luns sagte mir, die Russen sind Dummköpfe. Die hätten nur noch zwei Jahre zu warten brauchen, dann wäre von der NATO nicht mehr viel übrig gewesen. Sie sagten mir weiter, in Holland gäbe es eine ständige Erosion des NATO-Willens durch die Presse, durch gewisse Professoren usw.; also eine ganz ähnliche Situation wie bei uns. Diese Leute sagen: Das ist ja alles nicht mehr nötig. Die Russen haben sich gewandelt. Der Kommunismus ist etwas ganz anderes als früher. Diese unangenehme Bundesrepublik ist doch der eigentliche Störenfried. Sie soll doch endlich mit allem aufhören und anerkennen. (*Unruhe.*) Das sagten mir beide Herren, die doch durch ihre Tat bewiesen haben, daß sie zu uns stehen. Sie sagten, wir könnten uns absolut auf sie verlassen. Nun, meine Herren, das ist ja eine paradoxe Situation, wenn man die These aufstellt, wie sie Luns aufgestellt hat: Noch zwei Jahre, dann wäre von der NATO nicht mehr viel übriggeblieben.

Die Frage, wer in diesem geschichtlichen Ablauf verliert und wer nicht, ist hochinteressant. Rusk hat sie bei dem letzten Gespräch in Wien³⁶ in die Formel gekleidet: Der sowjetrussische Kommunismus hält die Koexistenz nicht aus. – Die Konsequenz ist, daß er das aber nicht einfach tatenlos hinnimmt. Es ist richtig, er hält sie nicht aus. Das hat sich ja gezeigt. Er wird sie auch in Zukunft nicht aushalten, ohne nach dem Gesetz, nach dem er angetreten ist, zuschlagen zu müssen. Aber wer am ersten zerbröckeln wird, die Einheit des Westens in der NATO oder die Einheit des kommunistischen Ostens, das ist eine hochinteressante Frage. Ich will jetzt nicht im einzelnen darauf eingehen. Sie ist sehr kompliziert. Eines scheint mir aber sicher zu sein, der Prozeß geht unaufhaltsam weiter. Ich bin fest davon überzeugt, daß das anders ist als in Ungarn. Das ist anders als beim 17. Juni 1953. Das kam aus der Tiefe eines Volkes und wurde vor allen Dingen von einer ganz unbefangenen und unerschrockenen Jugend getragen. Sie ist da und gibt nicht mehr nach. Sie wird immer neue Methoden finden. Das ist nicht nur in einem Lande so, das wird auch in anderen Ländern so sein. Das ist eben der Drang zur Freiheit, zur individuellen und zur nationalen Freiheit. Die Imperialisten in Moskau müssen dann zusehen, welche Methoden sie anwenden, um eine solche Entwicklung zu verhindern.

35 Die UN-Generalversammlung eröffnete ihre XXIII. Sitzungsperiode am 24. September 1968. Zum Abendessen auf Einladung Ruskus vgl. AAPD 1968 Nr. 327. – Brandt hielt sich vom 7.–11. Oktober in New York auf, vgl. Willy BRANDT: Erinnerungen. Frankfurt/Main 1989 S. 180f.; AAPD 1968 Nr. 328, 329, 332, 334, 336, 337, 338.

36 Dean Rusk hielt sich am 15. Mai 1965 anlässlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags in Wien auf. Vgl. AdG 1965 S. 11857.

In der Tschechoslowakei haben sie Methoden angewendet, die keiner, mit denen ich bisher gesprochen habe, von Washington bis Kabul versteht. Daß sie intervenierten, ja vielleicht intervenieren mußten nach ihrer Staats- und Parteiräson, das wird anerkannt, ohne daß man das verteidigt, aber daß sie so interveniert haben, das ist nach wie vor eine Sache, über die man sehr genau nachdenken muß. Vielleicht war halt doch bei der militärischen Intervention schon die Präsenz einkalkuliert, die übermächtige Präsenz dieser Sowjetdivisionen an der westlichen Grenze und die darauf folgenden politischen Schritte im Zusammenhang mit dieser Präsenz. Ich muß es so sagen, es hat gar keinen Zweck, wenn wir uns etwas vormachen. Ich will aber niemandem deswegen Angst machen. Hier heißt es jetzt, kühlen Kopf zu behalten.

Die Russen wissen genau, daß mit einem Vorstoß gegen den Westen ein großes Risiko verbunden ist. Daß jetzt ihr Vorgehen die NATO zusammenschließt, ist ja ein guter Effekt. Manchmal frage ich mich geradezu, ob sie nicht, um ihren Bereich, um ihre Gesellschaft da zusammenzuhalten, wieder eine Belebung des NATO-Geistes im Westen brauchen. Die da drüben haben ja auch nicht mehr daran geglaubt, die haben alle gesagt, es ist vorbei, und wir allein reichen nicht mehr aus. Es ist eine paradoxe Situation, die zu allen möglichen Überlegungen Anlaß gibt. Manches ist spekuliert worden. Ganz sicher ist, daß sich alle unsere Freunde um uns scharen müssen; d. h. auch wir müssen die Konsequenzen ziehen, z. B. in unserer auswärtigen Politik, verbunden mit der Entwicklungspolitik. Wir müssen weg mit unserem Gießkannensystem, sondern wir dürfen nur da helfen, wo wir verlässliche Freunde haben. Das ist eine sehr wichtige Konsequenz, insbesondere mit Blick auf die Kandidaten, die für diesen Ministerposten angeboten werden.

Über die Klausel – ich bitte noch einmal herzlich darum – wollen Sie so wenig wie möglich sprechen. Die Feindstaatenklausel ist der diplomatischen Arbeit überlassen. Im übrigen sollten wir uns gelassen, ruhig und fest zeigen. Ich war ganz froh über diese interessante Wendung, die jetzt zu beobachten ist. Die Propaganda wendet sich plötzlich mit Wucht gegen mich persönlich. Das gibt mir Gelegenheit, klipp und klar zu sagen, so ist es und nicht anders.

In diesem Zusammenhang ein Wort zum Atomsperrvertrag! Wir haben Luft bekommen. Wir sollten es dabei belassen. Wir sollten jetzt nicht versuchen, mit dem Atomsperrvertrag die NPD rechts zu überholen. Wir sollten froh sein, daß wir Luft bekommen haben. Auch unser SPD-Partner erklärt ja, das kommt nicht in Frage. Helmut Schmidt und Brandt haben es erklärt. Sie wissen, warum sie es jetzt sagen. Die andere Frage ist die der Verjährung. Ich weiß, daß diese beiden Punkte bei unseren Freunden von der CSU eine bedeutende Rolle jetzt in Berneck³⁷ gespielt haben. An sich warne ich vor antizipierten Festlegungen. Es ist immer schlimm, wenn man sich selber in einen Käfig sperrt. Ich würde sagen, in diesen zwei schwierigen Fragen sollten wir ruhig Blut bewahren.

37 Vom 19.–21. September 1968 fand in Bad Berneck die Herbsttagung der CSU-Landesgruppe statt. Vgl. „Zusammenstellung der gefaßten EntschlieBungen“ in ACDP 01–035–020/2.

Ich hatte gehofft, daß der Senatsausschuß in der dritten Lesung die Empfehlung nicht aussprechen würde, er hat es aber trotzdem getan, so daß nun der Senat abstimmen muß. Wie das ausgehen wird, weiß ich nicht. Wir müssen damit rechnen, daß in den Vereinigten Staaten bis zur Präsidentenwahl wenig Führungskraft entwickelt wird. Das ist immer die gefährliche Zeit. Das haben die Russen immer auszunutzen gewußt. Der Trend in den Vereinigten Staaten geht – wenn man das so ausdrücken will – entschieden nach rechts. Das ist gut so für uns. Dort stehen die Leute, die in der europäischen Politik und in der Politik gegenüber dem Kommunismus eben einfach verlässlicher und sicherer sind. Ich will jetzt auf die Kandidaten selber nicht eingehen. Jeder, der zurückkommt, sagt, es gibt Angriffe gegen den Supreme Court, gegen das höchste Gericht: law and order. – Es ist also das Gefühl in den Vereinigten Staaten: Ordnung und Gesetz sind bei uns gestört. Die müssen wiederhergestellt werden.

Ganz erstaunlich ist der Erfolg von Wallace, der hat jetzt schon 25 %. Es kann passieren, daß wir dieses Mal erleben, daß der Präsident der Vereinigten Staaten vom Repräsentantenhaus gewählt wird. Das ist das Verfahren, wenn keiner die absolute Mehrheit erreicht. Rusk hat gesagt: Vor ein paar Monaten noch hätte ich mich über die NPD in der Bundesrepublik noch ziemlich aufgeregt; seit diesem Erfolg von Wallace bin ich nachdenklich geworden.³⁸ Und McGhee sagte mir, als er sich verabschiedete: Daran ist nur unser dummes Wahlgesetz schuld. Hätten wir das Eure, dann säßen 13 % Wallace-Leute im Kongreß. Heute, so müsse er weiter sagen, habe man 25 % im Kongreß. – Über diese Durststrecke müssen wir hinwegkommen. Selbstverständlich werde ich, sobald der neue Präsident da ist, versuchen, mit ihm in Verbindung zu treten.

Ich habe die Reise nach Asien begrüßt. Durch einen natürlich inspirierten Artikel in der „Tagespost“³⁹ in Würzburg – mehr will ich dazu nicht sagen – bin ich angegriffen worden, weil ich diese Reise in diesem Augenblick unternommen hätte. Es sei so, daß ich eine Lustreise angetreten hätte. Also, so schmutzig wird gearbeitet in dieser Welt. Ich habe meine Parteifreunde gefragt, ich habe auch andere gefragt, was sie davon hielten. Ich bin überall beraten worden, diese Reise zu machen. Es war gut, daß ich sie gemacht habe. Ich habe dann, weil ich in Kabul, Teheran und weiß wo Gespräche führte und in Amerika diese Dinge liefen, unseren Freund Birrenbach beauftragt und hinüberschickt, der sehr geschickt, klug und auch, soweit dies in der Situation möglich war, erfolgreich verhandelt hat. Wir werden über die Ergebnisse dieser Verhandlungen noch sprechen müssen. Am Montag werde ich den Gouverneur Scranton⁴⁰ hier haben. Nixon hat mir einen netten Brief geschrieben, in dem er mich bat, Herrn Scranton zu empfangen. Man nimmt an, daß Scranton Außenminister wird, wenn Nixon gewählt werden sollte. Es ist mir höchst lieb, daß ich schon am Montag Gelegenheit habe, mit diesem

38 Vgl. AAPD 1968 S. 1169.

39 Vgl. „Deutsche Tagespost“ vom 17. September 1968 „Wachsende Kritik“. Kiesinger wurde vorgeworfen „sorglos durch Asien“ zu reisen, „zu einem Zeitpunkt akuter sowjetischer Bedrohung“.

40 William Warren Scranton (geb. 1917), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1961–1963 Mitglied des Senats, 1963–1967 Gouverneur von Pennsylvania.

Manne sprechen zu können, ohne daß ich mich auf eine Seite festlegen lasse. Aber es ist doch ganz gut, daß man jetzt schon die Gelegenheit hat, einen Gedankenaustausch zu pflegen.

Man hat früher das Wort des alten Herren „die Lage war noch nie so ernst“ gelegentlich belächelt, weil er es ein bißchen inflationiert hat, aber, meine Damen und Herren, jetzt sage ich es: Die Lage war noch nie so ernst! – Deswegen bitte ich Sie, die kleinen Querelen und Intrigen zurückzustellen. Das Wohl des Vaterlandes verlangt es! (*Lebhafter Beifall.*)

Lemke: Herr Bundeskanzler, Sie haben gesagt, außerhalb der Römischen Verträge wäre das Feld frei. Da gäbe es Möglichkeiten, daß andere Staaten der EWG beitreten könnten. Die suchen also eine enge Verbindung mit den Fünf herzustellen, weil sie es nicht mehr aushalten, daß sie wirtschaftlich ausgeschlossen sind.

Kiesinger: Wir haben ein genaues Papier vorbereitet. (*Lemke:* Ich wollte Sie bitten, Herr Bundeskanzler, daß Sie da vielleicht ein paar Akzente setzen.) – Herr Lemmer!

Lemmer: Ich gebe zwei Informationen bekannt, die ein Schlaglicht auf die Situation werfen. Ich nenne die Oberschule 5 Bezirk Pankow. Dort hat wenige Tage nach dem 21. August ein engagierter SED-Direktor in der Oberprima, die aus 34 Schülern und Schülerinnen besteht, einen Klassenaufsatz darüber machen lassen, ob man den Einmarsch der Russen in die Tschechoslowakei für richtig halte, um den Konterrevolutionären dort das Handwerk zu legen. Die Pressevertreter, die hier sind, bevollmächtigte ich, in geeigneter Weise das in die Öffentlichkeit zu bringen. Das Ergebnis war so: Von den 34 haben mit Namen – das ist keine geheime Wahl – vier gesagt: Ja, zwei haben sich gedrückt, und 28 haben geantwortet: Nein! Dieser Einmarsch von Truppen unserer Republik in die Tschechoslowakei ist zu mißbilligen. – Das sage ich nur in Richtung auf die Beurteilung der Haltung der Jugend in der Zone, über die in der Welt und in Westdeutschland meist absolut falsche Vorstellungen herrschen.

Die zweite Sache! Vor dem Schöneberger Rathaus habe ich auf einer Kundgebung am 21. August gesprochen.⁴¹ Laut amtlichem Polizeibericht heißt es: Die APO, die schon aus verschiedenen Gruppen besteht, hatte beschlossen, diese Kundgebung zu stören. – Diese Störung setzt ein bei mir und setzt sich bei Herrn Schütz fort. Ich habe meinem Temperament gemäß sehr hart reagiert und gesagt: Wer hier durch Transparente das Vertrauen in die freundschaftlichen Schutzmächte stört, setzt sich dem Verdacht aus, ein Agent zu sein, um hier diese Stadt in ihrer Grundlage zu gefährden. Ich habe weiter gesagt: Es ist jetzt an der Zeit, daß Schluß gemacht wird in dieser Stadt, die so gefährdet ist, die sich in der ernstesten Krise seit 1948 befindet. Auf dem Kurfürstendamm und auf dieser Kundgebung sah man Plakate mit der Überschrift „Ami raus aus Vietnam!“ Das ist in keiner Zeitung erschienen, sondern nur im Polizeibericht. Das ist geschehen auf einer Kundgebung gegen den Einmarsch in die Tschechoslowakei. Und was hat der Senat gemacht? Nichts! Das ist auch hier, soweit ich das beobachten konnte, kaum in die Presse gekommen. Was ist geschehen? Vorgestern haben die alliierten

41 Schweigemarsch und Kundgebung in Berlin aus Protest gegen die Invasion in der ČSSR, vgl. „Telegraf“ vom 22. August 1968.

Kommandanten dem Senat eine Anweisung gegeben, daß in Zukunft – das ist die zweite Anweisung an den Senat seit 1949 – die Alliierten wünschen, daß es damit aufhöre. Meine Formel ist, daß antialliierte Kundgebungen in Berlin im Zentrum der Stadt abschließend mit Steinwürfen gegen das Amerikahaus gestört werden. Die Presse bringt nichts darüber. Die Berliner Presse bringt nur ganz wenig, so daß man es kaum beobachtet. Ich finde, daß dieses Eingreifen der alliierten Kommandanten in diesem Augenblick und in diesem Ziel als ein Politikum allerersten Ranges zur Kenntnis genommen werden muß. (*Lücke: Das ist kein Kompliment für den Senat! – Unruhe.*)

Kiesinger: Herr Streibl!

Streibl: Herr Bundeskanzler, Sie haben, wenn auch etwas zurückhaltend, die CSU angesprochen. Ich möchte hier doch allein allen Ernstes sagen, es geht der CSU, wenn sie so etwas beschlossen hat und zu einigen Problemen ihre Meinung sagt, sicher nicht um kleine Querelen oder parteitaktische Züge, sondern es ist ihr sehr ernst mit diesen Fragen des Atomsperrvertrages. Wir wollen nicht die NPD rechts überholen, aber wir glauben, daß, wenn die NPD in den Bundestag sehr stark einziehen sollte, das für die außenpolitische Lage in der Bundesrepublik sicher keine gute Ausgangsposition sein wird. Deshalb sind wir der Meinung, daß manche Dinge, die in unserem Volk sehr stark angesprochen werden und zum Ausdruck kommen, nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen Bundesrepublik ... (*Kiesinger:* Kennen Sie denn die demoskopischen Umfragen?) Ich kenne sie. Darüber müssen wir uns einmal unterhalten. Man kann demoskopische Umfragen – das wissen Sie, Herr Bundeskanzler – so oder so machen.

Aber wie dem auch sei, es ist doch so, daß man einem Volk nur sehr schwer klarmachen kann, daß die Sowjetunion, die diesen Vertrag unterzeichnet hat, ihn bereits nach der Unterzeichnung gebrochen hat, und wir nun auch unterzeichnen sollen. (*Kiesinger:* Darum geht es doch gar nicht! – *Unruhe.*) Nun, ich will auf die Sachdebatte nicht eingehen, aber ich darf sagen, daß bei uns in der CSU wirklich nicht aus kleinen Querelen oder aus Animosität heraus diese Diskussion ausgebrochen ist, sondern daß unsere Partei diese Diskussion geführt hat und hierbei zu dem Ergebnis gekommen ist mit einer Geschlossenheit, wie ich es in dieser Partei noch nicht erlebt habe.

Nun ist die „*Tagespost*“ angesprochen worden. Ich darf Ihnen auch da versichern, Herr Bundeskanzler, daß hier von der CSU aus nichts droht.

Kiesinger: Also, lassen wir mal den Titel „CSU“ als solchen stehen. Ich nehme Ihnen das auch, wenn Sie von der CSU sprechen, natürlich ab. Ich will auch gar nicht bestreiten, daß das sehr ernste Dinge sind und man darüber reden muß. Mein Rat war nur, sich nicht allzu früh in einer solchen Sache festzulegen. Man bekommt plötzlich Luft in einer Sache, wo man es vorher nicht geahnt hat. Daß das ein ernstes Anliegen der CSU ist, weiß ich selber. Das wollte ich auch gar nicht kritisieren. Ich riet nur dazu, daß man sich nicht zu früh festlegen soll. Wenn ich die „*Tagespost*“ angesprochen habe, so habe ich nicht die CSU damit angesprochen. – Herr Barzel!

Barzel: Ich würde gern noch ein Wort aus der Sicht der gemeinsamen Fraktion zum Atomsperrvertrag sagen. Es ist in der Tat so, daß bei unseren Freunden in der CSU sich seit geraumer Zeit aus sehr ernststen Gründen eine Stellungnahme zu diesem Vertrag ent-

wickelt, die ein absolutes Nein enthält. Es ist richtig, daß in der Fraktionsvorstandssitzung am Mittwoch die Freunde der CSU geschlossen erklärten, sie hätten die Absicht, jetzt auch öffentlich zu diesem Vertrag nein zu sagen. Wir haben dann gebeten, das zu unterlassen und die Formel miteinander zu finden, dies jetzt nicht – wenigstens in drei Punkten – im einzelnen zu begründen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß in dieser Frage es nicht nur – und das ist der Grund, warum ich mich jetzt zu Wort melde – bei der CSU eine Verhärtung gibt; dasselbe gibt es auch bei der CDU. Also, wir müssen miteinander reden. Ich halte es für unverantwortlich, in einer solche Lage – von der der Bundeskanzler gesprochen hat –, wo der Punkt 1 Sicherheit heißt, in einer unqualifizierten Weise gegenüber dem Präsidenten Johnson aufzutreten, der bis zum 20. Januar, ob uns das paßt oder nicht, der Präsident der Vereinigten Staaten ist, dessen Lieblingskind eben dieser Vertrag ist. Wir würden also somit unverantwortlich im Interesse unserer Sicherheit handeln.

Wir haben wieder Luft gewonnen. Wir haben noch einmal unsere Punkte hier betont. Daran halten wir auch fest. Die Bundesregierung hat in ihrer ersten Einlassung gegenüber den Mächten nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Punkte betont und erklärt, daß das nur Zweck habe, wenn alle aufhörten, einander Unterstellungen vorzuwerfen und Beleidigungen auszusprechen.

Wir sind in einer konsequenten Linie und sollten sie auch behutsam weiterverfolgen. Was die Lage im Bundestag betrifft, so bemühen wir uns um eine einstimmige Resolution, die die Westmächte in ein Engagement, vor allen Dingen die drei, die den Deutschlandvertrag unterschrieben haben, bringen soll. Wir haben uns auf dieses Abenteuer eingelassen, weil das, wenn es gelingt, nämlich eine einmütige Resolution des Bundestags herbeizuführen, eine wichtige Sache ist. Wenn es nicht gelingt, dann ist es auch eine wichtige Sache. Denn dann gelingt es, ein Stück der Schwammigkeit von anderen Parteien festzuhalten. Wenn ich die Papiere jetzt hier hinlegen würde, dann sähen wir, daß wir hier Welten auseinander sind. Es ist nicht meine Absicht, daraus parteipolitischen Krach zu machen, aber wir werden auch nicht um jeden Preis eine gemeinsame Resolution hier suchen.

Wir sind jetzt schon für das nächste Jahr wohlausgestattet mit Materialien, die wir allerdings erst noch zurückhalten sollten. In der Verjährungsfrage gibt es keinen Grund, öffentlich etwas zu sagen, weil das in den Fraktionen völlig klar ist. Wir haben die Regierung gebeten, jetzt nicht ein Vorweggesetz zu machen. Ich wollte noch sagen, es gibt wieder so eine Hinneigung zu Frankreich, wie immer, wenn wir nicht weiterfinden. Der Mann, der hier spricht, hat da sein Herz. Das weiß jeder. Nur hat er nicht vergessen, daß die Israelis sich ganz auf die Franzosen verlassen hatten wegen ihrer Rüstung, wo dann plötzlich die Ersatzteile wegblieben, als es ernst wurde.⁴² Das gehört leider auch zu den Erfahrungen. Das muß man hier mit einbeziehen.

Kiesinger: Ich will es noch einmal ganz klar sagen. Ich bin in beiden Punkten gemütsmäßig auf Seiten der CSU. Ich muß aber als Kanzler mit ganz kühlem Kopf han-

42 Zu den israelisch-französischen Differenzen vgl. BEN-NATAN S. 188–190.

deln. Es geht hier um Fragen allerersten Ranges, wo ein Regierungschef nicht einfach sagen kann, hier akzeptiert er das, was eben seine Fraktion beschließt. Gut, die Fraktion hat das Recht zu beschließen, aber er hat dann auch das Recht, hier zu sagen: Ohne mich! – Wie das kommen wird, das ist eine Frage, über die wir uns keine grauen Haare wachsen lassen zu brauchen. Der Herr Fraktionsvorsitzende hat eben die sehr schwierige Lage gekennzeichnet. Alle diese Gedanken müssen durchdacht werden, vor allen Dingen die Frage, wie nehmen wir der NPD den Wind aus den Segeln?

Leider ist es so, daß viele Leute draußen meinen, was der Rundfunk und das Fernsehen bringen, sei regierungsadäquat. Ich kriege dann zu meiner Belustigung Briefe, in denen steht: Warum verbieten Sie das nicht? Warum lassen Sie das zu? Oder gar: Warum haben Sie das angeordnet, daß das so gebracht wird? Das ist also etwas gespielt mit der Unerfahrenheit der Leute, die sich gegen die – was ich permanente Verleumdung der deutschen Wirklichkeit nenne – Sache wenden.

Daß das eine ernste Sache ist und man auch von seiten der CDU ein ernstes Wort sagen muß, ist ganz klar. Aber wir wissen auch, wieviel unzufriedene Trotzähler dabei sind. Deswegen meine Bitte auch an die CSU – soweit ich sehe, ist mindestens in den Resolutionen bis jetzt noch nichts Endgültiges verschüttet –, ruhig die Geschichte zu behandeln und keine Wege zu sperren. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir haben jetzt eine Brücke gebaut. Wir können eines unter keinen Umständen aushalten, nämlich isoliert zu sein. Es sind nur zu viele Leute bereit, uns zu isolieren. Auch in Amerika! Überall in der Welt! Deshalb muß hier eine ganz kühle Politik getrieben werden. Sie muß nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch gesehen werden. In solchen Fragen setzt man sich zusammen, wägt Argument und Gegenargument ab, und dann kommt man zu einem Entschluß. – Herr Lemke!

Lemke: Herr Bundeskanzler, es ist von der NPD gesprochen worden. Ich meine, sollte man nicht doch an ein Verbot herangehen?

Kiesinger: Da kann ich Ihnen gleich eine Antwort geben. Gestern abend habe ich mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts⁴³ gesprochen, der mir sagte: Es besteht nicht die geringste Chance für ein Verbot. – Das hat er klipp und klar gesagt.

Lemke: Wenn das so ist, Herr Bundeskanzler, dann ist es eine große Gefahr, wenn wir in diesem heiklen Kapitel der NPD Vorschub leisten. (*Lebhafte Unruhe. – Zurufe:* In welchem?) Wir müssen sehen, Herr Bundeskanzler, daß wir der NPD keinen Vorschub leisten. Wir müssen uns vorsehen in der gesamten Argumentation. Wenn wir sie nicht verbieten können – und das können Sie und Herr Benda besser übersehen als ich –, dann ist es sehr gefährlich, sie zu verketzern. Wir dürfen ihnen auch keine Gelegenheit geben, hinsichtlich des Atomsperrvertrages usw. uns zu schlagen. Das wäre doch entsetzlich, wenn die NPD mit einer großen Stimmenzahl von zehn und mehr Prozent in den Bundestag einzöge.

Wenn das Ergebnis Ihrer Untersuchung beim Bundesverfassungsgericht so ist, dann müssen wir in diesen beiden Punkten außerordentlich vorsichtig sein. Es muß vom

43 Gebhard Müller.

Bundesvorstand der CDU genau überlegt werden, wie wir auf diese beiden Fragen antworten und wie wir uns einrichten.

Kiesinger: Ich möchte jetzt nicht durch meinen Beitrag eine allgemeine politische Aussprache haben, weil wir ja heute den speziellen wichtigen Tagesordnungspunkt über das Aktionsprogramm noch erledigen müssen. Ich will nur sagen, natürlich zerbreche ich mir den Kopf seit Wochen darüber, wie man es schaffen kann. Die ideale Lösung des Wahlrechts ist einfach nicht zu schaffen. Die SPD springt nicht über ihren Schatten. Man bekommt ausweichende Antworten. Man bekommt von den Leuten, die die Erklärung damals mitgemacht haben, die Antwort: Die Partei tut es nicht. – Auch bei uns gibt es solche Leute. Ich erinnere an die Sitzung der Fraktion, die für mich sehr aufschlußreich war.⁴⁴

Nun kommt das andere. Das Ausland verteufelt die NPD als eine neonazistische Partei. Das ist sie nicht. Wenn heute einer das sagt, dann wird er schon in den Verdacht gebracht, daß er pronazistische Ideen verfolge. In dieser Partei gibt es Leute, die anfällig sind, es gibt aber auch eine Menge harmloser Honoratioren. (*Lebhafte Unruhe.*) Das ist nicht wie 1932. Das ist eine richtige Rechtspartei, wenn Sie wollen, eine radikale Rechtspartei. Aber es ist nicht – den Fehler sollten wir nicht machen, denn das halten wir nicht durch – eine neonazistische Partei. Daß ich für diese Partei keinerlei Sympathien habe, ist klar. Aber es ist so, daß man auch verstehen kann, daß es manche Leute gibt, die da hingegangen sind, weil sie alles, was es an Establishment – um jetzt einmal dieses Wort zu gebrauchen – gibt, als eine Einheit ansehen und sagen, das lehnen wir ab, wir möchten wieder nationale Würde haben. Wir lassen uns nicht immer durch den Dreck ziehen. – Das sagen sie, wenn sie am Fernsehen sitzen. Das sind doch die Dinge, und das muß man wissen.

Wenn wir jetzt den Fehler begehen, diese Partei selber als das darzustellen, als was gewisse Kreise im Ausland sie entweder sehen oder sehen wollen, dann schaffen wir hier ein Gespenst, das uns, wenn diese Partei in den Bundestag einziehen sollte, außenpolitisch ungeheuerlich zu schaffen macht.

Die beiden Holländer sagten mir gestern: Wir wissen genau, was das für Leute sind. Wir haben sie uns auch angesehen. Natürlich wissen wir, daß da einige drunter sind, die anfällig sind, aber es ist halt so, selbst in Amerika hat man bis vor kurzem – auch über die Poujadisten in Frankreich – gelacht, wenn in einem ausländischen Staat so etwas hochkommt. Aber wenn bei uns nur ein Schatten hochkommt, dann ist es dieser verfluchte Teufelskreis, in dem wir uns befinden. Wir dürfen nicht dazu verhelfen, das noch zu verschlimmern. Auf der einen Seite müssen wir unter allen Umständen nach jedem Mittel suchen, um zu verhindern, daß diese Partei in den Bundestag einzieht. Wir können im nächsten Jahr als CDU abschneiden, wie wir wollen – wenn wir nicht gerade die absolute Mehrheit erreichen sollten –, das Ausland wird nur daran interessiert sein:

⁴⁴ Vgl. Sitzung vom 26. März 1968 (ACDP 08–001–1016/1), in der Paul Lücke seinen Rücktritt ankündigte, weil sich die SPD auf ihrem Parteitag vom 17.–21. März 1968 in Nürnberg gegen eine Wahlrechtsreform ausgesprochen hatte und er die Rückendeckung durch Kiesinger vermißte.

Kommt die NPD in den Bundestag? Wenn sie hineinkommt, dann kommt sie immerhin mit einer nicht beträchtlichen Zahl hinein. Das ist das Fürchterliche, was vor uns steht. Ich weiß noch nicht, mit welchen Methoden wir das verhindern können.

Wenn ich gesagt habe, rechts überholen, dann will ich nicht mißverstanden werden. Ich bin durchaus dafür, daß die CDU und CSU versuchen, in all den Fragen, wo berechnigte Funktionen [sic!] bei diesen Leuten vorhanden sind, eine klare und feste Haltung zu zeigen. Aber wir sollten nicht den Versuch machen, noch radikalere Parolen auszugeben. Wir sollten versuchen, uns innerhalb der gegebenen Grenzen zu halten. Wie wir das machen werden, nachdem weder das Wahlrecht uns hier helfen kann, noch ganz offenbar das Bundesverfassungsgericht, weiß ich noch nicht. Herr Gebhard Müller sagte mir gestern abend, den ich zu Rate gezogen habe, daß er die früheren Urteile genau studiert habe, aber kein Element der früheren Urteile gegen die DRP usw. sei hier sichtbar. Er hat es so stark formuliert: Nicht die geringste Chance eines Erfolges ist gegeben. Das hat er klipp und klar ausgesprochen. Also bleibt nur noch übrig der kluge politische Kampf. Darüber müssen wir uns natürlich einig werden. – Herr Gradl!

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich bin der Meinung, daß es falsch wäre, die NPD mit dem Vorwurf zu bekämpfen, sie sei eine neue neonazistische Partei, obwohl sie es in ihrer Führung ist. Ich halte es aber für falsch, sie als neonazistisch zu bezeichnen, weil sie in ihrer großen Mitgliederzahl nichts mit der alten NSDAP zu tun hat, weil die meisten Mitglieder jünger sind, als daß sie damals Mitglieder der NSDAP gewesen sein könnten. Wenn es über das Wahlrecht und über ein Verbot nicht geht, dann gibt es nur die Möglichkeit – und dies sollten Sie schon in Ihrer Rede in der nächsten Woche zum Ausdruck bringen –, nämlich dem Volke klarzumachen, welchen Schaden jeder einzelne zu erleiden hat, wenn der Welt durch eine törichte Wahl dieser Leute der Vorwand oder gar das Argument gegeben wird, wieder die alte Einstellung des Mißtrauens gegenüber Deutschland in der Politik wirksam zu machen.

Deshalb muß diesem Volk gesagt werden, was auf dem Spiel steht. Das ist die einzig wirksame Methode nach meiner Meinung. Man muß natürlich auch die nationalen Interessen deutlich machen. Sie haben gesagt: Die Lage ist sehr ernst. – Sie ist in der Tat verteuftelt ernst. Wenn man die gestrige Verlautbarung hinsichtlich des Interventionsrechtsanspruches, auch in Verbindung mit Berlin, liest, dann kann man dem Rockefeller nur recht geben. Ich bin der Meinung und habe so ein Gefühl – ich will es nicht dramatisieren –, als ob wir uns einem neuen Kulminationspunkt in der internationalen Politik zuwendeten. Es ist dasselbe Gefühl, das wir Älteren – den Jüngeren sei es gesagt – im Sommer 1938 hatten. (*Lemmer:* Genau das!) Ich habe in meinen Gesprächen in Washington⁴⁵ von Leuten, die sich auskennen, immer wieder gehört, was jetzt als neues Gefahrenmoment in die internationale Politik eingegangen ist, das ist die Tatsache, daß im Kreml nicht mehr einer entscheidet, sondern ein Kollektiv, für uns ein anonymes Kol-

⁴⁵ Gradl hielt sich vom 10. November bis 9. Dezember 1959 zu einer Informationsreise in den USA auf, vgl. ACDP 01–294–057/1.

ektiv. Solange Stalin⁴⁶ oder Chruschtschow oder Kossygin/Breschnew⁴⁷ wirklich diejenigen waren, die die Entscheidung hatten, wußte man wenigstens, woran man war. Seit dieser Invasion in der Tschechoslowakei kann man in der internationalen Politik nicht mehr mit einer sicheren Stimme aus Moskau rechnen, sondern die Anonymität des Kollektivs birgt unendlich viel mehr Gefahren der Fehlentscheidungen in sich, als das früher der Fall war.

Herr Bundeskanzler, Sie sagten, wir sollten nicht so viel über die Feindstaatenklausel reden. Gut, nur fürchte ich, der Zug ist abgefahren. Seitdem die Russen dies so zugespitzt haben, wird dieses Thema die öffentliche Diskussion nicht mehr verlassen. Der gestrige Artikel hat dazu beigetragen, sie noch zu erschweren. Sie werden also in Ihrer Rede auch dazu etwas sagen müssen. Ich würde es für falsch halten, wenn wir uns bei der Abwehr dieser Interventionsansprüche der Russen auf das rechtliche Gebiet begäben. Diesen Interventionsanspruch kann man nur politisch abwehren. Denn nur in der politischen Abwehr kann man es der Welt verständlich machen, wie grotesk es ist, daß nach einem Vierteljahrhundert die Leute aus irgendwelchen Abmachungen, die damals beschlossen worden sind, das Recht einer Intervention begründen wollen.

Wir sollten wie die Engländer argumentieren: Dies waren Bestimmungen gegen damalige Feinde. Heute haben wir ein Vierteljahrhundert später. Sogar zur Sowjetunion gibt es ein vertragliches Verhältnis des beendeten Kriegszustands. Dies in dieser Weise politisch deutlich zu machen, ist die wichtigste Aufgabe.

Kiesinger: Wovor ich Angst habe, ist diese dauernde, täglich von vielen Leuten ausgestreute Meinungsäußerung zu diesen Dingen, die ja viele Leute nicht verstehen. Ich würde vorschlagen, diese Aussprache jetzt zu beenden, weil wir unsere Tagesordnung noch erledigen müssen.

Lemmer: Ich mache darauf aufmerksam, daß das Schreiben des SDS jede Diskussion über die NPD illusorisch macht, solange ihr erlaubt wird, offiziell programmatisch zu verkünden: Unsere nächste Aktivität besteht darin, die Bundeswehr zu zersetzen. – In jedem normalen Staat würden solche Leute, die programmatisch den Termin einer Aktivität zur Zersetzung der Bundeswehr verkünden, hinter Schloß und Riegel gebracht. Jetzt erscheint ein Buch mit Gebrauchsanweisungen, wie man am besten die Bundeswehr zersetzen kann. Und so etwas dulden wir! Wir dulden, daß auf Kuba Kurse für Mitglieder des SDS veranstaltet werden, wie man eine Wehrmacht zersetzt. (*Kiesinger:* In Kuba können wir nicht gut eingreifen! – *Unruhe.*) Das ist ein so ungeheurer Zustand, daß ich mich hier veranlaßt sehe, noch einmal darauf hinzuweisen.⁴⁸

46 Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879–1953), sowjetischer Politiker; 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU.

47 Zu Kossygin vgl. Nr. 11 Anm. 19. – Leonid Iljitsch Breschnew (1906–1982), sowjetischer Politiker; 1960–1964 und 1977–1982 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, 1964–1982 Erster (seit 1966 General-)Sekretär der KPdSU.

48 Vgl. dpa vom 9. September 1968 „SDS-Konferenz will ‚innere Revolte der Bundeswehr‘ vorbereiten“; „Stuttgarter Nachrichten“ vom 2. August 1968 „Studentenlehrgänge in Kuba“; „Frankfurter Rundschau“ vom 16. September 1968 „SDS bläst Bundeswehr-Aktion ab“.

Das Letzte! Denken Sie an das Ansehen der Justiz, wenn ich Sie daran erinnere, was sich in einem Berliner Gerichtssaal abgespielt hat. Ich nehme an, daß es Ihnen bekannt ist. Ich geniere mich, in Anwesenheit einiger Damen das zu erwähnen.⁴⁹ Es geht ein Staat in die Brüche, sage ich Ihnen, wenn dem nicht bald ein Ende gesetzt wird! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es ist sicher kein Zufall, daß unter den zwölf Abgeordneten der NPD im Baden-Württembergischen Landtag zwei Kernphysiker sitzen.⁵⁰ Es ist weiter so, daß die NPD eine starke Werbung betreibt, um den Atomsperrvertrag in jeder Weise hochzuspielen. Wir reden immer von Befragungen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Befragungen, soweit es um die NPD geht, immer einen sehr hohen Prozentsatz von Dunkelziffern enthalten. (*Kiesinger:* Heute nicht mehr. Das ist vorbei!) Wenn ich das Verhältnis unserer Befragung zum Landtagswahlergebnis betrachte, dann komme ich zu dem Schluß, daß die NPD heute bei über 15 % liegen muß. (*Kiesinger:* Heute sagen es die Leute, damals haben sie es noch nicht gesagt!) Es ist sicher, daß die Ereignisse in der Tschechoslowakei uns zwingen werden, unseren Wehretat zu erhöhen, einmal für den Unteroffiziers- und Offiziersnachwuchs und zum anderen in der Form des Devisenausgleiches. An diesen beiden Forderungen werden wir nicht vorbeikommen. Wir sollten uns nachher, wenn wir das Aktionsprogramm beraten, dessen bewußt sein, daß man bei der Aufstellung des Etats von Gesichtspunkten ausgegangen ist, die heute nicht mehr gelten, und zwar einfach von der finanziellen Seite her.

Kiesinger: Ich sage noch einmal, wir können das jetzt nicht durchdiskutieren. Das sind alles Probleme, bei denen wir selbstverständlich etwas unternehmen müssen. Die Amerikaner haben uns deutlich genug gesagt: Wenn ihr wollt, daß wir uns stärker engagieren, dann müßt ihr euch auch stärker engagieren. – Nun ist es so, beides zusammen können wir nicht. Wir können nicht auf der einen Seite den Wehretat beträchtlich erhöhen und auf der anderen Seite die Wünsche der Amerikaner in Höhe von über 3 Mrd. DM Devisenausgleich erfüllen. Das ist ausgeschlossen.

Wenn wir dann den einzig möglichen Weg, nämlich den der Steuererhöhung wählen, muß unsere Wirtschaft mitziehen. Vielleicht kommt sie von selbst darauf und sagt, unter diesen Umständen gibt es nur einen Weg, nämlich die Steuererhöhung. Ich wäre dankbar, wenn Sie das in Ihrem Kreise einmal sagten. Die Frage ist, woher das Geld nehmen?

Ich schlage nun vor, daß wir nicht weiter darüber diskutieren. Wir müssen das Parteiprogramm auch im Blick auf diese Dinge abfassen und es vielleicht in dem einen

49 Während der Verhandlung im Moabiter Kriminalgericht provozierte der Angeklagte Karl-Heinz Pawla das Gericht, u. a. verrichtete er seine Notdurft vor dem Richtertisch. Vgl. KRAUS-HAAR S. 239.

50 Dr. Rolf Kosiek (geb. 1934), wissenschaftlicher Assistent am Physikalischen Institut der Universität Heidelberg und Max Knorr (geb. 1926), Projektierungs- und Projektabwicklungingenieur für Atomisierungsanlagen bei der Firma Siemens in Karlsruhe.

oder anderen Punkt ändern. Ich schlage vor, nun mit den Überlegungen zum Aktionsprogramm zu beginnen. Das Wort hat der Herr Generalsekretär.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Darf ich die Gelegenheit benutzen, um zuvor den Bundesvorstand – was ich für meine Pflicht halte – davon in Kenntnis zu setzen, daß ich die Absicht habe, ab 1. Oktober aus dem Kabinett auszuscheiden, um meine ganze Kraft für die Partearbeit, in Sonderheit für die Vorbereitungen zur Wahl, zur Verfügung zu stellen. Ich habe mich bisher der Öffentlichkeit gegenüber deswegen nicht präzise geäußert, weil ich der Meinung war, daß es nicht richtig ist, daß die Mitglieder des Bundesvorstands dies über die Presse erfahren.

Zum Aktionsprogramm! Wir haben den Mitgliedern des Bundesvorstands den zweiten Entwurf unmittelbar, nachdem er von der vom Bundesvorstand eingesetzten Programmkommission verabschiedet worden ist, zugeleitet. In diesem Entwurf ist all das verarbeitet, was uns an Änderungsanträgen und Vorschlägen von den Landesverbänden, teilweise auch von den Kreisverbänden, von den Vereinigungen und von den Fachausschüssen zugegangen ist. Der Entwurf enthält im großen und ganzen die klaren Mehrheitsmeinungen der Partei zu den einzelnen Fragen, wengleich auch die Programmkommission da und dort ihrem Auftrag entsprechend von sich aus davon abweichende Vorschläge gemacht hat. Aber das sind nur Ausnahmen. Im großen und ganzen ist damit eigentlich im allgemeinen die Mehrheitsmeinung der Partei eingefangen.

Bemerkenswert scheint mir zu sein, daß wir den zweiten Entwurf zwar inhaltlich angereichert, aber dem Umfange nach um 20 % gekürzt haben. Um einmal einen Vergleich mit den Perspektiven der SPD zu zeigen, weise ich auf folgendes hin: Dieser Entwurf entspricht dem Umfange nach etwa gerade der Hälfte dessen, was der Parteitag in Nürnberg⁵¹ an SPD-Perspektiven angereichert hat. Ich glaube, daß wir mit unseren Bestrebungen auf dem richtigen Wege waren, den Entwurf straffer zu fassen und zu kürzen.

Ich darf darauf hinweisen, daß es nach allen Erfahrungen sehr unzweckmäßig ist, wenn man bei den Beratungen über Änderungen in einem solch großen Kreis zu formulieren anfängt. Wir können wohl nicht anders verfahren, als daß wir Ziffer für Ziffer aufrufen. Wo Änderungsvorschläge gemacht werden, sollten wir kurz darüber diskutieren und dann die Mehrheitsmeinung feststellen, so daß die Überarbeitung nach diesen Änderungen von der Bundesgeschäftsstelle erfolgen kann. Das ist nach den bisherigen Erfahrungen das einzig mögliche Verfahren, weil man sich sonst 24 Stunden lang allein mit fünf Ziffern zu befassen hätte.

Ich rufe zunächst die Präambel auf:

„Deutschland in der Welt“

I. Deutschlandpolitik

II. Außen- und Sicherheitspolitik

„Deutschlands innere Ordnung“

III. Reform der Demokratie

⁵¹ Vgl. SPD, PARTEITAG 1968.

- IV. Bildung, Jugend, Kunst und Forschung
- V. Wirtschaft und Finanzen
- VI. Landwirtschaft
- VII. Raumordnung, Wohnungsbau, Verkehr
- VIII. Soziale Sicherung
- IX. Gesundheit und Sport

Schlußwort

Präambel: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands vereint Männer und Frauen aller Schichten in dem Willen, das deutsche Volk in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu einen und eine Völkergemeinschaft zu fördern, die den Frieden in der Welt sichert und der Entwicklung der Völker dient.

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands orientiert sich am christlichen Glauben und Denken. Politik aus der gemeinsamen Verantwortung der Christen in der Welt zielt auf die Freiheit der Person, die sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, auf die Gerechtigkeit für jedermann und auf die Solidarität, die auf der Eigenverantwortung der Person aufbaut. (*Fay*: Zur Geschäftsordnung!)

Kiesinger: Bitte sehr!

Fay: Ich schlage vor, daß wir uns vor der Präambel mit der Gliederung befassen. Die Gliederung steht vorweg. Ich bin der Auffassung, daß bei der Gliederung eine Umstellung erfolgen sollte. Es fehlt mir etwas ganz Wesentliches, nämlich „Eigentum und Vermögensbildung“. Es erhebt sich die Frage, ob dieser Gedanke nicht in einem eigenen Kapitel zusammengefaßt werden soll und schon in der Gliederung sichtbar dargeboten wird.

Außerdem wäre es richtiger, die soziale Sicherung entweder vor der Wirtschaft zu bringen oder unmittelbar daran anzuhängen. Ich glaube, das wäre der Optik wegen besser.

Kiesinger: Ihr Vorschlag wäre also: I, II, III, IV!

Fay: Ich darf wiederholen: Mein Vorschlag geht dahin, daß man die soziale Sicherung vor die Wirtschaft setzt und außerdem vor der Wirtschaft ein Kapitel „Eigentum und Vermögensbildung“ gesondert ausweist. Das bedeutet, daß aus dem Text einige Zeilen herausgenommen werden müssen in ein Sonderkapitel.

Kiesinger: Ich würde abraten, da jetzt noch etwas zu ändern. Wir dürfen ein solches Aktionsprogramm nicht so ansehen, als ob gleich von der Inhaltsangabe und von der Einteilung alles abhinge; sonst werden wir zu perfektionistisch. Der von Ihnen vorgebrachte Gedanke ist ja berücksichtigt. Das ist ja da. Aber wir müssen das in einem Generalthema unterbringen.

Lemke: Ist es mit Absicht so gemacht worden, daß die Deutschlandpolitik vor der Außen- und Sicherheitspolitik kommt? Die Überschrift heißt: „Deutschland in der Welt“. Logischer wäre es nach meiner Meinung, wenn man sagen würde: Außen- und Sicherheitspolitik und dann erst Deutschlandpolitik.

Kiesinger: Man kann es so oder so machen. Wir laufen eben Gefahr, wenn wir jetzt anfangen, die ganze Geschichte noch einmal, wo es nicht unbedingt notwendig ist, auf-

zudröseln, daß wir also die ganze Arbeit wiederholen müssen. Es sind Dinge drin, die geändert werden müssen, auch Formulierungen. Das hat die Durchsicht bei mir ergeben.

Meyers: Was Herr Lemke sagt, ist nicht ohne Gewicht. Ich würde sagen, die Obertitel stimmen nicht. Warum müssen wir die dazwischensetzen? Wenn wir die beiden Obertitel weglassen, kann man es so stehenlassen. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Ist die Deutschlandpolitik zu stark in der Nachbarschaft der Außenpolitik? Ist das mißzuverstehen?

Kraske: In dem ersten Entwurf, den wir vorgelegt hatten, war die Deutschlandpolitik ausdrücklich als Scharnier zwischen der Innen- und Außenpolitik ausgewiesen. Dieses hat sich in der Diskussion praktisch in keinem Landesverband durchgesetzt, sondern es wurde allenthalben, wie ich glaube, auch vom Soltauer Kreis⁵² vorgeschlagen, ... (*Kiesinger:* Wer ist das, der Soltauer Kreis?) Das sind die norddeutschen Landesverbände, die zum Programm Stellung genommen haben.

In dieser hieß es, daß man – wenn ich mich recht entsinne – in der alten Form verfahren sollte, nämlich: Deutschlandpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik. Die zweite Erwägung war, daß es für die gesamte Gliederung des Programms wirkungsvoller wäre, wenn man es in zwei große Blöcke zusammenfaßte. Die Reihenfolge war das Ergebnis langer Diskussionen.

Lemke: Man sollte die Obertitel weglassen. „Deutschland in der Welt“ ist ja nicht Deutschlandpolitik. Ich will die Sache nicht komplizieren, aber dann müssen wir die Obertitel wegnehmen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Das ist eben unsere vertrackte Situation, daß die Deutschlandpolitik nicht nur eine innenpolitische Frage ist, sondern tatsächlich auch eine Frage, wie Deutschland in der Welt steht. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Herr Gradl!

Gradl: Es heißt nicht „Die Bundesrepublik in der Welt“, sondern „Deutschland in der Welt“. Deutschland ist eine ganz andere Frage. Dies war der eine Grund. Der zweite Grund für diese Art der Gliederung war, daß wir rein äußerlich deutlich machen wollten, daß, wie es in der jetzigen Fassung heißt, wir sagen: Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk ist die erste Aufgabe der deutschen Politik.

Dies sollte in der äußeren Form des Programms zum Ausdruck kommen.

Der dritte Grund zu dieser Gliederung war der, es sollte zuerst der nationaldeutsche Teil und nachher der innenpolitische Teil kommen. Dies waren die Überlegungen. Ich würde deshalb vorschlagen, es so zu belassen, wie es hier steht, auch mit den Zwischenüberschriften.

52 Teilnehmerliste und Beschlußfassung der Sitzung des Soltauer Kreises am 2. Juli 1968 in ACDP 01–157–076/3. – 1967 wurde die Zusammenarbeit der norddeutschen CDU-Landesverbände – einschließlich Berlins – durch den „Soltauer Kreis“ intensiviert, dem die Landes- und Fraktionsvorsitzenden, die Landesgeschäftsführer, die Landesminister sowie die Vorstandsmitglieder der CDU/CSU-Fraktion, die aus den beteiligten Ländern kamen, angehörten, vgl. KLEINMANN S. 291.

Kiesinger: Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Ich möchte noch einmal auf die Gedanken von Herrn Fay zurückkommen. Es ist nicht nur rein eine Sache der Logik und der Gliederung, sondern ein sachliches Argument darin enthalten. Er wollte ja, daß der Gesichtspunkt „Vermögensbildung und Eigentum“ auch in einer der Überschriften erscheint. Das ist doch ausgesprochen ein Element der CDU-Politik. Ich bedaure es, daß das nicht erscheint. Es paßt weder ganz unter „Wirtschaft und Finanzen“ noch ganz unter „soziale Sicherung“, sondern es ist etwas, was in beides hineingreift. Ich will nicht darauf bestehen, daß wir jetzt im Augenblick eine neue Gliederung erfinden, sondern nachher, wenn wir zum Programm kommen. Dann können wir uns überlegen, ob das nicht vielleicht doch in irgendeiner Überschrift erscheint.

Kiesinger: Das können wir einmal zurückstellen und vielleicht nach dem Vorschlag von Frau Schwarzhaupt nachher überlegen, ob wir es irgendwo unterbringen können. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir müssen jetzt versuchen, uns auf das zu konzentrieren, was wirklich wichtig ist. Es werden dabei auch manche wenig ansprechende sprachliche Formeln halt stehenbleiben müssen, weil wir nicht die ganze Arbeit von neuem machen können.

Zur Präambel möchte ich folgendes sagen: Der erste Absatz ist ein bißchen lang. Es ist alles Mögliche in diesem Satz. Es wäre besser, wenn wir das in kürzeren Sätzen auflösen könnten. Ich würde vorschlagen: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands vereint Männer und Frauen aller Schichten unseres Volkes in dem Willen, das deutsche Volk in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu einen. Sie will eine Völkergemeinschaft fördern, die den Frieden in der Welt sichert.

„Der Entwicklung der Völker dient“ ist eine vage Formulierung. Da denken die einen an Entwicklungshilfe, die anderen denken an die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich glaube also, es wäre besser, man würde zwei Sätze machen. Das kann man also rein redaktionell erarbeiten. Ich würde bitten, einmal zu überlegen, ob wir anstelle des Wortes „Entwicklung“ einen besseren Begriff finden können; vielleicht „zum Wohle der Völker“. (*Zuruf:* Wohlstand!) Nein, nicht Wohlstand! (*Starke Unruhe.* – *Lemke:* Wohlstand ist doch ein Begriff! Freiheit, Friede, Wohlstand. Dann müssen wir auch sagen Wohlstand!) Um Gottes Willen! Es ist nicht nur der Wohlstand. Für eine Partei wie die unsrige ist natürlich die geistige und kulturelle Entwicklung vor der materiellen zu sehen. Deswegen dürfen wir nicht sagen, „Wohlstand“ enthält alles. Das ist eine redaktionelle Frage, die wir ruhig dem Generalsekretär anvertrauen können. Das wird schon formuliert werden.

Der Bundeskanzler verläßt den Saal.

Heck: Der Begriff „Entwicklung“ ist mit Bedacht gewählt worden, weil es in der Tat darum geht, daß es ein ganz wesentlicher Punkt der Außenpolitik ist, den Völkern in ihrer Existenz zu helfen. Deshalb waren wir der Meinung, das sollte klar gesagt werden. (*Starke Unruhe.*) Gerade eine christliche Partei soll das, was notwendig ist, auch beim Namen nennen.

Wird zum zweiten Absatz das Wort gewünscht? – Herr Lemke!

Lemke: Im zweiten Absatz steht der große Unterschied zu den anderen Parteien. Wir haben in Schleswig-Holstein eine andere und viel klarere Formulierung. Darf ich Ihnen diese einmal vorlesen?

„Diese Ordnung findet ihren Maßstab in der christlichen Verkündigung von der Verantwortung für den Menschen und die Welt. Für die CDU ist Freiheit und Würde der Person oberster politischer Wert.“

Das ist viel besser als diese lange Geschichte da, die sämtliche Hintertürchen aufläßt. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: In der Programmkommission waren wir anderer Meinung.

Kohl: Herr Lemke, was Sie hier vortragen, ist natürlich etwas anderes als das, was hier steht. Es bleiben nicht nur Hintertüren auf, sondern es ist elementar anders. Sie gehen zunächst von der Verkündigung aus, was ein bißchen weniger ist als das, was hier im ersten Satz steht hinsichtlich des Glaubens und Denkens. Für mich ist das kein Hintertürchen, sondern ein Bekenntnis der CDU. Über die Formulierung kann man streiten.

Diese Partei ist die stärkste Partei der Bundesrepublik geworden aus einer solidarischen Betrachtung, die viele Leute in den Kernschichten der CDU – dies geht weit bis in den Bereich der Arbeitnehmerschaft hinein – empfunden haben, die sie auch heute noch empfinden und brauchen. Ohne die solidarische Haftung gegenüber der gesamten Gesellschaft hätten wir selbstverständlich eine Reihe von Punkten in unserer Politik gar nicht machen können. Denken Sie einmal an die Bauern. Wir haben 89 % Nicht-Bauern und 11 % Bauern. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich möchte gerade sagen, daß dieser zweite Absatz besonders gut gelungen ist. Deshalb möchte ich nachdrücklich dafür plädieren. Das Wort „Solidarität“ hat auch in der jungen Generation einen guten Klang und eine eigene Prägung.

Heck: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß im Präsidium der Bundeskanzler darauf hingewiesen hat, daß der Begriff „orientiert sich“ ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Kraske: Der Herr Bundeskanzler fand diese Formulierung „orientiert sich am christlichen Glauben und Denken“ zu stark und zu intensiv. Er fand sie jedenfalls nicht werbend genug für diejenigen, die der CDU beitreten oder die CDU wählen wollen, ohne daß sie für sich persönlich christlichen Glauben und christliches Denken zum Maßstab machen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Es ist schade, daß der Herr Bundeskanzler nicht anwesend ist. Das hätte eine reizvolle Diskussion gegeben. Ich kann dieser Meinung beim besten Willen nicht beitreten. Die CDU steht doch in folgendem Dilemma, wobei „Dilemma“ eine Frage der Interpretation ist. Wir kämpfen um jede Stimme der Wähler in der Bundesrepublik. Wir haben Wähler, die aus den verschiedensten Motiven CDU wählen. Aber daß diese Partei existent ist, ist daraus zu erklären, daß sie eine Kernschicht von Leuten hat, die aus einer persönlichen Verantwortung in dieser Welt eine öffentliche Aufgabe übernehmen. Wenn man das so nimmt, wie es hier steht, so ist überhaupt keine Gefahr drin, wie es ja immerhin in der CDU einmal grassierte, daß die Behauptung aufgestellt wurde, Chri-

sten im öffentlichen Leben seien eigentlich nur in der CDU. Außerhalb der CDU seien alles Unchristen und noch schlimmere Menschen. Diese leicht pharisäische Versuchung kann korrekterweise hier nicht hineininterpretiert werden.

Das ist eine Orientierungshilfe, wenn Sie so wollen, die in die Zukunft hineingeht. Wenn ich mir vorstelle, vor welchen Problemen die Gesetzgebung der nächsten zehn Jahre stehen wird – denken Sie nur an das Strafgesetzbuch –, dann glaube ich fast, daß für den inneren Ausbau unserer Gesellschaft eine solche Orientierung für die nächsten zehn Jahre wichtiger ist – nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das sage – als für die letzten zwanzig Jahre, weil da manches selbstverständlicher war, als es heute ist. Es ist absolut liberal im guten Sinne des Wortes, was hier steht. Es ist nicht schmal interpretiert. Wir wollen damit nicht mit dem Kopf an die Wand stoßen oder – lassen Sie mich das einmal ganz hart sagen – ein Gesangbuch vorsehen, sondern wir lassen jedem seine eigene freiheitliche Denkart. (*Lebhafte Unruhe.*)

Lemke: Es ist eine grundsätzliche Aussage. Ich weiß die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu schätzen. Der Meinung von Herrn Kohl trete ich eigentlich auch bei. (*Starke Unruhe.*) Ich will folgendes sagen. Meine Herren! Hören Sie doch bitte einmal zu! Bei dieser Unruhe kann man sich ja nicht verständlich machen.

„Diese Ordnung soll sich im christlichen Glauben gründen und ihren Maßstab finden in der christlichen Verkündigung von der Verantwortung für den Mitmenschen und die Welt. Für die CDU ist Freiheit und Würde der Person oberster Grundsatz.“

Ich würde diese Formulierung doch für richtiger halten. (*Anhaltender Widerspruch und Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Damen und Herren, ich sehe, während ich draußen war, haben andere meine Gedanken vorgetragen. Ich habe im Präsidium lediglich gesagt: Das ist ein kapitaler Satz, über den wir sprechen müssen. Ich habe mich im Präsidium nicht gern damit abgefunden, daß es so lautet, aber er soll so stehenbleiben. Gegen das „sich orientiert“ habe ich gar nichts, sondern es geht um „Glauben und Denken“. Hier sollen wir uns einfach die Frage stellen, wie offen sind wir? Ich selber habe eine ganze Anzahl von Menschen zur CDU geholt, die mir gesagt haben: Ich bin im strengen Sinne des Wortes im Glauben kein Christ. Deswegen kann ich ehrlicherweise nicht zur CDU kommen. – Dann habe ich den Leuten gesagt: So ist das nicht gemeint. Mitglieder der CDU können auch Leute sein, die von sich selber sagen müssen, daß sie glaubensmäßig nicht Christen sind, wenn sie nur unsere Ziele verfolgen, soweit es sich um ethische Grundlagen handelt. Es geht ja um die Ethik; es geht um das politische Ethos. (*Starke Unruhe.*) Es geht nicht um die eigentlichen religiösen Gehalte, also um das, was im Katechismus steht: Ich glaube ... usw. Deshalb habe ich mich einverstanden erklärt mit der Formulierung „sich orientiert“. Darüber könnte man tagelang diskutieren. Also, ich lasse es stehen. Etwas Besseres ist mir nicht eingefallen. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir sind uns darüber klar, daß das ein kapitaler Satz ist.

Was ist mit der Entwicklung? Inzwischen hat der Generalsekretär die „Entwicklung“ gerettet. (*Zurufe: Ja! – Heiterkeit.*) Ich spreche jetzt mal für die Jugend. Die Jugend denkt ja heute weltbürgerlich. Es ist sogar sehr schwer, ihr verständlich zu machen, daß

wir immer noch in einer Welt leben, wo es eben Nationen und Staaten gibt, deren Interessen sich manchmal widersprechen.

Wenn wir jetzt „Entwicklung“ sagen, dann ist das ein wichtiger Gedanke; denn wir helfen den Völkern, sich zu entwickeln, die das nicht selber können, aber damit haben wir nur die halbe Wahrheit gesagt. Im Weltempfinden und Weltbewußtsein dieser jungen Generation bei uns sind alle Völker miteingeschlossen, und zwar so, daß sie sagen, wir dürfen nicht nur innerhalb unserer Zaunpfähle denken und empfinden. Deshalb habe ich nach einem anderen Wort gesucht. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich würde vorschlagen, daß wir den Begriff „Entwicklung“ lassen und im großen und ganzen vielleicht noch einen zweiten Begriff hinzunehmen, der das andere nicht in Frage stellt. (*Lemke: Ist es nicht gut, die beiden Absätze in einen Zusammenhang zu bringen? Diese Ordnung soll im christlichen Glauben gründen und ihren Maßstab finden? – Anhaltende Unruhe.*) Also, daß ausgerechnet Sie von Schleswig-Holstein das sagen, wo die Missionierung nie wirklich gelungen ist, das wundert mich. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich erinnere mich eines Gespräches anlässlich einer Landtagswahl oder Bundestagswahl mit einem sehr netten Abgeordneten. Da bewunderte ich eine alte Fischerkirche. Ihr gegenüber war ein gutes Restaurant. Ich sagte ihm, das sei eine nette alte Kirche, worauf er erwiderte: Wir gehen aber nie hinein! (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Wir haben dann im Anschluß ein Gespräch über das „C“ in unserem Namen geführt. Das war für mich sehr aufschlußreich. Deshalb frage ich mich, ob alle Ihre Landsleute damit einverstanden sind. (*Lemke: Ja, ja! – Starke Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, lassen wir es so, wie es hier steht. Ich glaube, das ist gut durchdacht. (*Lebhafte Unruhe.*) Absatz 2! Wenn ich auf jemanden ziele, dann will ich ihn erschießen. Hier zielt die Politik auf die Freiheit der Person. Ich würde vorschlagen, jede bösertige Mißdeutung zu vermeiden. Vielleicht nehmen wir eine etwas andere Fassung. (*Blank: Sagen Sie: richtet sich!*) Natürlich! Also nur eine redaktionelle Änderung!

Heck: Wir kommen zu der Formulierung:

„Deutschland in der Welt

I. Deutschlandpolitik

1. Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk zu erringen, ist die erste Aufgabe der deutschen Politik. Das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk, die staatliche Einheit Deutschlands müssen zusammen mit der Überwindung der Teilung Europas angestrebt werden. Ein dauerhafter Frieden für Europa ist ohne die Lösung der deutschen Frage nicht möglich. Dabei ist die freie Entscheidung der mitteldeutschen Bevölkerung über ihre politische und gesellschaftliche Zukunft zu respektieren.“ – Herr Dr. Gradl!

Gradl: Dieser Teil hat, wie ich aus den Unterlagen ersehen habe, ungemein viel Gewicht. Der erste Teil „Deutschlandpolitik“, wie er in der ersten Fassung des Programms war, ist allgemein begrüßt worden. Wie die jetzige Fassung zustande gekommen ist, weiß ich nicht. Ich war in den letzten Wochen nicht hier. Sie ist jedenfalls wesentlich anders als das, was in weiten Teilen der Partei entwickelt worden ist und was dann in

der außenpolitischen Kommission der Partei noch einmal durchdacht wurde, Wort für Wort, immer im Bewußtsein, daß das alles miteinander zusammenhängt.

Ich will trotzdem jetzt nicht gegen die Fassung insgesamt angehen, sondern möchte nur sagen, hier gibt es einiges, was unter allen Umständen geändert werden muß. (*Kiesinger*: Können Sie es nicht gleich sagen?) Hier sind Unklarheiten drin. (*Kiesinger*: Sagen Sie es doch!) Ich nenne zunächst den Punkt 5, der sich auf Berlin bezieht. (*Unruhe*.) An diesem Punkt wird nämlich am leichtesten deutlich, was man kritisch zu der jetzigen Fassung sagen kann. (*Zurufe*: Sagen Sie es!) Wir sind ausgezogen mit dem Vorsatz, ein Aktionsprogramm zu machen. Von Aktion ist in dem Teil, um den es jetzt geht, nicht mehr viel die Rede, wie es hätte sein können. In bezug auf Berlin aber beschränkt man sich auf einige Aussagen, die, im ganzen gesehen, wenn man die Situation Berlins im Auge hat und wenn man weiß, was psychologisch dort los ist und was dort vor sich geht, nicht als ausreichend angesehen werden können.

Ich beantrage, daß wir die Fassung aufnehmen, die in Berlin – und dann gebilligt von einigen anderen Landesverbänden – entwickelt worden ist, die das Minimum dessen ausdrückt, was nach Auffassung unserer Berliner Partei notwendig ist. Jedenfalls muß mehr gesagt werden als das, was in der Ziffer 5 steht.

Kiesinger: Da steht sogar noch zu viel drin. Wir können unmöglich den Satz drinnen lassen „Die Berliner Bundestagsabgeordneten sollen vom Volk direkt gewählt werden“, aber nicht deswegen, weil das nicht wünschenswert wäre, sondern jetzt kommt es darauf an, daß wir mit unseren Schutzmächten gemeinsam gehen. Diesen Wunsch aber als Programmsatz hier hineinzusetzen, bringt uns doch sofort in offenen Gegensatz mit den Schutzmächten. Wozu also? Es ist ein bißchen trocken. In einer Zeit, in der Berlin so bedroht ist, sollte man die Aussage ein bißchen anders machen.

Heck: Wir waren uns darüber im klaren, daß es mit Berlin nicht dabei sein Bewenden haben könne, aber zunächst möchte ich zu den Ausführungen unseres Freundes Gradl sagen, ich habe leider den Teil vermißt, den er angekündigt hat, daß hier etwas Falsches stehe. Er hat nur erklärt, es steht zu wenig drin. Wir waren der Meinung, daß das, was der Soltauer Kreis auf Anregung unserer Berliner Freunde vorgeschlagen hat, in Berlin in einer gesonderten EntschlieÙung auf dem Parteitag verabschiedet werden kann. Wir können an sich nicht an einem Punkt völlig aus dem Rahmen fallen und ins Detail gehen, sonst müÙte an anderer Stelle in gleicher Weise verfahren werden, weil sonst die Frage auftaucht, warum hier so und dort anders.

Ich bin nach wie vor dafür, daß wir uns hier knapp halten und daß wir vorsehen, in Berlin – das halte ich für notwendig – in einer EntschlieÙung zu Berlin auf das zurückkommen, was hier im einzelnen vorgeschlagen worden ist. (*Lemke*: Hat man mit Absicht den Begriff „europäische Friedensordnung“ in der Ziffer 1 weggelassen und in der Ziffer 2 „vom europäischen Sicherheitssystem“ gesprochen?)

Kiesinger: Das ist gestern schon im Präsidium weggekommen. (*Starke Unruhe*.)

Heck: Herr Bundeskanzler, wir können nicht so diskutieren, daß man etwas herausgreift, sondern wir müssen Punkt für Punkt vorgehen. So hätte auch unser Freund Gradl – entschuldige, wenn ich das sage – seine Ausführungen bei Ziffer 5 machen können.

Ich schlage deshalb vor, daß wir nach der Reihe verfahren. Ich bitte um Entschuldigung, aber wir müssen es so machen. (*Gradl*: Diskutieren wir nun Ziffer 5 oder Ziffer 1?) Die Ziffer 1! Das Wort wird dazu nicht mehr gewünscht.

Wir kommen zur Ziffer 2: „2. Dieser Frieden muß durch gegenseitigen Abbau der Spannungen vorbereitet werden; dem dienen kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den Staaten und Völkern Ost- und Südosteuropas. Wir wollen ein europäisches Sicherheitssystem, das den Frieden garantiert; dabei dürfen die vier Mächte aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden.“

Zu Ziffer 2 darf ich bekanntgeben, daß das Präsidium vorschlägt, in der fünften Zeile statt „Wir wollen ein europäisches Sicherheitssystem“ nunmehr zu sagen „Wir wollen eine europäische Ordnung, die den Frieden garantiert.“

Kiesinger: Ich bitte um Entschuldigung, weil es doch auf jeden Satz ankommt, noch einmal auf die Ziffer 1 zurückzukommen. Da heißt es „Dabei ist die freie Entscheidung der mitteldeutschen Bevölkerung ...“ Über den Begriff „mitteledeutsch“ kann man streiten. Es geht dann weiter „über ihre politische und gesellschaftliche Zukunft zu respektieren“. Hier gibt es ja ein berühmtes Problem, nämlich die Frage, wer entscheidet über die deutsche Einheit. Stellen wir uns einmal vor, wenn z. B. die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands sagen würde: Wir trennen uns. Wir machen einen selbständigen Staat. – Die Frage ist, ob wir das respektieren würden. Ich kam immer wieder, wenn ich gezwungen war, über das Problem zu sprechen, nahe an die Formulierung heran, daß wir sie nicht bevormunden wollen und daß wir ihnen das Recht geben wollen zu sagen, was sie wollen und wohin sie wollen. Ich habe nur gesagt zu sagen, was sie wollen und wohin sie wollen. Ich habe mir die Formel sehr gut überlegt. Das heißt noch nicht, daß sie damit auch das Recht haben. Rechtens müßten wir sagen: Nur das ganze deutsche Volk kann entscheiden.

Nun ist dieser Satz so, daß man sagen kann, er ist ambivalent; er enthält beides. Das müssen wir uns überlegen. Dann heißt es „Dabei ist die freie Entscheidung der mitteldeutschen Bevölkerung über ihre politische und gesellschaftliche Zukunft zu respektieren.“ Das geht mir etwas weit. Wir haben die Frage nie ausdiskutiert. In normaler Lage würden wir sagen, ob ein Teil Deutschlands von Deutschland abgetrennt werden kann, darüber kann nur das ganze deutsche Volk entscheiden. Deswegen habe ich immer die Formel gewählt: Wir wollen nur einen Weg bahnen, bis eines Tages die Bevölkerung drüben sagen kann, was sie will und wohin sie will. Was rechtens geschieht, ist dann die zweite Frage des ganzen Volkes. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr *Gradl*!

Gradl: Dieser Satz ist hineingekommen, weil in der Urfassung, die die außenpolitische Kommission vorgelegt hatte, folgende Ziffer stand: „Die CDU bekundet ihre Achtung vor den Leistungen, die die Menschen im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands unter schwierigen Umständen vollbringen. Für die CDU ist es selbstverständliches Gebot, daß der Wille unserer Landsleute bei einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenführung gleichberechtigt zur Geltung kommen muß. Nicht Restauration und Bevormundung, sondern die Entwicklung einer welt- und zukunfts-offenen Freiheit für das ganze deutsche Volk ist das Ziel der CDU.“

Damit sollten zwei Dinge erreicht werden: a) Im Aktionsprogramm der CDU sollte das Grundverhältnis unserer Partei zu den Menschen im anderen Teil Deutschlands zum Ausdruck gebracht werden. Dann sollte gegenüber der Agitation der Gegenseite deutlich gemacht werden: Natürlich werden auch sie mitwirken und gehört werden bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gestaltung der Zukunft. Dieses Ganze ist zusammengefaßt und erweitert worden in dem Satz, den Sie jetzt am Schluß haben. Mir geht er persönlich gegen den Strich, genauso wie Ihnen, Herr Bundeskanzler, weil ich der Meinung bin, daß über die Zugehörigkeit eines Volksteiles zu einem Volk nicht dieser Volksteil allein bestimmen kann, sondern das ganze Volk bestimmen muß. Auf der anderen Seite – darüber hatten wir ja, Herr von Weizsäcker wird sich erinnern, in der außenpolitischen Kommission gründlich gesprochen⁵³ – stehen wir heute nach 23 Jahren Teilung und angesichts der internationalen Situation in einer sehr schwierigen Problematik in dieser Sache. Wir werden der Frage nicht ausweichen können, wenn die Menschen in Mitteldeutschland frei entscheiden können, ob wir uns mit dieser Entscheidung unter allen Umständen abfinden. Aus dieser sehr schwierigen Situation heraus würde ich also meinen, wir sollten nicht den Gedanken verwerfen, der da steht, ihn aber in dem Sinne abschwächen: Dabei hat die freie Entscheidung ... zur Geltung zu kommen, nämlich bei der Lösung der deutschen Frage und einer Friedensordnung für Europa. „Respektieren“ würde mir zu weit gehen.

Lemke: Ich darf noch eine Bemerkung machen. Ich bin der Auffassung in diesem Punkt wie Herr Bundeskanzler und Herr Gradl. Diese Formulierung von Herrn Gradl wäre vielleicht noch tragbar, aber ich muß sagen, daß die Jugend, vor allen Dingen die Junge Union, ganz präzise auf dem Standpunkt steht, daß die 17 Millionen allein entscheiden sollen. Das ist schrecklich, aber deswegen ist es vielleicht richtig, die Formulierung von Herrn Gradl zu übernehmen.

Kiesinger: Wie könnten wir sagen? Wir wollen eine Formulierung nehmen ... (*Lücke:* Dabei soll die freie Entscheidung zur Geltung kommen. – *Starke Unruhe.* – *Stingl:* Zur Geltung kommen heißt: Sie gilt. – *Lücke:* Hier steht „ist“; wenn wir „soll“ sagen, sind wir aus dem Schneider. – *Anhaltende Unruhe.*)

Schmücker: Ich habe sehr große Bedenken, Herr Bundeskanzler, wenn man eine solche Debatte überhaupt hochkommen läßt. Das klingt doch für den Unbefangenen so, als hätten wir einen Zweifel daran, daß auf der anderen Seite in Mitteldeutschland so entschieden werden könnte. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Sie haben recht. Das, was Gradl sagte, hat einen guten Sinn. Das war nur das Bevormunden. Die Leute haben drüben manche Dinge, die ihnen wichtig sind. Wir wollen nicht einfach von uns aus sagen: Von morgen ab geschieht es auf diese Weise. – Das starke Wort von Gradl, nicht restaurativ, würde ich nicht gebrauchen. Deswegen bin ich auch der Meinung – jetzt bringt mich erst Schmücker darauf –, daß wir den Satz, so wie er da steht, lieber gar nicht nehmen sollten. (*Gradl:* Dann muß man es so sagen, wie wir es ursprünglich hatten.) Man braucht ja nicht alles im Programm zu sa-

53 Protokoll der Sitzung der Außenpolitischen Kommission der CDU vom 27. August 1968 und Schlußentwurf zu den Themen Deutschland- und Außenpolitik in ACDP 07-004-418/2.

gen. (Fay: Das Wort „Selbstbestimmungsrecht“ gilt für beide Teile und deckt alles.) Es ist an sich wichtig, daß wir den Gedanken des Nichtbevormundens bringen. (Stingl: Statt „respektieren“ sollten wir „würdigen“ sagen. – Unruhe.) – Herr von Weizsäcker!

Von Weizsäcker: Die ganze Sache geschieht doch nicht mit Rücksicht auf die Junge Union hier oder sonstwo, sondern jeder, der drüben herumfährt, weiß doch, daß das drüben die Meinung ist, daß sie drüben nicht majorisiert werden wollen von uns. Das hat sich selbstverständlich gegenüber dem Ausgangspunkt vom Grundgesetz her verwandelt. Das ist einfach so. Man kann es weglassen, aber man kann nicht Formulierungen bringen, die ihrerseits das, was drüben die vorherrschenden Gefühle uns gegenüber sind, falsch wiedergeben. (Lücke: Dabei soll die freie Entscheidung beachtet werden! – Starke Unruhe.)

Gratl: Also, Herr Heck macht immer ein Stirnrunzeln, wenn man nur einen Satz mehr sagt. (Lebhafte Unruhe.) Das ist aber kein Gesichtspunkt. Wenn Sie aber den Satz nicht beibehalten wollen, dann ist die einzig noch hinnehmbare Lösung folgende Formulierung: „Dabei soll auch die freie Entscheidung ... zur Geltung kommen.“ Das ist das Minimum. (Anhaltende starke Unruhe.)

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich mache Ihnen einen Vorschlag zur Güte. Das können wir z. B. in der Ziffer 4 unterbringen. Da steht: „Die Bundesrepublik Deutschland, geschichtlich und rechtlich in der Pflicht der Nachfolge des Deutschen Reiches, vertritt die Sache aller Deutschen;“ – dann kommt eine unglückliche Anknüpfung – „dennoch sind Kontakte mit den Machthabern im anderen Teil Deutschlands notwendig.“ Hier könnten wir es unterbringen.

Nun habe ich noch ein Anliegen, das mir sehr ernst ist, meine Damen und Herren. Ich muß mich gegen die Formulierung des ersten Satzes wenden. Ich habe bewußt in der Regierungserklärung mit dem alten Schema gebrochen: „Die erste und oberste Aufgabe der deutschen Politik.“ Das geht so nicht. Wenn Sie das deutsche Volk fragen, was ist das Wichtigste für uns, dann wird es ihnen sagen: Das Wichtigste ist, daß der Frieden erhalten bleibt und daß wir frei bleiben. – Das würde es sagen.

Deshalb habe ich in der Regierungserklärung gesagt: Das erste Wort ist ein Grundanliegen.⁵⁴ – Ich will gar nicht, daß das so einfach wieder abgeschrieben wird, aber dann muß die Formulierung „die erste Aufgabe der deutschen Politik“ weg. Dann muß eben gesagt werden: „Freiheit und Einheit für das deutsche Volk zu erringen, ist die Aufgabe der deutschen Politik.“ (Zuruf: Ständige Aufgabe!) – Herr Gratl!

Gratl: Weil wir in diesen Streit über die Rangordnung der Aufgaben nicht eintreten wollten, haben wir es in unserer Ausarbeitung ganz anders formuliert. Ich lese Ihnen den einen Satz vor: „Die Freiheit und Einheit Deutschlands durch Selbstbestimmung zu erwirken, ist für die Christlich-Demokratische Union Aufgabe und Maßstab der Deutschlandspolitik.“ (Anhaltende starke Unruhe.)

⁵⁴ Am 11. März 1968 legte Kiesinger dem Bundestag den „Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland vor“ (vgl. Sten.Ber 5. WP 158. Sitzung S. 8186–8176), am 14. März erfolgte die Aussprache darüber (vgl. Sten.Ber 5. WP 160. Sitzung S. 8293–8382).

Kiesinger: Also, lassen wir das Wort „erste“ weg. (*Gratl:* Das ist zu wenig! – *Lemmer:* Ist die ständige Aufgabe. – *Gratl:* Bleibt beherrschende Aufgabe. – *Anhaltende Unruhe.*) Wie heißt es denn jetzt? (*Heck:* Ist Aufgabe der deutschen Politik.) Wir können ja sagen: Ist Aufgabe der deutschen Politik. – Dann bleibt der letzte Satz weg. Im Absatz 2 haben wir „europäische Friedensordnung“.

Barzel: Es heißt in der Ziffer 2 nach dem Semikolon „dabei dürfen die vier Mächte aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden“. Die Vier-Mächte-Verantwortung wollen wir doch nicht auf ewige Zeiten, sondern bis zum Tage der Wiedervereinigung.

Kiesinger: Außerdem dürfen wir so gar nicht formulieren. Das klingt derartig schulmeisterlich: „dabei dürfen die vier Mächte aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden.“ Dieser Satz muß weg! (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Wir unterbrechen. Das Essen wird kalt. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich nicht mit Ihnen essen kann, weil ich einen Besuch habe⁵⁵.

Unterbrechung von 13.20 Uhr bis 14.00 Uhr.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Wir fahren mit der Sitzung fort.

Heck: Wir kommen zur Ziffer 3. „Solange die politische Einheit Deutschlands nicht erreicht ist, müssen die menschlichen und institutionellen Voraussetzungen dieser künftigen Einheit bewahrt und geschaffen werden. Wir wollen, daß die Freiheit auf allen Gebieten gekräftigt wird und daß alle Äußerungen des geistigen Lebens gefördert werden, die geeignet sind, die Einheit der deutschen Nation in Sprache, Geschichte und Tradition zu bewahren, fortzuführen und vor der Welt zu bekunden.“ (*Lemke:* Welche Institutionen meinen Sie? – *Unruhe.*)

Kiesinger: Darf ich einmal zusammenfassend sagen, was in der Ziffer 3 besonders unglücklich formuliert ist. In dem Satz „Solange die politische Einheit Deutschlands nicht erreicht ist,“ müssen wir zumindest sagen „nicht wieder erreicht ist“. Jetzt ist auch hier wieder eine Art stenographischer Zusammenfassung versucht worden: „müssen die menschlichen und institutionellen Voraussetzungen dieser künftigen Einheit bewahrt und geschaffen werden.“ Ich möchte wissen: 1. Welche institutionellen Voraussetzungen bewahrt und 2. welche geschaffen werden müssen. Das ist das Angebot, das wir an die Herren da drüben gerichtet haben.⁵⁶ Aber, meine Damen und Herren, wir sind uns doch darüber klar, was dieses Angebot bedeutet hat. Dieses Angebot ist nur ein taktisches Angebot gewesen. Es war doch jedem von uns klar, daß, wenn Herr Ulbricht dieses Angebot angenommen hätte, daß das die Auflösung, der Anfang vom Ende gewesen wäre. Ich kann es in diesem Kreise ja ruhig sagen. Wir mußten an die Adresse Ulbrichts die Angebote machen, die wir gemacht haben. Wenn sie angenommen worden wären, dann wäre es großartig gewesen; aber wer hat sich schon Illusionen darüber gemacht, daß er sie annehmen werde. Aber wir mußten sie machen. Das gehörte in den Gesamtzusammenhang unserer Politik hinein.

⁵⁵ Zu Besuch war der Staatspräsident des Niger, Hamani Diori. Vgl. Anm. 75.

⁵⁶ Vgl. Nr. 14 Anm. 8.

Das aber nun so in das Programm der Partei aufzunehmen, vor allem diese Art der Aussage, halte ich für außerordentlich bedenklich. Das kann man nicht machen. Das ganz Schwierige unserer Politik war ja, den Leuten klarzumachen, was diese unsere Politik bedeutet und was sie nicht bedeutet. Also, Sie müssen es anders formulieren. Wir wissen, was gesagt sein soll. Ich würde vorschlagen – bei diesem Punkt geht es nicht anders –, Herr Heck, daß das neu gefaßt wird. Zwei oder drei Leute setzen sich zusammen und formulieren es neu. Vielleicht kann Herr von Weizsäcker dabei mithelfen. Es ist ja nicht so, daß wir hier etwa heuchlerisch wären. Das ist ein Ziel, das wir wollen. Wir wußten, daß weder Ulbricht noch Moskau die Angebote annehmen würden. Das Angebot hatte ja viele Adressaten in der ganzen Welt, und zwar im Westen und im Osten. (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Wenn man es allgemein nimmt und sagt: „müssen die Voraussetzungen dieser künftigen Einheit gewahrt bzw. geschaffen werden.“ (*Unruhe.*)

Gratl: Ich würde vorschlagen, daß wir das gleich in die Ziffer 4 miteinbeziehen. (*Kiesinger:* Das ist auch meine Meinung!) Beides war ursprünglich im Text auch zusammen. Das ist auseinandergerissen worden. Dadurch wurde der Sinn entstellt.

Kiesinger: Hier wird noch mehr als „Egon-Bahrscher“ gesprochen. (*Heiterkeit.* – *Lemke:* Hier muß etwas von den Kontakten gesagt werden. – *Gratl:* Das Wort „Kontakte“, Herr Lemke, ist doch ganz schlecht. Dann kommen unsere jungen Leute und sagen, das ist weder Fisch noch Fleisch. – *Lebhafte Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Es muß in der positiven Richtung etwas gesagt werden. Wenn man von der Zone spricht, kann man nicht nur von Sprache, Geschichte und Tradition sprechen, sondern man muß es auch auf eine gemeinsame Zukunft ausrichten können. Bei jeder Art von Zielsetzung und Aufgaben sind Sprache, Geschichte und Tradition nicht ausreichend als Basis einer gemeinsamen Nation.

Kiesinger: Versuchen Sie doch einmal, es zusammen zu machen. (*Gratl:* Ich bin bereit, es mit Herrn von Weizsäcker zu machen.) Da muß der Gedanke des Nichtbevormundens hinein. Ich würde den Ausdruck „der andere Teil Deutschlands“ ruhig gebrauchen. Es muß eine Formulierung gefunden werden, die ambivalent ist. (*Anhaltende Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Ich möchte noch um eine Klarstellung bitten. Der Satz 1 der Ziffer 4 ist klar, aber können wir denn wirklich den anderen Teil Deutschlands aus dieser Haftungsgemeinschaft völlig entlassen? (*Heck:* Das ist ein Programm für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands.) Wenn wir es so stehenlassen, dann wird immer eifrig gesagt: Die sind an allem allein schuld. Darum haften sie auch allein für alles. (*Heck:* Das sagen sie sowieso!) Aber das ist doch kein Grund, das hier zu sagen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Ich schlage vor, die beiden Herren sollen es formulieren. Wenn Sie schon dabei sind, dann machen wir die Berliner Ziffer auch noch fertig. Die Geschichte mit

der Volksbefragung lassen Sie heraus.⁵⁷ Wir dürfen uns nicht mit den Schutzmächten auseinanderreden. Das bedeutet ja nicht, daß wir darauf verzichten. Aber lassen Sie den Satz programmatisch weg.

Gratl: Herr Bundeskanzler, ich habe noch eine Frage. Da bin ich unfrei. Ich hatte es im ursprünglichen Text nicht drin. Darauf hat sich der Berliner Parteitag in einer starken Weise konzentriert. Dann haben wir am Schluß einen Kompromiß gefunden, dem ich auch zugestimmt habe.⁵⁸ Nur steht es hier viel schlechter drin. (*Lebhafte Unruhe.* – *Klepsch:* Sie können es ja jetzt besser machen!) Entschuldigen Sie mal, Herr Klepsch, der Bundeskanzler hat mich gebeten, ich soll irgendetwas tun. Ich muß Ihnen sagen, wo die Grenze ist! (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Ich glaube, Sie können davon ausgehen, daß wir in diesem Kreis das Anliegen unserer Berliner Freunde verstehen. Ich möchte in der Berliner Frage eine so hohe Übereinstimmung wie möglich mit den Schutzmächten erreichen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kohl: Ich muß jetzt doch sagen, wir hatten in der nächtlichen Stunde bei der letzten Kommissionssitzung über diese Sache eine harte Auseinandersetzung. Ich habe bezweifelt, daß die CDU das durchhält. Ich muß auch sagen, es waren Berliner CDU-Leute da, auch Kabinettsmitglieder, die waren durchaus anderer Meinung in der Geschichte. Ich möchte nur sagen, eines geht natürlich nicht, daß wir in Berlin erleben, daß die Berliner CDU einen solchen Antrag stellt. Das ist viel mehr eklatant als etwa die ganze Geschichte über die Oder-Neiße-Grenze. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Aber das hat ja keinen Zweck. Deswegen können wir es nicht von vornherein resignierend aufnehmen. (*Anhaltende Unruhe.* – *Gratl:* Der zweite Absatz ist etwas anderes. – *Kohl:* In der Sache ist es das gleiche. Entweder Sie lassen die Volkswahl, oder Sie lassen sie nicht.) „Vom Volke direkt gewählt werden“. Die Konsequenz ist dann doch volles Stimmrecht. (*Kohl:* Das ist doch ganz logisch! – *Unruhe.* – *Lemke:* Das Wort „Alleinvertretungsrecht“ erscheint nicht mehr. – *Stingl:* Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. – *Lebhafte Unruhe.*)

Lemke: Auch das von der Nichtanerkennung! (*Kiesinger:* Das muß herein!) Darf ich noch einmal auf eine neue Formulierung von Wrangel hinweisen. Er spricht immer von der nationalen Sorge in der Bundesrepublik. Ich wollte das den beiden Herren mit auf den Weg geben. Er sagt etwas aus, aber die Ablehnung der Anerkennung muß expressis verbis hinein.

57 In keinem der Entwürfe oder der Stellungnahmen dazu (ACDP 07–004–316/1; ACDP Dokumentation 2/201/16–1) ist von einer „Volksbefragung“ die Rede, wohl aber von vollem Stimmrecht der Berliner Abgeordneten und ihrer Direktwahl (vgl. Punkt 35 des beschlossenen Programms).

58 In Berlin fanden 1968 zwei Landesparteitage statt: der 44. am 29./30. März 1968 und der 45. am 28./29. Juni 1968. Auf dem zweiten Parteitag wurde über das CDU-Aktionsprogramm beraten, und es wurden Änderungsanträge eingebracht. Vgl. ACDP 03–012 AO 604, 605, 606, 974, 975. Vgl. auch ACDP 01–294–058/1 (zur Beratung des Punktes Deutschlandpolitik im Aktionsprogramm).

Kiesinger: Ich würde so sagen, machen wir doch die ganze auswärtige Politik erst einmal zu Ende, und dann können Sie ja die Herren darum bitten.

Ziffer 6: „Die Bundesrepublik Deutschland hat Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aufgenommen; sie voll einzugliedern und ihre Rechte weiterhin zu vertreten, bleibt Aufgabe der deutschen Politik. Die deutsche Ostgrenze kann erst in einem Friedensvertrag völkerrechtlich geregelt werden.“

Das ist alles etwas merkwürdig und sibyllinisch, fast paradox formuliert. (*Stingl:* Ich glaube doch ein Recht zu haben, eingegliedert zu werden. Ich bin Präsident geworden, also eingegliedert. – *Starke Unruhe.*) Die ganze Sache leidet daran, daß man versucht hat, so kurz wie möglich zu sein. Dadurch kommen manchmal ganz paradoxe Aussagen zustande. So würden Sie es sonst nie sagen. (*Anhaltende Unruhe.* – *Zuruf:* Sie denken nur an „voll einzugliedern“. – *Starke Heiterkeit.* – *Lemke:* Das Wort „voll“ sollte man streichen. Das ist nicht richtig. – *Anhaltende Heiterkeit.* – *Stingl:* Es kommt auf die Rechte an.) Welche Rechte meinen Sie? (*Stingl:* Zum Beispiel die Heimatrechte!) Heimatrecht läßt sich sagen, aber was sonst für Rechte? (*Stingl:* Zum Beispiel auch mein Besitztitel an meinem Haus. Wenn ich schon auf mein Heimatrecht verzichten muß, dann bleibt doch mein Recht auf mein Haus bestehen. – *Unruhe.*)

Gradl: Die Ziffer 6, wie sie hier steht, ist nach meiner Meinung viel zu dürftig für eine Aussage des Aktionsprogramms. Die SPD hat in Nürnberg ihren Ärger bekommen mit dem „respektieren“ und „Anerkennung“. ⁵⁹ Seitdem sind die Verbindungen zwischen der SPD und den Vertriebenen sehr dünn geworden. Sie haben heute wieder gesehen, welch ein Krach da ist, z. B. in Schleswig-Holstein zwischen Herrn Steffen und Herrn Rehs. ⁶⁰

Die Vertriebenen haben [sich] sehr gut angesehen, was bei uns im Aktionsprogramm, 1. Entwurf, stand. Das war auch dürftig, und es ist kritisiert worden. Aber was nun hier steht, ist verdammt wenig. Wir haben in der Sitzung, Herr Bundeskanzler, in der Sie waren, gemeinsam mit dem BdV-Präsidium uns auf eine Aussage verständigt, die den Vertriebenen sehr wohlgetan hat, zumal angesichts der Haltung der SPD. Aber jetzt nehmen wir das heraus, weil es zu lange ist. Was hier übrigbleibt, wird im Grunde genommen als ein Abrücken der CDU von den Vertriebenen empfunden.

Wenn ich daran denke, daß die NPD Leute aus diesem Reservoir sucht, dann halte ich das erst recht für falsch. Infolgedessen meine ich, man sollte aus nationalpolitischen und parteipolitischen Gründen es deutlich sagen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

⁵⁹ Die Formulierung der SPD-EntschlieÙung lautete: „Diese Politik wird um so erfolgreicher sein, je klarer unser Wille zum Ausdruck kommt, die bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere die gegenwärtige polnische Westgrenze, zu respektieren und anzuerkennen, bis die deutschen Grenzen in einer friedensvertraglichen Regelung, die von allen Beteiligten als dauerhaft und gerecht empfunden werden kann, endgültig festgelegt werden kann.“ Vgl. SPD, PARTEITAG 1968 S. 996.

⁶⁰ Jochen Steffen hatte kritisiert, daß am „Tag der Heimat“ des BdV in Berlin auch NPD-Abgeordnete teilgenommen hatten, vgl. „Welt“ vom 20. September 1968. – Zu Rehs vgl. Nr. 11 Anm. 78.

Kiesinger: Herr Gradl, das ist ein politischer Hauptpunkt, auf den die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sehen. Es sind die Leute, die geneigt sind, aus einer gewissen Enttäuschung zur NPD zu gehen, aber weniger aus dem Grund, sich von uns abzuwenden. Das ist also in der Tat ein Punkt, den man etwas eindringlicher formulieren muß.

Lemke: Ich darf einmal eine Formulierung aus Schleswig-Holstein vorlesen:

„Die CDU bekennt sich zum Recht auf Heimat für alle Menschen. Rechtsfragen sollen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung gelöst werden. Die einseitige Preisgabe von Rechtspositionen ist kein geeigneter Weg zu einer dauerhaften Friedensordnung. Die CDU will die leidvolle deutsch-polnische Vergangenheit durch aufrichtige Versöhnung lösen. Die Bundesrepublik Deutschland trägt auch die Verantwortung für die Millionen von Deutschen, die ihre Heimat verlassen mußten und am Aufbau von Gesellschaft und Staat entscheidend mitwirken.“ (*Starke Unruhe.*)

Kraske: Ich darf dieses z. B. nehmen, um die Frage zu stellen, ob wir wirklich etwas erreichen, indem wir diesen Satz jetzt quantitativ oder emotional anreichern. Ich gehöre keinem Vertriebenenverband an, aber so gut kenne ich mich in den Vertriebenenverbänden auch aus, daß ich weiß, daß den Leuten mit Wortgeklingel nicht beizukommen ist. (*Unruhe.*) In dieser Formulierung sind drei handfeste Thesen drin: 1. die volle Eingliederung, 2. die Vertretung der Rechte der Vertriebenen, 3. die Vorbehaltung der Grenze im Friedensvertrag. Aus allen bisherigen Diskussionen mit den Vertriebenen weiß ich, daß dies ihre drei Kernpunkte sind, auf die sie eine Antwort haben wollen.

Wenn wir jetzt anfangen, hier die Sache aufzuladen und anzureichern, dann kann ich nur sagen, es gibt sehr wichtige Bevölkerungsgruppen, ob das die Bauern oder der Mittelstand oder die Arbeitnehmer sind, die Millionenzahlen in die Wahlauseinandersetzungen hineinbringen und die Punkte haben, wo man natürlich auch noch aufladen und anreichern kann.

Dann werden wir bei jeder zweiten Ziffer vor dieser Frage stehen. Hier muß ich noch einmal daran erinnern, daß es von keinem Landesverband eine Stellungnahme gegeben hat, die nicht damit anfängt oder abschließt: Dieses Programm ist zu lang.

Wenn wir jetzt aus diesen Gründen die Sache verlängern, dann weiß ich nicht, wie wir am Ende durchkommen sollen.

Kiesinger: Ich wiederhole noch einmal, es heißt: „sie voll einzugliedern und ihre Rechte weiterhin zu vertreten“. Lassen wir das „und“ weg und sagen wir „sie einzugliedern, ihre Rechte weiterhin zu vertreten ...“ (*Anhaltende Unruhe.*)

Wir kommen zu II. Außen- und Sicherheitspolitik.

„7. Das Ziel der deutschen Außenpolitik ist der Frieden. Wir wollen den gerechten Frieden für das deutsche Volk und für die Völker Europas, der zur deutschen Einheit und in eine europäische Friedensordnung führt. Wir wollen den gerechten Frieden in der Welt, der allen Menschen die vollen Menschenrechte, die Chance der Freiheit und der wirtschaftlichen Existenz gibt.“

Es ist nicht nur ein Ziel, wir haben einen sehr gefährdeten Frieden. (*Kohl:* Ich würde „Grundlage“ statt „Ziel“ sagen. – *Heck:* In der Regierungserklärung steht: Das erste Wort ist der Frieden. – *Lebhafte Unruhe.*) Und das Grundanliegen! Das erste Wort und

das Grundanliegen dieser Regierung ist der Frieden. – Also, das ist etwas ganz anderes. Das habe ich ja so gewählt, um eine solche Formel wie „das Ziel ...“ zu vermeiden. Wenn wir über Außenpolitik sprechen, ist das erste Wort, das wir dabei ausführen, der Frieden. Das ist auch unser Grundanliegen. Auf diesem Grundanliegen baut sich alles andere auf. Also, wie kann man sagen? (*Kohl*: Grundanliegen ist kein schönes Wort. – *Von Weizsäcker*: Es ist evangelisch! – *Schwarzhaupt*: Es ist auch katholisch. – *Heiterkeit und starke Unruhe*.) Dann wollen wir es lieber nicht nehmen.

Meyers: Nehmen Sie doch die Formulierung aus der Regierungserklärung „der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist das Grundanliegen der Außenpolitik“.

Kraske: Dann könnte man auch sagen „Grundlage und Ziel“. Das ist doch besser als nur „Grundanliegen“. (*Lebhafte Unruhe*.)

Kiesinger: Herr Meyers, wie heißt es?

Meyers: „Der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist Grundlage und Ziel der Außenpolitik.“

Kiesinger: Das steht doch in der Regierungserklärung.

Meyers: Ich lese ja daraus vor! (*Heiterkeit*.) Obwohl es in der Regierungserklärung steht, finde ich es ausnahmsweise gut. (*Unruhe und Bewegung*.)

Kiesinger: Wir sagen also „Grundlage und Ziel der Außenpolitik der CDU ist der Frieden.“ (*Anhaltende Unruhe*.) Wir kommen zur Ziffer 8: „Gewalt oder Drohung mit Gewalt sind kein Mittel der deutschen Außenpolitik. Wir treten seit jeher dafür ein, den vorbehaltlosen Verzicht auf Gewalt zwischen allen Völkern gegenseitig zu vereinbaren.“ Ich würde sagen: „Wir verwerfen Gewalt oder Drohung mit Gewalt als Mittel der Politik.“

Gradt: Wir hatten so formuliert: „Die CDU tritt seit jeher dafür ein, den allgemeinen Verzicht auf Gewalt völkerrechtlich ... sie will, daß in Europa die Bereitschaft zur Entspannung durch den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen ...“ (*Anhaltende sehr starke Unruhe*.)

Kiesinger: Ich würde sagen, die Aussage ist zwar richtig, aber hier muß es lapidar gesagt werden: „Wir treten seit jeher dafür ein, den vorbehaltlosen Verzicht auf Gewalt zwischen allen Völkern zu vereinbaren.“ Warum sagen Sie „gegenseitig“? Das ist doch selbstverständlich. (*Zuruf*: Es wird immer gegenseitig vereinbart! – *Unruhe*.)

Kraske: Dieses „gegenseitig“ haben wir nach dem 21. August⁶¹ ausdrücklich hineingebracht, weil uns immer gesagt wurde: Die anderen machen doch nicht mit. (*Lebhafte Unruhe*.)

Kiesinger: „Zwischen allen Völkern zu vereinbaren“. Man braucht doch das Wort „gegenseitig“ nicht. Was soll das? (*Anhaltende Unruhe*.) Also, wir gehen weiter und kommen zur Ziffer 9: „Die politische Einigung Europas muß das Werk der kommenden Jahre sein. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist die Grundlage der Einigung Europas. Wir wollen, daß die Sechsergemeinschaft durch die Aufnahme beitrittswilli-

61 Tag der militärischen Intervention der Sowjetunion und weiterer Staaten des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei.

ger und beitriffähiger Länder erweitert wird. Ziel bleibt ein europäischer Bundesstaat.“

Barzel: Die Formulierung „muß das Werk der kommenden Jahre sein“ ist mir viel zu sehr auf die lange Bank geschoben. Das mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit ist eine wunderbare Sache, aber es ist bestimmt nicht die Grundlage der Einigung Europas. Das können wir nach unseren Erfahrungen bestimmt nicht mehr sagen.

Kiesinger: Ich muß dem leider zustimmen. Wenn das hier so stehen bleibt, dann sagen wir etwas unrichtig aus. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist etwas ganz Essentielles für die europäische Einigung. Deswegen wehren wir uns auch gegen diejenigen, die sagen, schiebt die Franzosen weg und macht es zu fünf mit den Engländern. So wie es hier steht, würde ich es aber nicht sagen. (*Starke Unruhe. – Schäfer:* Wenn man will, daß der Wandel hier erkennbar wird, dann kann man eine andere Formulierung wählen.) Es gehört nicht ins Parteiprogramm hinein. Eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist eine Politik, die so lange gemacht werden kann, solange beide Partner zu einer solchen Zusammenarbeit bereit und fähig sind. Wenn wir eine etwas andere Formulierung finden, bin ich damit sehr einverstanden.

Kohl: Herr Bundeskanzler, ich bin für eine Veränderung in der Formulierung, aber ich bin entschieden dagegen, daß wir das Thema herausnehmen. Das ist ein Programm der CDU für die siebziger Jahre. Das geht nach menschlichem Ermessen über die jetzigen Regierungen hinaus. Es könnte ja eine Situation eintreten, daß wir sehr gern auf diesen Kernsatz zurückkommen möchten. (*Gradl:* Ich würde sagen: Ist ein wesentliches Element für die Einigung Europas.)

Kiesinger: Dabei kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine hohe Bedeutung zu. (*Unruhe. – Fay:* Die Zusammenarbeit verstärken und eine klare Aussage dazu machen.) Es gehören immer zwei dazu. (*Fay:* Herr Bundeskanzler, wir reden nicht als Bundesrepublik Deutschland, sondern als CDU.) Deswegen sagen wir es ja. (*Fay:* Wir könnten etwas mehr sagen.) Die Franzosen sind sehr kühler in der Aussage. (*Sehr starke Unruhe. – Meyers:* Wir verlangen die politische Einigung Europas. – *Schäfer:* Die politische Einigung Europas ist dringlich. – *Lemke:* Sie ist noch mehr als dringlich. – *Heiterkeit und Unruhe.*) Also, meine Herren, wenn schlecht formuliert ist, dann muß eben neu formuliert werden. Ich bin auch der Meinung, das ist alles so etwas ... (*Lemke:* Larifari! – *Stürmische Heiterkeit und Unruhe.*) Ich würde sagen: „Wir drängen auf eine rasche politische Einigung Europas.“ (*Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Wir können sagen: „Wir drängen auf eine rasche politische Einigung Europas; dabei kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine hohe Bedeutung zu.“

Kiesinger: Jetzt paßt es gut zusammen: „Wir wollen, daß die Sechsergemeinschaft durch die Aufnahme beitriffähiger und beitriffähiger Länder erweitert wird. Unser Ziel bleibt ein europäischer Bundesstaat.“

Klepsch: In diesem Entwurf ist an keiner Stelle etwas gesagt über die Zusammenarbeit der CDU mit anderen gleichartigen Parteien über die Grenzen hinweg, insbesonde-

re im europäischen Raum. Ich würde vorschlagen, im Parteiprogramm sollte man das an geeigneter Stelle einfügen.

Kraske: Ich bin dagegen, daß so etwas in ein Aktionsprogramm kommt. Wir schreiben ja auch nicht: Kontakte zwischen den Landesverbänden sind herzustellen. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Kiesinger: Der Gedanke ist richtig, aber wir wollen die Kürze wahren. Nun kommen wir zur Ziffer 10: „Die Grundlage der deutschen Außenpolitik ist die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika.“

Heck: Das Präsidium schlägt hier vor „die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist fester Bestandteil der deutschen Politik.“ (*Lemke:* Das würde ich auch vorschlagen. – *Lebhafte Heiterkeit und Unruhe.*)

Kiesinger: Keine Bedenken! Dann ist es so angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 11: „Die Verbesserung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Sowjetunion, zu den ost- und südosteuropäischen Nationen bleibt eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre.“

Ich würde „Staaten“ sagen. Das haben wir vorher auch gesagt. (*Lücke:* Wenn wir das so machen, was machen wir dann mit Asien, Afrika und Lateinamerika? – *Starke Unruhe.*) Dann sagen wir „Länder“ statt „Nationen“. (*Anhaltende Unruhe.* – *Lemke:* Wenn man nichts weiß, dann sagt man „Länder“. – *Unruhe.*)

Heck: Die Jugoslawen sind z. B. insgesamt keine Nation. Die Kroaten sind eine Nationalität.

Kiesinger: Also lassen wir es bei „Ländern“. (*Unruhe.*) Wir wollen den Gedanken von Herrn Lücke zurückstellen und sehen, ob wir das irgendwo berücksichtigen können; sonst sagen die Spanier und die Portugiesen: Mit uns wollt ihr keine Verbesserungen der Beziehungen.

Barzel: Es ist wichtig, daß das in der Ziffer 11 steht. Ich würde z. B. die Frage der Beziehungen zwischen Bonn und Pankow von europäischen Ländern aus anders beurteilen als von außereuropäischen Ländern. Ich finde, daß die Ziffer 11 eigentlich richtig ist.

Kiesinger: Die Frage ist nur, ob wir es ... (*Sehr starke Unruhe.*) Stellen wir es einen Augenblick zurück.

Kohl: Das ist völlig richtig bei der Ziffer 11; denn es ist ein Unterschied, ob ein europäisches Land das macht oder ein zentralafrikanisches Land.

Kiesinger: Nun gibt es eine Menge Länder auf der Welt, die größten Wert darauf legen.

Kraske: Hier geht es doch um „Verbesserung“, und da setzen wir den Schwerpunkt. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Einverstanden!

Jetzt kommt Ziffer 12: „Auswärtige Kulturpolitik ist ein wesentliches Mittel, Kenntnis vom deutschen Volk zu vermitteln und der Verständigung und Freundschaft mit den Völkern der Welt zu dienen. Deswegen wollen wir verstärkten kulturellen Austausch

mit allen Ländern der Welt – in Erziehung und Lehre, in Wissenschaft und Forschung, in Kunst und Literatur.“

Ich weiß nicht, warum man das aufgenommen hat.

Barzel: Ich finde den ersten Satz wie aus dem Lexikon. Er ist überflüssig. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Ich würde sagen: „Um der Verständigung und Freundschaft mit den Völkern der Welt zu dienen, wünschen wir einen verstärkten kulturellen Austausch mit allen Ländern der Welt.“ (*Starke Unruhe.* – *Kohl:* Das sollten möglichst viele Bürger lesen.) Das klingt dynamischer. (*Kraske:* Kultureller Austausch!) Das brauchen wir nicht noch einmal zu sagen. (*Lemke:* Die Aufzählung ist vor allen Dingen falsch. – *Kohl:* Warum? Was ist da falsch? – *Lemke:* Das ist keine erschöpfende Auskunft! – *Anhaltende Unruhe.*) – Herr Kraske, lesen Sie bitte vor!

Kraske: „Um der Verständigung und der Freundschaft mit den Völkern der Welt zu dienen, wollen wir einen verstärkten kulturellen Austausch mit allen Ländern der Welt.“ Alles andere fällt weg.

Gradt: Wir müssen uns doch fragen, wer das einmal lesen soll? Wir wünschen, daß es möglichst viele Leute sind. (*Starke Unruhe.*) Jeder wird sich zumindest das heraussuchen, was ihn besonders interessiert. Es gibt natürlich auch Leute, die sich für die auswärtige Kulturpolitik interessieren. Ist es da nicht zweckmäßig, daß man den politischen Gesamtzusammenhang, in dem man auch die auswärtige Kulturpolitik sehen muß, im ersten Satz den Leuten vor Augen führt? (*Meyers:* Wir machen doch kein Lexikon, sondern ein Aktionsprogramm!) Herr Meyers, wir können in politischen Hieroglyphen miteinander reden und verstehen uns doch, aber die Leute draußen, die wir ansprechen wollen, verstehen es nicht. (*Meyers:* Dann müssen wir ein politisches Grundlexikon herausgeben, aber kein Aktionsprogramm der CDU!)

Kiesinger: Die Menschen, an die wir uns wenden, sehen nicht auf die Terminologie „Auswärtige Kulturpolitik“, sondern die wollen wissen, ob wir bereit sind, mit den Völkern der Welt kulturellen Austausch zu pflegen. (*Starke Unruhe.*)

Fay: Ein Vorschlag, den ich Ihnen noch machen wollte! Mein Landesverband ist der Meinung, es sei zweckmäßig, daß jede Ziffer eine Überschrift erhält. Würde man hierhin schreiben „Auswärtige Kulturpolitik“, dann könnte man den Satz so lassen, wie er hier steht. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Lassen wir es stehen, ich würde aber die Aufzählung im einzelnen nicht machen. Einverstanden!

Ziffer 13: „Ein beständiger Frieden in der Welt verlangt die Entwicklung der Menschheit zu einer Gesellschaft freier und lebensfähiger Nationen. Die deutsche Entwicklungspolitik ist als Hilfe zur Selbsthilfe zu gestalten; sie erfordert Eigenleistungen der Empfänger und sinnvolle Entwicklungspläne. Entwicklungshilfe soll nicht vom Staat allein geleistet, sondern von der gesamten Gesellschaft, insbesondere von der jungen Generation, mitgetragen werden. Der Dienst der Jugend in den Entwicklungsländern muß gesetzlich gefördert werden.“ – Herr Barzel!

Barzel: Genügt es, daß man das gesetzlich fördert, oder soll man hier nicht ausnahmsweise mit zwei, drei Worten sagen, wie sehr man das begrüßt?

Heck: Wir haben lange darüber diskutiert und dann überlegt, wenn das herausgestellt wird ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Kiesinger: Wir haben sowieso ein Entwicklungshelfer-Gesetz vorliegen.⁶² Einen Jugendlichen, der nicht bereit ist, können wir nicht zwingen. (*Kohl:* Dann lassen wir doch das Wort „gesetzlich“ weg!)

Heck: Die Sozialdemokraten sind dabei – das wird das erste Werk des neuen Ministers für Entwicklungshilfe⁶³ sein –, hier einen Gesetzentwurf vorzulegen. Das ist bei denen gedacht als ganz große Aktion. (*Kiesinger:* Wieso, wir haben doch schon eins im Bundestag?) Das, was bei den Sozialdemokraten überlegt wird, geht weiter. Ich habe selber im einzelnen keine Kenntnisse. Das hat der Herr Leisler Kiep vorgetragen, daß mit großem Nachdruck Wert darauf gelegt wird, daß wir das bei uns verankern. (*Sehr starke Unruhe.*)

Klepsch: Ich habe von diesem Gedanken von Herrn Eppler gehört. Ich habe gerade Bedenken dagegen, was von dem Wehrdienst gesagt wurde. Die Kommission für Wehrerechtigkeit des Bundestags hat vorgeschlagen, daß Entwicklungshelfer als Alternative anerkannt werden sollen. Wenn die Epplerschen Vorstellungen Realität werden, dann werden wir in einen echten Konflikt kommen. Ich würde es deshalb für gut halten, die neutrale Fassung zu wählen: Der Dienst der Jugend in den Entwicklungsländern ist zu fördern.

Heck: Es ist so, daß für die deutsche Entwicklungshilfe mehr Mittel zur Verfügung stehen, als junge Menschen bereit sind, das zu machen. Das kann sich etwas ändern, aber es wird nie so gemacht werden, daß bei dem einzelnen die Wahl bleibt, ob er zum Kommiß will oder in den Entwicklungsdienst. Bei denjenigen, die für den Entwicklungsdienst angenommen werden, wird eine Befreiung vom Wehrdienst möglich sein. Das geht nur durch ein Gesetz. (*Sehr starke Unruhe.*) Den Deutschen Entwicklungsdienst macht nicht das Ministerium, sondern das ist eine Institution; die haben wir noch in der Hand.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, nicht „Eigenleistungen“, sondern „eigene Leistungen“ zu sagen. Einverstanden!

Jetzt kommt Ziffer 14: „Die Bundesrepublik muß auch im wohlverstandenen Eigeninteresse die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern suchen. Sie muß einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag zum Ausbau des Welt Handels erbringen. Ebenso wichtig sind Förderungsprogramme für Bildung, Gesundheit und soziale Einrichtungen als Grundlage des Wohlstandes jeder Nation.“

Hierbei muß ich offen sagen, das ist gefährlich im Zusammenhang mit der Ziffer 13. Die Leute sagen uns: Kinder, tut doch nicht so, ihr gebt den Entwicklungsländern mit

62 Erste Beratung des Entwicklungshelfer-Gesetzes (EhfG) am 15. März 1968 (Drs. V/2996 vom 15. März 1968), vgl. Sten.Ber. 5. WP 164. Sitzung; die zweite und dritte Beratung erfolgte am 28. Februar 1969, vgl. Sten.Ber. 5. WP 220. Sitzung. Vgl. auch „Entwicklungshelfer-Gesetz (EhfG)“ vom 18. Juni 1969, BGBl 1969 I S. 549.

63 Erhard Eppler wurde am 2. Oktober 1968 neuer Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit als Nachfolger Hans-Jürgen Wischniewskis. Vgl. AdG 1968 S. 14223.

der einen Hand etwas und nimmt es zweimal mit der anderen Hand wieder weg. – Das wissen wir doch. Die Schere geht doch immer weiter auseinander. Wenn wir das so abrupt nebeneinandersetzen, dann ist es geradeso, als wenn man ein frommes Sprüchlein vorweg macht und dann auf das eigentliche Thema zu sprechen kommt.

Kraske: Herr Bundeskanzler, wir haben das in zwei Lesungen jeweils sehr lange diskutiert. Wir haben das hineingeschrieben, weil es ein Programm ist und in erster Linie an die inländische Bevölkerung geht und hier nach wie vor die Ressentiments gegen die Entwicklung ungeheuer groß sind. Wir meinten, daß man den Leuten auch einmal sagen muß: Das ist nicht nur Solidarität mit diesen Völkern, das ist nicht nur Außenpolitik, sondern denkt daran, wir tun das auch in unserem eigenen Interesse. Gerade deswegen dieses Nebeneinander! (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Hier habt Ihr „zu perfekt“ ...

Heck: Das ist so, Herr Bundeskanzler, daß, wenn wir unsere Entwicklungshilfe als ideale Leistung perfekter Humanität verkaufen wollen, dies uns kein Mensch abnimmt. Es ist ganz richtig, daß wir die Entwicklungsländer, wie wir sehen, hier beim Namen nennen, und zwar als eine humane Pflicht, aber auch als eine Sache in unserem eigenen Interesse. Das war das Ergebnis einer langen Diskussion. (*Lemke:* Das christianisierte Schleswig-Holstein ist auch auf diesen Gedanken gekommen, die wirtschaftliche Seite zu erwähnen. – *Heiterkeit und Unruhe.*)

Barzel: Zunächst bitte ich darum, an dieser wie an allen anderen Stellen nur von der „Bundesrepublik Deutschland“ zu sprechen. Bei 13 und 14 gibt es nicht nur die von mir begrüßte Erklärung der Entwicklungshilfe gegenüber der Kritik von rechts. Es gibt ein viel ernsteres Problem von jungen Menschen bei der Kritik von links. Es kommt hier nicht genügend zum Ausdruck. Auch ganz brave Christen beklagen die Unordnung der Welt, der Sozialordnung usw. Dann heißt es: Macht man das richtig, oder macht man das à la Mao⁶⁴. (*Sehr starke Unruhe.*) Die Aussage an die Rechtskritiker ist hier völlig korrekt umrissen. Wir müssen aber auch an die anderen denken, gerade mit dem Blick auf junge Leute. Das sollte in der Ziffer 13 oder 14 gesagt werden.

Kiesinger: Damit ich richtig verstanden werde, ich habe nicht gegen den ersten Satz der Ziffer 14 geredet, sondern es geht um den Welthandel, der dann kommt: „Die Bundesrepublik Deutschland muß auch im wohlverstandenen eigenen Interesse“ – auch hier würde ich „im eigenen Interesse“ sagen – „die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern suchen.“ Dann würde ich die Geschichte mit dem Welthandel weglassen. Der Satz „Ebenso wichtig sind Förderungsprogramme für Bildung, Gesundheit und soziale Einrichtungen als Grundlage des Wohlstandes jeder Nation“ gehört schon in die Ziffer 13; denn die Entwicklungshilfe umschließt ja dieses Förderungsprogramm. (*Klepsch:* Wenn wir den Satz streichen, können wir die Ziffer 14 in die Ziffer 13 hineinnehmen. – *Unruhe.*) Dann müßte man in einem Satz sagen „Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt damit nicht nur eine humane Pflicht, sondern sie muß auch im

64 Mao Tse-tung (Mao Zedong) (1893–1976), chinesischer Politiker; 1945–1976 Vorsitzender des ZK und 1945–1973 Vorsitzender des Politbüros der KPCh, 1954–1959 Staatspräsident der Volksrepublik China.

wohlverstandenen eigenen Interesse die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern suchen.“ (*Lebhafte Unruhe.* – *Heck:* Das kann in 14 bleiben.) Es ist ja noch ein zweiter Absatz da. (*Kraske:* Der Übergang ist ebenso wichtig. – *Lebhafte Unruhe.*) Das ist sogar viel besser. Jetzt wird der Absatz 2 mit der partnerschaftlichen Zusammenarbeit viel klarer.

Ich brauche Ihnen bloß zu sagen, in Afghanistan sagte mir der König⁶⁵: Ich muß unbedingt mit Ihnen sprechen. Es ist eine ernste Sache für mein Land. Es handelt sich um die Provinz Tadschik, angrenzend an Pakistan. Dort leben hüben wie drüben Stämme, die von beiden Regierungen nur ganz oberflächlich kontrolliert werden; jedermann ist bewaffnet, und sie suchen jeden Vorwand, um aufeinander zu schießen. In dieser Gegend ist ein Streit ausgebrochen zwischen zwei Stämmen. Dieser Provinz ist zugewiesen eine deutsche technische Hilfe. Es sind prächtige Kerle. Ich habe sie kennengelernt. Dort gibt es Wälder. Sie sollen dort leben vom Holz. Irgendwie haben unsere Leute dort zu gut gearbeitet. Aber es ist Unruhe ausgebrochen. Die afghanische Regierung mußte Truppen hinschicken.

Nun sagte mir der König weiter: Jeder dieser Stämme ist nun wieder mit Stämmen in Pakistan verwandt. Und wenn ein böser Kerl darunter sitzt, dann ist auf einmal der Krieg da. Da kann ich nur euch Deutsche gebrauchen. Ich kann die Amerikaner nicht gebrauchen, ich kann auch die Russen nicht gebrauchen. Die wollen nämlich politisch dort etwas. Ihr wollt aber politisch nichts. Außerdem könnt ihr die Afghanen am besten behandeln. – Ich habe dann unsere Leute gefragt, wie es ist, packt ihr eure Koffer, wenn die schießen? Sie sagten: Nein, wir denken nicht daran. – Der König hat mir sein Wort gegeben: Keinem Deutschen wird dort ein Haar gekrümmt. – Wollen wir es hoffen! (*Anhaltende Unruhe.*) Das war nur ein Hinweis.

Nun aber zur Ziffer 15: „Die Sicherheit Deutschlands und Europas ist nach wie vor bedroht. Entspannungspolitik setzt die Fähigkeit voraus, dieser Bedrohung standzuhalten und unter Wahrung des eigenen Rechts die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeizuführen. Deswegen müssen die eigenen Verteidigungsmaßnahmen auf allen Gebieten der jeweiligen Bedrohung entsprechen.“

Heck: Hier liegt ein Änderungsvorschlag des Präsidiums vor, und zwar soll der letzte Satz „Deswegen müssen die eigenen Verteidigungsmaßnahmen auf allen Gebieten der Gefährdung unserer Sicherheit entsprechen“ lauten.

Kiesinger: Ich muß um Entschuldigung bitten. Ich muß zum letzten Satz der Ziffer 14 noch etwas sagen. Es tut mir sehr leid. Ich hatte ein langes Gespräch mit dem türkischen Außenminister; einem der klügsten Außenpolitiker, die ich je getroffen habe. Der hat mir gesagt: Kinder, ihr macht es falsch. Nehmt es mir nicht übel, daß ich das sage, aber ihr macht es falsch. Ihr könnt die Unterstützung eurer großen Anliegen nicht kaufen. Es schadet eurem Prestige, wenn ihr das versucht. Worauf es ankommt ist, daß eure Freunde zu euch stehen, weil sie ein gemeinsames Interesse mit euch haben.

65 Mohammed Zahir Schah (geb. 1914), 1933–1973 (Sturz der Monarchie) König von Afghanistan, danach im Exil in Rom.

Wenn ihr in den Geruch kommt und sagt, daß die Entwicklungshilfe dem und dem gegeben wird, dann sieht man sofort die deutsche Frage und denkt an diejenigen, die die DDR nicht anerkennen. Dann sinkt euer Prestige. Ich warne euch davor. Ihr könnt nun denken, der türkische Außenminister sagt mir das, weil er mehr Hilfe haben will. Ich sage es aber nicht deswegen, sondern weil ich das für fundamental falsch halte.

Ich bin der Auffassung, daß wir dieses Gießkannenprinzip abschaffen und daß wir unsere Entwicklungshilfe Ländern zuwenden müssen, die nicht nur den deutschen Lebensfragen ihr Interesse entgegenbringen, sondern überhaupt für die Bewahrung des Friedens in der Welt wichtig sind. Beide Elemente kommen zusammen. Man muß ja nicht alles sagen. Dieser Satz, wie er da steht, wird sofort wieder im Sinne einer Anerkennung oder Nichtanerkennung der Zone ausgelegt. Ich würde dafür plädieren, ihn so nicht stehen zu lassen, obwohl er in der Sache richtig ist.

Heck: Es war auch so ein bißchen gedacht an die Adresse unseres Volkes, das nicht so recht versteht, wie man einem Zigeuner wie dem Nasser Milliarden nachgeschmissen hat ... (*Sehr starke Unruhe.* – *Von Hassel:* Ich würde es auch herausstreichen und gelegentlich nur zur Interpretation gebrauchen.)

Kiesinger: Ich würde es so nicht lassen.

Heck: Das kann man ruhig weglassen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Ja!

Heck: Wir kommen wieder zurück zur Ziffer 15. Der Vorschlag des Präsidiums zum letzten Satz lautet: „Deswegen müssen die eigenen Verteidigungsmaßnahmen auf allen Gebieten der Gefährdung unserer Sicherheit entsprechen.“ (*Lemke:* Könnte nicht das Wort „Entspannungspolitik“ präzisiert werden?)

Kiesinger: Jedes Volk versteht etwas anderes darunter. Sogar bei meinen Worten haben die Russen beinahe eine Kriegserklärung befürchtet. (*Unruhe.*) Ich sage immer „Friedenspolitik“. Man kann keine Politik mit einem Partner oder Gegner – wie Sie wollen – machen, dem man militärisch wehrlos gegenübersteht; auch keine Friedenspolitik.

Von Weizsäcker: Hier ist das Wort „Entspannungspolitik“ gewissermaßen kritisch. Deswegen finde ich es gerade gut. (*Lebhafte Unruhe.* – *Lemke:* Sogenannte Entspannungspolitik!)

Kiesinger: Der Gedanke von Herrn Weizsäcker ist richtig. Entspannungspolitik in diesem Falle setzt die Fähigkeit voraus, dieser Bedrohung standzuhalten und unter Wahrung des eigenen Rechts die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeizuführen. (*Lebhafte Unruhe.* – *Lemke:* Auch eine Entspannungspolitik.) Sollen wir sagen „unter Wahrung des eigenen Rechts die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeiführen“? Es könnte böswillig ausgelegt werden.

Barzel: Mir scheint, daß wir in der Ziffer 15 zwei Gedanken haben und in der Ziffer 16 den Grundgedanken von 15 wieder aufnehmen. Womit wir alle Schwierigkeiten haben, ist doch, daß die normalen Leute sich schwertun, das zu begreifen, daß man zugleich im Bündnis abschrecken muß, aber im Interesse des Friedens zur Kooperation mit den anderen bereit sein muß. Das ist die Lage. Beides zugleich begreifen die Leute

nicht. Wenn das in zwei Punkten hintereinander ausgedrückt werden könnte, bei 15 nur die Bedrohung und die Sicherheit einschließlich der Elemente aus 16, und dann in 16 gesondert die Entspannungspolitik dahinter, dann würde es eigentlich genügen. Ich will das nicht verwirren, wenn das sorgfältig erwogen ist, dann habe ich gar nichts dazu gesprochen. Ich sage nur, aus allen Diskussionen nach dem 21. August habe ich gehört, daß es sehr schwer für das Publikum ist, das zu begreifen.

Kraske: Ich möchte noch einmal den Gedanken herausstellen. 1. Geht es um die Notwendigkeit von Sicherheit als die andere Seite der Entspannungspolitik? Im zweiten Satz geht es um einen ganz anderen Gedanken, nämlich wie wird Sicherheit verwirklicht. Antwort: im Bündnis. Ich glaube also, daß diese Reihenfolge nicht umkehrbar ist. Man kann höchstens dieses notwendige Miteinander von Sicherheitspolitik und Entspannungspolitik im ersten Absatz noch stärker herausbringen, wenn das nicht gelungen ist, aber die Reihenfolge der Gedanken würde ich ungern ändern; denn da steckt einiges drin.

Kiesinger: Ich hätte an sich auch nichts gegen die Aufeinanderfolge. Das eine ist, zunächst einmal wird von unserer Position ausgegangen, und dann geht es weiter: Allein schaffen wir es nicht. Mein Bedenken – ich bitte um Entschuldigung, wenn ich insistiere – zu 15 ist, es könnte mißverstanden werden: „Setzt die Fähigkeit voraus, dieser Bedrohung standzuhalten und unter Wahrung des eigenen Rechts die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeizuführen.“ Wir wollen daran denken, daß wir keine Formulierung wählen, die man ebenso gut anders und weniger mißdeutbar wählen kann. (*Von Weizsäcker:* Gemeint ist doch, nur auf dieser Basis können wir zu den Bedingungen eines dauerhaften Friedens beitragen.) So ist es gemeint. So sollten wir es auch formulieren. (*Von Weizsäcker:* „Nur auf dieser Grundlage können wir zu den Bedingungen eines dauerhaften Friedens beitragen.“) Nur auf diese Weise! (*Lemke:* Ich würde sagen „Entspannungspolitik setzt daher die Fähigkeit voraus“, weil die Bedrohung da ist. Ich will nur klarmachen, daß diese Entspannungspolitik in Anführungsstriche gesetzt werden muß. – *Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Das ist ja ganz richtig, nur Entspannungspolitik ist überhaupt denkbar, wenn eine Spannung vorliegt. Und einer Spannung gegenüber ist eben die Fähigkeit, der Bedrohung standzuhalten, eine notwendige Voraussetzung.

Kiesinger: Wie ist es nun mit dem letzten Satz?

Kraske: Wir haben ihn so geändert: „Deswegen müssen die eigenen Verteidigungsmaßnahmen auf allen Gebieten der Gefährdung unserer Sicherheit entsprechen.“

Wir haben vor allem gestern im Präsidium das Wort „jeweiligen“ gestrichen, weil das so dem Schlendrian entgegenkommt, nach einem halben Jahr wieder zu sagen, nun ist das mit der Tschechoslowakei vorbei, wir brauchen nichts mehr zu tun. Wir fanden „Gefährdung unserer Sicherheit“ besser als Bedrohung.

Kiesinger: Gut! Einverstanden!

Nun kommt die Ziffer 16: „Ausschließlich nationale Sicherheitspolitik schafft keine Sicherheit. Deutschland und Europa können ihre Sicherheit nur im partnerschaftlichen Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika bewahren. Deswegen wollen wir,

daß die Bundesrepublik Deutschland an der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft festhält.“

Hahn: Es heißt, daß wir an der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft festhalten wollen. Sollte hier nicht von der Festigung und Stärkung des Bündnisses gesprochen werden?

Kiesinger: Es ist in der Tat so. Gestern sagten mir die Holländer: Wenn die Russen zwei Jahre gewartet hätten, dann wäre es mit der NATO nichts mehr gewesen, und sie hätten dann freie Bahn gehabt.⁶⁶ – Deswegen ist der Gedanke von Professor Hahn richtig. Wir sollten es deutlicher sagen: „Deswegen wollen wir, daß die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft gefestigt wird.“ Einverstanden!

Dann kommen wir zur Ziffer 17: „Die Abrüstung, die wir anstreben, muß allgemein, weltweit und kontrolliert sein; sie muß auch die höchstgerüsteten Staaten einschließen. Abrüstung und Rüstungskontrolle dürfen nicht zur Herrschaft mächtiger Nationen über schwächere führen.“ (*Barzel:* Ich halte es für richtig, was hier steht. – *Lebhafte Unruhe.*) Sie sind einverstanden!

Wir kommen zur Ziffer 18: „Die Verteidigungsbereitschaft des ganzen Volkes ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Mit der Bundeswehr leistet die Bundesrepublik ihren militärischen Beitrag für die Sicherheit und den Frieden in Europa. Die zivile Verteidigung ergänzt die militärische.

Die Bundeswehr muß den politischen, militärischen und technischen Erfordernissen in Struktur und Bewaffnung entsprechen. In der wehrtechnischen Forschung, Entwicklung und Produktion muß auf internationaler, vor allem auf europäischer Ebene verstärkt zusammengearbeitet werden. Auch im nationalen Bereich sind die Verteidigungskräfte durch ständige Rationalisierung und Standardisierung so wirkungsvoll wie möglich auszurüsten.“ (*Barzel:* Hier muß wieder „Bundesrepublik Deutschland“ stehen.) Ja!

Heck: Das gilt generell! (*Lemke:* Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß wir gleichberechtigt in der NATO sind. – *Unruhe.*)

Kiesinger: Das haben wir in der Ziffer 16 gesagt: „Partnerschaftliches Bündnis“. Einverstanden!

Wir kommen zur Ziffer 19: „Die Bundeswehr ist ein Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Die soziale Stellung des Soldaten muß der Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung des Friedens und der Freiheit entsprechen. Im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht müssen die persönlichen Lasten gerechter verteilt und einseitige Vorteile ausgeschlossen werden.“

Heck: Das Präsidium schlägt vor, den letzten Satz wie folgt zu fassen: „Im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht müssen die persönlichen Lasten so gerecht wie möglich verteilt und einseitige Vorteile ausgeschlossen werden.“

⁶⁶ Vgl. Anm. 28.

Kiesinger: „Gerecht“ ist immer nur im Rahmen der Möglichkeit gegeben. Selbst der liebe Gott kann nicht anders gerecht sein. (*Lebhafte Unruhe.*) Zu dem Satz würde ich theologisch stehen.

Kraske: Aber, Herr Bundeskanzler, was jetzt vorliegt aus den Beratungen, zeigt ja, daß die Wehrgerechtigkeit noch erheblich hinter dem lieben Gott zurückbleibt. Deswegen wollten wir hier „so gerecht wie möglich“ sagen, um keine Illusionen zu erwecken; denn nach den jetzigen und nach allen denkbaren Plänen wird das immer eine höchst ungerechte Geschichte bleiben.

Barzel: Zum ersten Satz! Zunächst finde ich, daß die Bundeswehr nicht nur Teil unserer demokratischen Gesellschaft ist, sie lebt in einer demokratischen Gesellschaft und ist somit Teil der gesamten staatlichen Institutionen. Innerhalb der Bundeswehr kann ganz sicherlich nicht der Grundsatz der demokratischen Gesellschaft gelten. Es ist eine Spannung zwischen dieser Organisation, die auf Befehlen und Gehorchen steht, und der übrigen demokratischen Gesellschaft, die auf Gleichberechtigung steht.

Das kommt hier nicht zum Ausdruck; d. h. praktisch – ich habe das jetzt abstrakt formuliert –, es handelt sich um das Problem am Freitag abend. Weiter: Was ist mit der Krise am Samstag und am Sonntag? Gehen die Bundeswehrsoldaten mit Uniformen aus usw.? Diese Probleme der Spannung zwischen demokratischer Gesellschaft und einer Institution, die naturnotwendig ein anderes Ordnungsprinzip hat, kommen hier nicht zum Ausdruck. (*Lebhafte Unruhe.*) Wenn wir darauf verzichten wollen, bin ich einverstanden. Nur dieser Satz wird wahrscheinlich einem Teil in der Bundeswehr erhebliche Bauchschmerzen machen. Ich habe Ähnliches wie hier bei der vorletzten Sitzung im Präsidium ausgeführt und den Verteidigungsminister gebeten, das auf eine Formel zu bringen. Mir fällt keine ein. Ich bin auf dem Gebiete nicht zu Hause. Nur kenne ich aus Diskussionen die Spannungsprobleme. (*Von Weizsäcker:* Aufforderung zur Mitbestimmung in der Bundeswehr! – *Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Ich gebe zu, dieser Satz ist sehr strittig, aber er stammt aus der Programmkommission von jungen Reserveoffizieren, die gerade von der Übung zurückkamen, die das wegen der Soldaten, insbesondere des Unteroffizierskorps, haben wollen, weil sie sich immer noch zu sehr in die Ecke gestellt fühlen. Wir hatten eine Reihe von anderen Formulierungen, die wiederum abgelehnt wurden, weil sie zu sehr „auf die Schulter klopfend“ waren. Diese Leute – z. B. Wörner – haben das dann vorgeschlagen.

Kiesinger: Lassen wir den ersten Satz weg und sagen: „Der Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung des Friedens und der Freiheit unseres Volkes muß die Stellung des Soldaten entsprechen.“ Dann haben wir doch alles drin.

Schwarzhaupt: Ich würde sehr bedauern, wenn der erste Satz wegfiel. Die Integration in die Gesellschaft als solche ist doch ganz wichtig, sonst wird es eine Isolierung der Armee.

Kiesinger: Das ist doch drin! (*Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Wir könnten sagen: „Die Bundeswehr wird von der demokratischen Gesellschaft getragen“, aber nicht „sie ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft“. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Sie hat genau ihren Platz dort wie andere Gruppen unseres Volkes.

Kiesinger: Gnädige Frau, meinen Sie nicht, daß das drin ist: „Der Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung des Friedens und der Freiheit unseres Volkes muß die Stellung des Soldaten in unserer Gesellschaft entsprechen“? (*Schwarzhaupt:* Gut!)

Kraske: Wenn man sagt „Stellung in unserer Gesellschaft“ ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Kiesinger: Damit ist die soziale Stellung gemeint, das Prestige und die politische Situation. Alles ist drin. (*Anhaltende Unruhe.*)

Hahn: Wenn man sagt: „Der Dienst in der Bundeswehr ermöglicht ...“ würde das zu einer Aufwertung der Bundeswehr führen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Aber so kann man es nicht sagen. Bei den Soldaten meinen wir natürlich alle, auch die Berufssoldaten. Also, dann lassen wir es so, wie ich es formuliert habe. Einverstanden!

Wir kommen zum Teil „Deutschlands innere Ordnung“ III. Reform der Demokratie, Ziffer 20:

„Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer demokratischen Ordnung ist für uns der freiheitliche Staat der deutschen Nation. Die deutsche Demokratie muß gestärkt werden, damit sie die Aufgaben der Zukunft erfüllen kann. Der Staatsbürger muß sich stärker an der politischen Meinungsbildung beteiligen können; die Parteien müssen sich als Forum der Aussprache verstehen. Der Staat hat die öffentlichen und privaten Rechte des Bürgers entschieden zu schützen. Wir anerkennen die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen und organisierten Interessen; der Staat muß aber seine Autorität gegen den Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam einsetzen.

Wir verstehen die Aufgabe des Staates, planend vorzuschauen und die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, subsidiär. Die Bürger müssen von übermäßigen Anforderungen der Verwaltung entlastet werden; Gesetzgebung und Verwaltung sind einfacher und durchsichtiger zu gestalten.“

Von Weizsäcker: Zum letzten Satz des Absatzes 1 „Der Staat muß aber seine Autorität gegen den Mißbrauch usw. ... einsetzen“ möchte ich sagen, er muß nicht seine Autorität gegen den Mißbrauch einsetzen, sondern er muß dem Mißbrauch entgegentreten und das Gemeinwohl fördern und schützen; nicht die Autorität um ihrer selbst willen, sondern das, was jenseits der partikulären Interessen für alle gilt, das muß der Staat schützen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Darf ich Ihnen vorschlagen, was bei mir als Randbemerkung da steht: Im ersten Absatz wird der Eindruck erweckt, als beschränke sich die Aufgabe des Staates auf die Verhinderung von Mißbräuchen. (*Von Weizsäcker:* „Der Staat muß die gemeinsamen Interessen fördern und schützen und dem Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam entgegentreten.“)

Kraske: Es heißt vorher: „Wir anerkennen die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen und organisierten Interessen.“ Das knüpft dann an mit dem Mißbrauch. (*Von Weizsäcker:* „Der Staat muß aber dem Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam entgegentreten können. Er muß die gemeinsamen Interessen fördern und schützen.“) Das kann man nicht sagen „um zu ...“? (*Zurufe:* Nein. – *Lebhafte Unruhe.*)

Lemke: Ich sage bei der Formulierung immer „freiheitlicher Kernstaat“. Ich möchte dafür werben. Sie sagen, das ist ein Teil, der übrig geblieben ist, und zum anderen, das ist der Kern, um den sich etwas Neues entwickelt hat. (*Starke Unruhe und Heiterkeit.*) In der Verfassung der sogenannten DDR steht: „Die DDR ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation.“ Hier steht „Der freiheitliche Staat der deutschen Nation“.

Kiesinger: Was verstehen Sie unter „deutscher Nation“? (*Lemke:* Dasselbe wie Sie! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Es gab in Wien einmal eine hochinteressante Auseinandersetzung zwischen Herrn von Brentano und Mitgliedern der dortigen Regierung.⁶⁷ Adenauer war dabei. Da haben die Österreicher die Frage gestellt: Wie ist das nun, sind wir zwei Nationen, die in zwei Staaten leben, oder sind wir eine Nation, die in zwei Staaten lebt? – Brentano hat im Moment nicht gleich geschaltet und irgendeine ausweichende Formel gewählt. Darauf erklärten die Österreicher: Wir sind der Meinung, wir sind eine Nation, die in zwei Staaten lebt. – Ich sage das nur, um einmal darauf hinzuweisen. Natürlich ist das im Wandel begriffen. Ich will auch gar nicht polemisch formulieren. (*Starke Unruhe. – Lemke:* Ich will nur darauf hinweisen, daß das etwas für die Zukunft aussagt.)

Barzel: Lieber Herr Lemke, ich finde „der Staat“ mehr als „Kernstaat“. Ich habe eine andere Frage. Darauf kommt man sprachlich. Wenn man sagt, der Barzel mit seiner Fraktion, so ist das schlecht. (*Starke Unruhe und Heiterkeit. – Von Hassel:* Aber der Kern-Barzel!) Ich stelle mir vor, wir diskutieren dieses Programm, dann kommt der Vertreter des SDS und kritisiert die demokratische Ordnung. Das ist also wirklich nicht gut. Ich will das nur benutzen, um die Frage zu stellen, warum wir hier auf die im Grundgesetz doch vorzüglich geprägte Formel vom freiheitlichen sozialen Rechtsstaat verzichtet haben. Wenn wir sagen „die Bundesrepublik Deutschland ist für uns der freiheitliche soziale Rechtsstaat der deutschen Nation“, dann haben wir es doch. Aber die Formulierung „mit der demokratischen Rechtsordnung ...“ sagt etwas anderes.

Kiesinger: Die Formulierung hat noch eine andere ganz schwere Gefahr in sich: Hier steht „der freiheitliche Staat“. Gibt es daneben noch einen nicht-freiheitlichen Staat? (*Unruhe. – Kohl:* Das ist das CDU-Programm. Natürlich gibt es das.) Ich würde den Gedanken gar nicht aufkommen lassen. Polen ist ein nicht-freiheitlicher, souveräner Staat. (*Starke Unruhe.*) Man muß es einfacher auslegen.

Heck: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitliche soziale Rechtsstaat der deutschen Nation.“ (*Lebhafte Unruhe.*)

Kohl: Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Ich bin dafür, „Nation“ stehen zu lassen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Ich will offen sagen, mir ist es ein wirkliches Anliegen, daß wir nicht unnötig den österreichischen Teil ermutigen, der von dem Nonsens ausgeht, als gäbe es eine österreichische Nation. Die gibt es nicht. Es gibt ein österreichisches Staatsvolk. Ich will das jetzt nicht in die Polemik bringen. Es gab eine unselige Bewegung, der ich auch eines Tages als junger Mann mit der Tendenz huldigte: Wir

⁶⁷ Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 15. November 1955 „Brentanos Reise nach Wien“.

Deutschen müssen uns doch alle unter einem großen Dach vereinigen. – Ich muß es gestehen. (*Starke Unruhe.*) Das war nicht notwendig, und es war auch keine heilsame Tendenz. (*Kohl: Herr Bundeskanzler, ich würde dafür plädieren, „Nation“ stehen zu lassen! – Unruhe.*) Was ich sagen wollte, war dies: Es wäre eine glücklichere Entwicklung gewesen, wenn in der Tschechoslowakei ein solcher Nationalitätenstaat entstanden wäre, der seinen Volksgruppen wirklich die Nationalitätenrechte gegeben hätte. Das wäre glücklich für ganz Europa gewesen. (*Anhaltende starke Unruhe. – Lemke: Es heißt jetzt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitliche soziale Rechtsstaat der deutschen Nation“?)* Ja! Die Formulierung „Die deutsche Demokratie muß gestärkt werden“ gefällt mir nicht. Was heißt das? Dann geht es weiter: „Der Staatsbürger muß sich stärker an der politischen Meinungsbildung ...“, nur an der Meinungsbildung oder an der Willensbildung? (*Heck: Willensbildung!*) Natürlich, das meine ich auch. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Bei der Willensbildung wirkt er bei den Wahlen mit, aber zwischen den Wahlen bei der Meinungsbildung. Das ist an sich gemeint, daß die Parteien als Forum eine wichtige Aufgabe haben, die politischen Probleme dem Volke darzulegen. (*Kohl: Umgekehrt, in der Meinungsbildung ist er auch zwischen den Wahlen beteiligt.*) Das sage ich doch. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Was einige Leute, und nicht die schlechtesten, wollen – wir wollen ja nicht die Parole von den Radikalinskis der SDS aufgreifen –, ist folgendes: Sie sagen, wenn wir nur alle vier Jahre einmal wählen und lassen dann die Abgeordneten machen, was sie wollen, dann ist das nicht gut. Wir müssen auch in dieser Zeit eine Möglichkeit haben. – Dann kommen die Überlegungen, kann man ein Referendum machen usw. Natürlich können sich die Leute in dieser Zeit in den politischen Parteien betätigen und auf die politische Willensbildung einwirken. Sie können ja in den Parteien darauf drängen, daß Beschlüsse gefaßt werden. Ich meine, wir sollten es bei der Willensbildung belassen. (*Lemke: Meinen Sie nicht, Herr Bundeskanzler, daß sich der Staatsbürger ständig beteiligen möchte, und zwar kontinuierlicher? – Heiterkeit.*) Hier steht doch das Wort „stärker“. (*Lemke: Der Staatsbürger muß dauernd im Gespräch bleiben.*)

Kraske: Wenn wir sagen „fortlaufend“ und dann „Willensbildung“, wird das mindestens mißverstanden als eine Unterstützung von Genscher, nämlich Direktwahl des Bundespräsidenten und andere Dinge. Dadurch werden unsere Intentionen jedenfalls umgedreht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Hahn: Wie wäre es, wenn wir so formulierten: „Nur eine starke, vom ganzen Volk getragene Demokratie kann die Aufgaben der Zukunft erfüllen.“? (*Lemke: Es kommt darauf an, dieses Petition des Staatsbürgers anzusprechen. – Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Wenn man den nächsten Halbsatz nimmt, dann ist es nicht so mißverständlich; dann heißt es gleich „Die Parteien müssen sich als Forum der Aussprache verstehen.“ (*Zuruf: Müssen sich auch! – Lebhafte Unruhe.*) Diesen Grundsatz der reinen repräsentativen Demokratie kann man in einer Zeit mit einer solch rasenden Entwicklung einfach so nicht mehr aufrechterhalten. Das war für das 19. Jahrhundert rich-

tig. Vier Jahre sind heute eine große Spanne Zeit. Das ist ungeheuer viel. Da kann man nicht sagen, es genügt, die werden für vier Jahre gewählt usw.

Kraske: Die Staatsbürger, die nicht der CDU angehören, sind an diesem Forum beteiligt gewesen, haben ihre Meinung gesagt, haben zur Meinungsbildung beigetragen. Die Willensbildung erfolgt z. B. auf dem Parteitag. Bei dem Grundgedanken hier geht es wirklich um die stärkere Beteiligung der Bürger am Prozeß der Meinungsbildung.

Kiesinger: Wenn sie eine Meinung haben, dann haben sie auch einen Willen in der Politik. Deswegen kann man ruhig „Willensbildung“ schreiben. Das ist also eine redaktionelle Frage. (*Starke Unruhe. – Hahn:* Sollten wir nicht etwas im letzten Absatz sagen, wo von der Autorität gesprochen wird?) Das ist schon geändert.

Meyers: Wir haben gesagt: „Der Staat muß dem Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam entgegengetreten und das gemeinsame Interesse fördern und schützen.“

Kiesinger: Ich würde nicht sagen „das gemeinsame Interesse“, sondern „das gemeinsame Wohl“. (*Unruhe.*)

Kraske: Dieser Satz ist ein Anschluß an den vorhergehenden Satz. Es wird die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen anerkannt. Und im nachstehenden Satz heißt es, aber sie dürfen ihre Macht nicht überziehen. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Jede dieser Gruppen kann auf ihre Weise die Freiheit mißbrauchen; die einen machen es auf die Weise, die anderen auf jene Weise. (*Starke Unruhe. – Hahn:* Ich weiß nicht, ob man im nächsten Absatz sagen kann, daß der moderne Staat seine Wirksamkeit in der Planung usw. nur subsidiär sieht.) Dazu würde ich allerdings sehr stark stehen. (*Hahn:* Der Staat wird weitgehend die Führung haben müssen.) Natürlich, aber nur da, wo er führen muß. (*Lebhafte Unruhe.*) Herr Professor Hahn hat eine prinzipielle Frage angesprochen. Ich persönlich bin der Meinung, daß gerade der moderne Staat sich um Gottes willen hüten muß, die Dinge anzupacken, die andere Gruppen machen können, sonst droht der berühmte Termitenstaat, weil er alles machen will. Ich bin der Meinung, daß gerade die CDU nach wie vor dazu stehen sollte; um so stärker aber dann, wo es staatliche Aufgaben sind, wo das Prinzip der Subsidiarität nicht gilt – ich fasse es nicht im naturrechtlichen Sinne auf –, für den Staat einzutreten. (*Hahn:* Ich stimme Ihnen darin zu, Herr Bundeskanzler, nur wenn man den ersten Satz hier liest, dann könnte man meinen, als wenn der Staat überhaupt nicht die Initiative ergreifen würde, sondern nur liberalistischer Auffassung sei. – *Lebhafter Widerspruch.*)

Das Prinzip der Subsidiarität ist erst aufgenommen worden in der liberalen Literatur von Röpke⁶⁸ und diesen Leuten. Das war ein ganz neuer revolutionärer Gedanke in der liberalen Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftslehre. Das hat man übernommen. Bei Röpke steht es klipp und klar drin. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Herr Bundeskanzler, ich meine, wir müssen unbedingt an diesem Satz festhalten; denn soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, da wird das „Subsidiäre“ von nie-

68 Prof. Dr. Wilhelm Röpke (1899–1966), Nationalökonom; 1924 Professor in Jena, 1928 in Graz, 1929 in Marburg, 1933 in Istanbul, 1937–1966 Professor am Institut de Hautes Etudes Internationales in Genf.

mandem bestritten; aber auch bei dem „planend vorausschauend“. Wenn man hier „subsidiär“ streicht, dann ist das nächste, daß der Staat eben in seinen eigenen Kram hineinplant, z. B. bei einzelnen Unternehmen, und das gerade wollen wir nicht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Lemke: Ich würde sagen: Die Aufgabe des Staates als Vertreter der öffentlichen Interessen ist tatsächlich die planende Vorausschau. Im privaten Leben hat er nur subsidiär einzugreifen. Das muß in mehreren Sätzen gesagt werden. (*Sehr starke Unruhe.*)

Schwarzhaupt: Die Subsidiarität hat nur Sinn bei vorausschauenden Planungen; also überall dort, wo gehandelt wird. Bei dem Erforschen der Ansätze für ein Erkennen der Zukunft hat der Gedanke der Subsidiarität nicht sehr viel Sinn. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Ich verstehe den Einwand von Herrn Professor Hahn so, daß er sagt, der moderne Staat muß nun einmal auf vielen Feldern planen und auf vielen Feldern soziale Gerechtigkeit verwirklichen, wo der Liberalismus gesagt hat, um Gottes willen, daran darf er nicht rühren. Wenn wir das voransetzen und sagen, so ist es nun einmal, aber diese Aufgaben verstehen wir subsidiär, dann kann man das Wort „vorausschauend“ eliminieren. (*Schwarzhaupt:* Vorausschauend planen, aber nicht planend vorausschauen! – *Lebhafte Unruhe.*) Bei der Art, wie wir soziale Gerechtigkeit verwirklichen, müssen wir sagen, aber wir verstehen prinzipiell diese Aufgaben so und so. (*Lemke:* Es muß der öffentliche Sektor vom privaten Sektor getrennt werden. – *Unruhe.*) Sagen wir: „Der Staat muß vorausschauend planen und die soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Wir verstehen diese Aufgabe subsidiär.“ (*Lebhafte Unruhe.* – *Kohl:* Wobei das das gleiche ist. – *Schäfer:* Dieser Satz hier entspricht der Intention der beiden Sonderkommissionen.) Das ist eine Formel, wie wir sie haben aus anderer Zeit. (*Kohl:* Ich habe keinen Einwand gegen Ihre Formel, bloß ist dies stärker.) Nicht stärker! (*Lemke:* Was heißt denn subsidiär? – *Heiterkeit und Unruhe.*) Wir haben einen Staat, der in ungeheurer Weise plant. Wir haben den Wohlfahrtsstaat, das ist unser Schicksal, ob wir das lieben oder nicht. Nun stellen wir fest, daß es so und so ist, aber wir verstehen es subsidiär. (*Schäfer:* Das ist einer der wenigen Punkte, wo dieses Programm nicht mit einem SPD-Programm zu verwechseln ist. – *Starke Unruhe.*)

Meyers: Herr Bundeskanzler, zu dem letzten habe ich folgenden Einwand: Es ist ein ziemliches Durcheinander, und zwar ist die Verwaltung und Gesetzgebung hier an einer Stelle, dann in Ziffer 25 die kommunale Selbstverwaltung, dann kommen die anderen Verwaltungen hinzu und in Ziffer 27 kommen dann die öffentlichen Verwaltungen hinzu. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren, wir können nicht miteinander arbeiten, wenn dauernd eine solch große Unruhe hier ist.

Meyers: Ich schlage vor, daß wir hier zunächst einmal den Bürger nehmen, dann müssen wir streng gliedern nach Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz. Dann haben wir wenigstens eine innere Ordnung im Programm. (*Lemke:* Sind das hier nicht eigentlich Binsenwahrheiten, die hier stehen? – *Heiterkeit.*) Wolltest Du jetzt zu meinen Ausführ-

rungen Stellung nehmen, Helmut, oder was? (*Große Heiterkeit und anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Da haben wir wieder den alten Meyers!

Meyers: Ich hatte die Hoffnung, er hätte mich gemeint. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Das Aktionsprogramm wird natürlich für das Volk geschrieben. Da muß ich sagen, es ist bedauerlich, wenn das als Binsenwahrheiten angesehen wird und wenn man überhaupt nichts tut, um die geradezu blödsinnige Belastung der Verwaltungsarbeit zu drosseln. (*Sehr starke Unruhe.*) Es ist doch das, was beim Volk als schicksalhaft empfunden wird. (*Anhaltende Unruhe. – Kohl: Staatsverdrossenheit!*)

Kiesinger: Meine Frau ist in Tübingen zum Landratsamt gegangen vor ein paar Jahren, als ich gerade Ministerpräsident geworden war und sie noch nicht mit „Frau Professor“ angesprochen wurde. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Sie hat ihren Führerschein erneuern lassen wollen. Sie erschien als eine unbekannte Frau, aber es ist unglaublich, wie dieser Amtsrat – oder was er war – sie behandelt hat. Das erlebt man immer wieder. (*Stingl: Ich habe es erlebt, als ich mich in Berlin abmeldete.*)

Meyers: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, ob wir nicht in der Reihenfolge vorgehen sollten: Staatsbürger, Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz. (*Kohl: Das ist logisch richtig, aber für den, der es liest, ist es besser so. – Starke Unruhe.*)

Kiesinger: „Subsidiär“ versteht ja das Volk nicht. Man kann nicht immer die gleichen Witze machen. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Wir kommen zur Ziffer 21: „Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat; deswegen muß Schutz und Förderung der Familie ein unantastbares Prinzip der innerstaatlichen Ordnung sein. Das verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden in gleicher Weise.“ Keine Wortmeldung.

Wir kommen zur Ziffer 22: „Unsere bundesstaatliche Ordnung muß den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft angepaßt werden. Der Verfassungsauftrag zur Neugliederung des Bundesgebietes ist zu erfüllen, eine Finanzverfassungsreform ist notwendig. Die Rahmenkompetenzen des Bundes müssen erweitert und die Verwaltungsverfahren zwischen den öffentlichen Instanzen vereinfacht und zweckmäßig gestaltet werden. Das gilt insbesondere für die Förderung des Bildungswesens und der wissenschaftlichen Forschung, die Planung bei Verkehrs- und Raumordnung, den Schutz und die Sicherung der Gesundheit sowie die Bekämpfung der Kriminalität.“

Hier muß ich sagen, es ist ein bißchen durcheinander. Das gilt insbesondere für die Förderung des Bildungswesens und der wissenschaftlichen Forschung. Da ist eine Rahmenkompetenz des Bundes gefordert. Der Bund hat hier viel mehr. Der Bund hat hier die konkurrierende Gesetzgebung. Er braucht sie nur auszuschöpfen. Er kann das ganz an sich ziehen. Deswegen muß das anders formuliert werden.

Heck: Herr Bundeskanzler, es ist schwierig, das richtig auseinanderzuhalten. Es heißt, daß die Verwaltungsverfahren zwischen den öffentlichen Instanzen vereinfacht und zweckmäßig gestaltet werden; das gilt insbesondere für die Förderung des Bildungswesens ... usw. (*Meyers:* Wir müssen sagen: „Die Rahmenkompetenzen des Bundes müssen erweitert werden. Die Verwaltungsverfahren ...“ Es muß also ein Punkt da-

zwischen gemacht werden. – *Kohl*: Sind wir uns klar darüber, daß wir den Satz auch wirklich wollen. Ich bin dafür. – *Lemke*: Der zweite Satz ist überhaupt nicht praktikabel. – *Starke Unruhe*.)

Kohl: Ich würde um jeden Satz kämpfen. Wenn der Föderalismus in Deutschland überhaupt eine Chance haben soll, müssen wir bis Ende der siebziger Jahre die große Reform der Länder haben, oder wir werden einen ganz anderen Staatsaufbau bekommen. Das kann man sehen, wie man will. Das ist nicht allein mit Rheinland-Pfalz zu machen, mit Schleswig-Holstein und dem Saarland ... (*Stingl*: Nehmt Schleswig-Holstein hinzu!) Oder Schleswig-Holstein! Wer es wirklich ernst meint mit dem Föderalismus, der muß zugeben, daß hier etwas passieren muß. Die Sache wird von Jahr zu Jahr riskanter. Ein Aktionsprogramm für die siebziger Jahre, das hierüber keine Aussage hat, zeigt doch, daß wir gegenüber unseren Wählern nicht ehrlich sind.

Was hier steht, ist nicht der Art. 29.⁶⁹ Ich halte den Art. 29 des Grundgesetzes zu sehr in die Vergangenheit und zu wenig in die Zukunft orientiert. Also, wir müssen diesen Satz von der Neugliederung drin lassen. (*Meyers*: Wir können ja sagen, Herr Lemke: Verfassungsaufträge sind grundsätzlich zu erfüllen! – *Stürmische Heiterkeit*. – *Lemke*: Der Verfassungsauftrag ist im Art. 29 eingengt.)

Kiesinger: Ich bin auch der Meinung, wir sollten diesen Satz lassen. Wir haben Länder, in denen die kurzfristige Tradition des 19. Jahrhunderts allmählich überwunden wurde und eine viel spätere jahrhundertelange Zusammengehörigkeit wieder deutlich geworden ist. Das ist auch in Bayern so. Andererseits gibt es Länder, wo das nicht so ist, wo das einfach künstlich ist.

Kohl: Herr Bundeskanzler, ich wohne in Ludwigshafen; gegenüber liegt Mannheim, das zu Baden-Württemberg gehört. Bei allem Bekenntnis zur Tradition der Geschichte bleibt doch übrig, daß wir eine vernünftige Neugliederung brauchen, in der Tradition und Geschichte eine wichtige Rolle spielen. (*Kiesinger*: Einverstanden! Ich bin ja nicht dagegen. – *Lebhafte Unruhe*.) Dann sind wir einer Meinung. Ich bin auch beinahe sicher, daß der Freistaat Bayern nicht „ungerupft“ bleibt. Die Stadt Aschaffenburg z. B. gehört in den Frankfurter Raum. (*Anhaltende Unruhe*. – *Meyers*: Ich schlage vor, hinter „erfüllen“ einen Punkt zu machen. Die Finanzverfassungsreform hat damit nichts zu tun.)

Lemke: Der Art. 29 ist so unglücklich wie nur möglich. Er muß geändert werden. Sie haben ihn nie bis zum letzten Absatz gelesen! (*Widerspruch und Heiterkeit*.) Meine Herren! Lesen Sie ihn mal durch.

Kohl: Herr Lemke, das steht doch hier gar nicht drin. Es heißt nicht, der Art. 29 ist zu erfüllen. (*Lemke*: Da steht es nicht, aber in der Verfassung!) Wir haben hier doch nicht

69 Art. 29 Absatz 1 GG: „Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können.“ Vgl. R. W. FÜSSELEIN (Hg.): Das Bonner Grundgesetz. 24. ergänzte und erweiterte Neuauflage. Baden-Baden 1966 S. 69.

speziell den Art. 29 angesprochen ... (Lemke: Nein, aber das ist doch ein Verfassungsauftrag. – *Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Ich muß Herrn Lemke beipflichten. Wenn ich vom Verfassungsauftrag spreche, dann meine ich natürlich den Art. 29. (Meyers: Sagen Sie doch: Das Bundesgebiet ist neu zu gliedern. – Kohl: Das ist aber mehr! – Lemke: Von mir aus können Sie einen Einheitsstaat machen! – Kohl: Dafür bin ich nicht. – *Lebhafte Unruhe.*) Meine Herren! Darf ich einen Vorschlag machen!

„Unsere bundesstaatliche Ordnung muß den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft angepaßt werden; dazu gehört auch eine sinnvolle Neugliederung des Bundes.“ (Anhaltende Unruhe.) Einverstanden!

Wir kommen zur Ziffer 23: „Wir wollen ein Mehrheitswahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt. (Bei der Kandidatenaufstellung sind Fachleute und die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu berücksichtigen.) Das aktive Wahlrecht und die Volljährigkeit sollen mit der Vollendung des 18. Lebensjahres beginnen.“

Kraske: 1. Das Präsidium hat gestern beschlossen, Ihnen zu empfehlen, den Klammersatz zu streichen. Der Klammersatz ist deswegen gewählt worden, weil eine Abstimmung in der Programmkommission damit geendet hat, daß man das offenlassen wollte. Das Präsidium war einmütig der Meinung, das solle gestrichen werden.

2. Das Präsidium empfiehlt eine Ergänzung des Satzes 1: „Wir wollen ein Mehrheitswahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt und stabile politische Verhältnisse sichert.“

3. Der Schlußsatz gehört zu den Ziffern – 18. Lebensjahr –, die fast am meisten von den Kreisverbänden diskutiert worden sind. Es hat sich ungefähr eine Mehrheit von drei Vierteln für diese 18 Jahre ausgesprochen.

Ich muß außerdem dazu sagen – Herr Kohl wird das bestätigen –, daß die jüngsten Analysen von Umfrageergebnissen und Wahlergebnissen gezeigt haben, daß die Zunahme dieser drei Jahrgänge (Zurufe: In Schweden. – *Heiterkeit.*) nicht eine solche Veränderung des Wahlergebnisses bringen, daß man aus taktischen Gründen dies hier für die CDU macht. (*Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich möchte nachdrücklich für die 18 Jahre eintreten. Vor vier Wochen ging durch die deutsche Presse meines Erachtens eine Falschmeldung – wie es in den letzten Tagen durch die Meldung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg herausgekommen ist – hinsichtlich der Stimmen bei Jungwählern.⁷⁰ Daß wir traditionell bei den älteren Wählern besonders gut abschneiden, ist nichts Neues. Es ist kein Trend da, der abgebrochen ist, wie es für Baden-Württemberg jetzt behauptet wurde. Aber ich will nur sagen, ich bin für die Formulierung eines Mehrheitswahlrechts. Wir müssen uns darüber klar sein, dies ist nicht nur das Bundeswahlrecht, sondern das Landtagswahlrecht, was da gefordert wird. Wenn wir „Mehrheitswahlrecht“ schreiben, dann bedeutet das in einer Reihe von Bundesländern eine Versteinerung der politischen Verhältnisse,

⁷⁰ Vgl. „Schwäbische Zeitung“ vom 15. Mai 1968, wonach die CDU auf „viele Sympathien unter den End-Teenagern“ hoffen konnte.

was erhebliche Auswirkungen haben wird. Allein aus der politischen Praxis kann man nicht annehmen, daß wir nur im Bund das Mehrheitswahlrecht haben, aber in den Ländern geht es spurlos vorbei. Wenn wir im Bund ein Mehrheitswahlrecht einführen, hat das die Konsequenz, daß die FDP in den Ländern ihre Leute aus allen Koalitionen zurückzieht. Das würde bedeuten, daß wir mit Ausnahme von den Stadtstaaten, von Bayern und Hessen, eine rot-schwarze oder schwarz-rote Koalition bekommen. Wir müssen auch die Konsequenz im Bundesrat sehen. (*Starke Unruhe.*) Ich habe in der Kommissionssitzung in Eichholz⁷¹ gesagt, ob es nicht klüger wäre, die Formulierung aus der Regierungserklärung zu nehmen. Ich habe den Ausdruck „mehrheitsbildendes Wahlrecht“ nicht besonders geschätzt. Ich bin damit einverstanden, daß wir es beschließen, nur müssen wir wissen, was wir beschließen. (*Barzel: Wie hieß es denn im Hamburger Programm?*) Da ist aber die Debatte nicht geführt worden, Herr Barzel.

Fay: Am Donnerstag wurde im Hessischen Landtag in erster Lesung ein Gesetz behandelt, das Wahlalter in Hessen auf 18 Jahre festzusetzen.⁷² Die CDU hat sich dafür ausgesprochen. (*Stingl: Berlin hat es auch eingebracht.*) Die Konsequenz ist natürlich, daß die Mündigkeit demnächst auf 18 Jahre festgesetzt wird. (*Starke Unruhe.*)

Lemke: Ich möchte etwas zu den 18 Jahren sagen. In Schleswig-Holstein haben wir vorgeschlagen, auf 20 Jahre zu gehen. Wir meinen, dieser Feststellung nicht trauen zu können, daß das ein großer Sieg für die CDU wäre. Wir glauben, daß wir etwas Ähnliches erleben werden wie in Schweden, wo die Jugend sozialdemokratisch gewählt hat. Ich sehe also nicht ein, warum wir das riskieren sollen. (*Widerspruch und Unruhe.*)

Kraske: Nachdem ich mich ein bißchen mit solchen Dingen beschäftigt habe, zweifle ich daran, daß es heute schon möglich ist, die Ergebnisse der schwedischen Wahl⁷³ darauf zurückzuführen, welche Jahrgänge hier ausschlaggebend waren. Zweitens sind die Verhältnisse in der schwedischen Jugend nicht so wie in der deutschen Jugend. Drittens ist aus einer Fülle von Umfragen nachweisbar, daß wir bis vor kurzer Zeit bei den Jahrgängen zwischen 18 und 21 Jahren einen wesentlich höheren Anteil an CDU-Stimmen hatten als in den darüber liegenden Jahrgängen. Es hat sich so eingependelt, daß diese Jahrgänge etwa der Stimmabgabe der 21- bis 23jährigen entsprechen.

Ich glaube also nicht, daß die CDU einen Anlaß hat, hier wieder herunterzugehen, abgesehen davon, daß nach den eingegangenen Stellungnahmen der Landesverbände mit Sicherheit zu erwarten ist, daß auf dem Parteitag in einer offenen Abstimmung eine ganz klare Mehrheit für die 18 Jahre sich ergeben wird. Deshalb meine ich, daß sich der Bundesvorstand hier an die Spitze stellen und das seinerseits vorschlagen soll. (*Unruhe und Widerspruch.*)

71 Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung bei Wesseling/Köln.

72 Debatte am 18. September 1968 bezüglich der Herabsetzung des Wahlalters (Drs. Nr. 1443), vgl. Sten.Ber. des Hessischen Landtags 6. WP 36. Sitzung S. 1906–1918.

73 Am 15. September fanden in Schweden Reichstagswahlen statt. Die Sozialdemokraten gewannen mit 125 Mandaten die absolute Mehrheit, Zentrum 39 Mandate, Liberale 34, Konservative 32, Kommunisten 3, Bürgerliche Sammlungspartei 1 (vgl. AdG 1968 S. 14214), bei den Reichstagswahlen 1964 erreichten die Sozialdemokraten 113 Mandate, Liberale 42, Zentrum 35, Konservative 32, Kommunisten 8, Bürgerfront 3 (vgl. AdG 1964 S. 11457).

Barzel: Darf ich an dieser Stelle aus der Sicht der Fraktion eine praktische Frage stellen? Das Aktionsprogramm wird ja, soweit es den Staat und die Bundesebene betrifft, durch Regierung und Fraktionen in die Wirklichkeit umzusetzen sein. Was erwartet dieser Bundesvorstand, wenn er diesem Satz hier zustimmt mit den 18 Lebensjahren? Erwartet er, daß die Fraktion in dieser Legislaturperiode aktiv wird? Ich komme nachher auf diese Frage noch in einem anderen Zusammenhang zurück. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Das Wahlrecht mit 18 Jahren ist gekoppelt mit der Volljährigkeit. Die ganzen Probleme der Volljährigkeit kann man nicht übers Knie brechen, so daß mit Sicherheit für die nächste Wahl nichts zu machen ist, aber im Laufe der nächsten Legislaturperiode – so meine ich – wäre die Konsequenz, daß beide Probleme von der Fraktion in Angriff genommen werden. (*Barzel:* Ich wollte das nur feststellen, damit wir nachher nicht Prügel kriegen!)

Kiesinger: In dieser Ziffer 22 darf ein Satz über ein wirksames Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern nicht fehlen. Wir dürfen nicht nur die legislativen Maßnahmen erwähnen; weil es einen Bundesstaat gibt, sind wir einfach darauf angewiesen, daß das im letzten Satz von Ziffer 22 noch formuliert wird. (*Unruhe.*)

Dufhues: Ich habe Bedenken, die Volljährigkeit mit 18 Jahren anzuerkennen. Es ist richtig, daß diese Frage erst nach sorgfältiger Prüfung geklärt werden kann. Das hier festzulegen, hat natürlich politisches Gewicht. Ich habe als Anwalt wiederholt vor der Frage gestanden, wann man jungen Menschen ein verantwortliches Handeln – z. B. in der Vermögensbildung – zumuten kann. Wir haben immer wieder in langen Jahren festgestellt, daß selten ein verantwortlicher Vater bei Jugendlichen im Alter von 21 Lebensjahren eine derartige Reife anerkennt, daß wichtige Aufgaben den jungen Menschen anvertraut werden können, sondern gewöhnlich erst mit 24 bis 26 Jahren. Das zeigt doch, welches Mißtrauen für die Volljährigkeit, für das verantwortliche Teilnehmen am wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Geschehen bei vielen Eltern besteht. Ich glaube wirklich, daß schon die grundsätzliche Erklärung für die Volljährigkeit mit Erreichung des 18. Lebensjahres auf ganz ernste Bedenken stößt.

Ich habe auch Bedenken dagegen, daß das aktive Wahlrecht bereits mit 18 Lebensjahren angesetzt wird. Die vorliegenden Statistiken beziehen sich meist auf die Wahlergebnisse von 21 Jahren oder mehrere Altersstufen. Die genaue Erfassung der Ergebnisse bei Wahlentscheidungen der 18jährigen war gar nicht möglich, weil es die noch nicht gegeben hat. Diese Frage ist natürlich offen. Gerade in diesen Jahren vollziehen sich Spannungen und Entwicklungen in den jungen Menschen, die von ganz erheblicher Bedeutung sein können, auch für ihr politisches Verhalten, die in diesen Jahren weit mehr von Emotionen und subjektiven Urteilen bestimmt werden, als von einer wirklich reifen Beurteilung politischer Fragen. Wir sollten wirklich ernsthaft überlegen, ob wir hier wieder einem Trend nachgeben, weil es modern ist, oder ob wir nicht als politische Partei sehr kritisch die Erfahrungen der vergangenen Jahre prüfen, ehe wir uns zu einem solchen Votum entscheiden.

Schwarzhaupt: Ich meine, man sollte zunächst einmal auf das 20. Lebensjahr heruntergehen. Warum schon gleich um drei Jahre? Ich bin auch der Meinung, daß wir aus alledem, was wir an Befragungen haben, gar nicht feststellen können, was die 18jährigen wählen würden, weil es sich noch nie bei einer Wahlbeteiligung gezeigt hat, denn sie haben noch nie gewählt. (*Kraske:* Ab 18. Jahr sind alle Befragungen!) Aber nicht aus den Wahlergebnissen. Eine Herabsetzung um ein Jahr wäre sinnvoller.

Ich bedaure, daß man von der Formulierung „mehrheitsbildendes Wahlrecht“ abgegangen ist und einen weiten Spielraum gelassen hat in einer Zeit, wo wir in absehbarer Zeit gar keine Chance haben, ein reines Mehrheitswahlrecht durchzusetzen. Ich bin auch entschieden dagegen, daß der in Klammern gesetzte Satz ersatzlos gestrichen wird. Es ist nun einmal für bestimmte Gruppen in unserem Volke, insbesondere für die über 50 % weiblichen Wähler, eine harte Nuß, aus staatspolitischen Gründen hinnehmen zu müssen, daß ihre Chancen, durch Kandidatinnen vertreten zu sein, sehr gemindert werden. In dieser Situation ist eine Zusage der verantwortlichen Partei, daß gesellschaftliche Gruppen, darunter auch Frauen, bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt werden, ein gewisses, sehr bescheidenes Äquivalent. Es ist deshalb bitter, wenn dieser Satz völlig wegfällt. Ich würde sogar bitten, ihn stehen zu lassen und die Klammern zu streichen.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich an dieser Stelle zu zwei anderen Punkten etwas sagen möchte, weil ich gleich in den Kommunalwahlkampf⁷⁴ eilen muß. Erstens möchte ich hier nicht wegfahren, ohne für mich dem Kollegen Heck zu danken, daß er bereit ist, seine ganze Kraft in den Dienst unserer gemeinsamen Sache zu stellen. Ich glaube, daß das öffentlich seinen Ausdruck finden wird in einer würdigen Erklärung. Die Mitteilung ist über die Presse gelaufen.

Zweitens möchte ich etwas zur Mitbestimmung sagen. Dazu werden Sie wahrscheinlich erst morgen kommen. Ich kann wegen des Parteitags in Westfalen morgen nicht hier sein. Ich möchte dazu Ihr Augenmerk auf folgenden Zusammenhang aus der Sicht der Fraktion lenken. Die Bundestagsfraktion der CDU hat im vergangenen Frühjahr einen wichtigen Beschluß gefaßt, nämlich in dieser Periode weder zu diesem Komplex einen eigenen Antrag einzubringen noch den Antrag anderer zu unterstützen. Das ist ein wichtiger Beschluß.

Wenn nun diese Ziffern 60 und 61, so wie sie vorliegen, vom Bundesparteitag verabschiedet werden, dann haben wir ein Aktionsprogramm mit fünf Punkten – die Institutfrage ausgenommen –, die der Gesetzgeber zu regeln hat: Unternehmensverfassung, Ausschöpfung der Betriebsverfassung, Vertrauen der Belegschaft als Basis für alle, ein Vorstandsmitglied in allen Gremien und Arbeitnehmer. Nun wird man mit Recht sagen können, ein Aktionsprogramm läßt sich nicht in den letzten Monaten einer Legislaturperiode verwirklichen. Man wird aber zugleich die Glaubwürdigkeit eines Aktionsprogramms nur dann deutlich machen können, wenn von den fünf Punkten mindestens zwei gesetzgeberisch in Angriff genommen werden. Dies ist besonders hart zu beurtei-

⁷⁴ Kommunalwahlen fanden statt in Niedersachsen (29. September), Hessen, Saarland und Baden-Württemberg (20. Oktober).

len, weil wir zu fast allen diesen Fragen nach unserem Parteitag Anträge der sozialdemokratischen Fraktion bekommen werden.

Ich wollte das rein formal hier sagen. (*Unruhe.*) Wenn dies der Parteitagsbeschuß wird, dann wird die Bundestagsfraktion der CDU/CSU ihren Beschluß, in dieser Periode nichts einzubringen, in dieser Periode nichts zu unterstützen, die Prüfung der gemeinsamen Kommission der Regierung abzuwarten, nicht aufrechterhalten können.

Ich bitte Sie, bei diesem Punkt und bei anderen Punkten daran zu denken, daß wir ein Aktionsprogramm machen, während wir in der Periode noch soundso viel Themen und noch soundso viel Sitzungstage haben. Das wollte ich jetzt sagen, weil ich bei den Punkten nachher leider Gottes nicht mehr da sein kann.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Jetzt komme ich mit einem Anliegen. Ich habe den Staatspräsidenten von Niger, Hamani Diori⁷⁵, hier zu einer Besprechung. Ich habe aber noch eine Reihe von Punkten, zu denen ich etwas vorzuschlagen habe. Ich möchte Sie jetzt einmal ansprechen, ohne daß darüber endgültig formuliert wird. Ich möchte nur meine Gedanken und Bedenken dazu sagen. Sie können sich ja dann damit befassen. Ich habe keine andere Wahl. Ich muß zunächst in die Besprechung und nachher muß ich ein Essen geben. Das ist kein schönes Verfahren, aber ich sehe nicht recht, wie ich es anders machen könnte.

Zu Ziffer 24! Die Geschichte mit den Beamten ist mir nicht klar genug formuliert. Es könnte daraus der Schluß gezogen werden, als ob in Zukunft alle Beamten von den Parlamenten ausgeschlossen seien.

Dann kommt Ziffer 28. Die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks wird hier behandelt. In Rheinland-Pfalz tut sich ja einiges. Ich spreche nur Herrn Kohl dabei an. (*Kohl:* Ich würde es in diesem Fall weitergeben an Herrn Lemke!) Ich würde sagen, im Grundsatz ja, aber wir müssen uns die anderen Wege offenhalten. Den letzten Satz verstehe ich nicht ganz: „Eine mißbräuchliche Verwendung demoskopischer Daten ist zu verhindern.“

Ziffer 29. Da müßte es heißen: „der religiösen Verkündigung“. Ich würde nicht sagen: „ihre Verantwortung“, sondern „ihre Mitverantwortung für das Gemeinwohl“. Ich habe das eben mit Herrn von Weizsäcker schon besprochen.

Ziffer 30. Zweiter Absatz, Satz 2. Hier müssen mit den Worten „in ausreichender Zahl“ die Kinder gemeint sein und nicht die Eltern. Aber auch das reicht nicht aus. Sie können Bekenntnisschulen nur da errichten, wo einmal die Bekenntnisschule voll ausgebaut ist und wo daneben eine vollausgebaute Gemeinschaftsschule möglich ist. So geht es also nicht. Damit fallen wir nach meiner Meinung weit hinter das Erreichte zurück. Ich habe ein Gespräch mit Kardinal Bea⁷⁶ gehabt, demgegenüber hier das eine glatte Relation ist. (*Kohl:* Der Kardinal Bea sitzt auch weit weg in Rom.) Ich bitte sehr darum, das richtig zu formulieren. Wir haben ja Sachkundige unter uns.

75 Hamani Diori (1916–1989), 1960–1974 Staatspräsident des Niger.

76 Augustin Bea (1881–1968), katholischer Theologe; 1930–1949 Direktor des Päpstlichen Bibelinstituts in Rom, 1959 Kurienkardinal, 1960 Leiter des Päpstlichen Sekretariats für die Einigung der Christen, 1962 zum Bischof ernannt.

Ziffer 41. Den Satz „Die Gründung neuer und der Ausbau bestehender Hochschulen müssen bundeseinheitlich geplant werden“ dürfen Sie so nicht sagen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Da müssen Sie eine andere Formulierung finden. (*Kohl*: Gemeinschaftlich!) Ja, so muß es gesagt werden.

Ziffer 47. Im ersten Satz würde ich umstellen und sagen „zu achten und zu schützen“. Ob es gut ist, im Absatz 2 nur den Film hervorzuheben, weiß ich nicht. Das müssen Sie überlegen.

Ziffer 51. Selbständige Berufsausübung ist nicht die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Aber es kann stehenbleiben.

Ziffer 52. Hier habe ich ein wirkliches Bedenken, und zwar im zweitletzten Satz: „Die Leistungsfähigkeit der Klein- und Mittelunternehmen muß durch finanzielle Anreize zu einer modernen Unternehmensführung erhöht werden.“ Das muß anders formuliert werden. Was heißt „finanzieller Anreiz“? Zum Grundgedanken sage ich Ja, aber es muß anders ausgedrückt werden. Das „finanzielle“ muß weg. Wir kriegen Subventionsforderungen noch und noch.

Ziffer 54. Dort heißt es in der Mitte nach dem Semikolon: „Sie soll durch eine gemeinsame Finanzplanung die steigenden Sozialinvestitionen ermöglichen ...“ Wenn jetzt Franz Josef Strauß hier wäre, würde er an die Decke gehen und sagen: Das sind Zukunftsaufgaben. Warum denken Sie immer nur daran. (*Zuruf*: Das ist gemeint!) Dann sagen Sie klipp und klar, und formulieren Sie es so, daß kein Irrtum entstehen kann: „Sozialinvestitionen“ ist nicht klar genug. (*Stingl*: Er sagt doch selber Sozialinvestitionen.)

Ziffer 55. Hier wird von einem Zwei-Jahres-Haushalt gesprochen. Überlegen Sie das noch einmal.

Ziffer 64. Bei unserer Landwirtschaft hat es mich nicht gewundert, daß ein paar verborgene Rosinen in den Formulierungen sind. Hier heißt es: „Die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion in bäuerlichen Betrieben“. Ich will nur darauf hinweisen.

Ziffer 68. Hier ist ein ganz bedenklicher Satz: „Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft liegt im Vollerwerbsbetrieb.“ (*Lebhafte Unruhe*.) Einen Augenblick, meine Herren! Wenn Sie das sagen, dann bringen Sie in Baden-Württemberg die ganzen kleinen Bauern gegen Sie. Sie müssen das anders formulieren. Die Wahrheit ist es zwar, aber das können wir hier im Aktionsprogramm nicht so sagen. (*Sehr starke Unruhe*. – *Kraske*: In der Ziffer 66 wird von „Zu- und Nebenerwerbsbetrieben“ gesprochen.) Ja, aber die Leute lesen diesen Satz und sagen: Wir haben keine Zukunft mehr! – So können wir es also nicht sagen. Es stimmt auch nicht. (*Lücke*: Dann, den ganzen Absatz von 68 sollte man streichen! – *Unruhe*.)

Ziffer 72. Hier bin ich nicht Fachmann genug, aber der Herr Kollege Lücke ist ja hier. Nehmen Sie diese Ziffer kritisch unter die Lupe.

Ziffer 90. Es kann keine Rede davon sein, daß die Flüchtlinge aus der Sowjetzone und aus Berlin mit den Vertriebenen rechtlich gleichgestellt werden.⁷⁷ Wir haben eben

⁷⁷ „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG)“ vom 19. Mai 1953, BGBl 1953 I S. 201. Zu den Stellungnahmen zum Entwurf vgl. ACDP 07–004–108/1, –316/1 sowie ACDP Dokumentation 2/201/16–1.

eine andere Entscheidung gefällt im Kabinett. Wir haben mühselig genug den Kompromiß gefunden, an dem Herr von Hassel mit großer Mühe gearbeitet hat. Wir haben eben gesagt: Wir können das nur machen in Fällen des Existenzverlustes usw. Das ist die ganze Problematik. Deswegen können wir das so nicht als programmatische Formel lassen.

Ich schlage noch etwas anderes vor. Wir haben heute schon an diesem Tisch gehört, daß wir nicht darum herumkommen werden, unsere Verteidigungsanstrengungen so oder so zu vermehren. Wenn uns gesagt wurde, ihr macht nur 4 % für Verteidigungsanstrengungen, dann haben wir erwidert, was haben wir auch für Kriegsfolgelasten. Das nimmt uns heute niemand mehr ab. Deswegen haben wir so hart entschieden in der Frage der Kriegsopferversorgung. Aber Herr Filbinger stellt sich hin und macht: wie gehabt. (*Zuruf*: Das geht!) Nein, das geht eben nicht! Deswegen bitte ich Sie sehr darum, diese Formulierung nicht so zu wählen. Wir können für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung das nicht machen.

Ziffer 91. Das scheint ausgekämpft zu sein mit dem gesetzlichen Beteiligungslohn. (*Schmücker*: Ich weiß nicht, ob es ausgekämpft ist.) Ich weise darauf hin, daß die Mehrheit sich dafür entschieden hat. Man kann aber auch Gegengründe sagen.

Ziffer 94. Soll man unbedingt das weitere Privatisieren der öffentlichen Unternehmen vorsehen, wie es hier gefordert wird? (*Schmücker*: Eine schrittweise Privatisierung ist erst dann möglich, wenn die gesunden Unternehmen ... – *Sehr starke Unruhe*.) Nun komme ich zum Schlußwort.

Dort heißt es im letzten Satz: „Die deutsche Demokratie muß frei sein von Elementen totalitären Denkens und nationalistischer Ansprüche; bereit, sich ständig zu erneuern, soll sie offen sein für eine friedliche Zusammenarbeit mit allen Gesellschaften und Staaten. Dem dient dieses Programm.“ Mit allen Gesellschaften? (*Zuruf*: Völkern! – *Unruhe*.) Also, das sind meine Bedenken. Formuliert es so, daß es richtig ist!

Nichts ist schlimmer, als wenn nach zwei Jahren die Leute kommen und sagen: Die Versprechungen werden nicht gehalten. – Deswegen dürfen wir nichts sagen, was nicht gehalten werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich muß jetzt leider gehen. Ich bitte Sie, mich zu entschuldigen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, nun auch meinerseits dem Herrn Kollegen Heck für seine Mitarbeit im Kabinett herzlichst zu danken. Er hat es schwer gehabt im Kabinett; denn erstens ist sein Ministerium kein leichtes Ministerium, zweitens ist es in diese ganzen Schwierigkeiten hineingeraten wegen der Finanzplanung. Er hat diese Arbeit getan neben der sehr umfangreichen und belastenden Arbeit als Generalsekretär. Ich bin ihm dankbar dafür, daß er sich nun entschlossen hat, in Anbetracht der kommenden Bundestagswahl in diesen letzten ganz schweren Jahren sich voll und ganz seiner Aufgabe als Generalsekretär der CDU zu widmen. Wir alle werden ihn in dieser Arbeit kräftig unterstützen.

Ich habe mir über seinen Nachfolger schon meine Gedanken gemacht.⁷⁸ Es ist deswegen etwas mißlich, weil es ja für einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum gedacht ist. Ich möchte aber unsere heutigen Beratungen damit nicht belasten. Jedenfalls ist eines sicher, wir dürfen nicht nur an die Familien denken, sondern müssen auch an die technischen Dinge, die damit zusammenhängen, denken. Es ist auch ein Jugendministerium. Und ein Jugendministerium ist in der heutigen Zeit natürlich sehr wichtig; auch der Jugendminister oder die Jugendministerin – wer immer es sein soll – hat eine sehr wichtige und schwere Aufgabe. Also, nochmals herzlichen Dank, Herr Dr. Heck! (*Starker Beifall.*)

Heck: Meine Damen und Herren! Wir sind noch bei der Ziffer 23. (*Meyers:* Hier liegen zwei Probleme vor. Wir müssen sie trennen, nämlich einmal das Wahlrecht und einmal das Wahlalter, und zwar sollten wir hintereinander darüber sprechen und notfalls darüber abstimmen.) Es wird vorgeschlagen, daß wir zunächst das Wahlrecht zu Ende diskutieren und dann das Thema Wahlalter. – Zum Thema Wahlrecht hat das Wort Herr Klepsch.

Klepsch: Ich will aber auch zum Wahlalter etwas sagen! (*Sehr starke Unruhe und Widerspruch.*) Ich trete für die hier gewählte Formulierung in der Meinung ein, daß sie noch einen genügenden Spielraum bietet. Unter Mehrheitswahlrecht muß man nicht unbedingt nur das relative Mehrheitswahlrecht verstehen. Wenn wir sagen „relatives Mehrheitswahlrecht“, dann wäre die Sache völlig klar, wie es im Hamburger Programm ausgedrückt ist. Hier haben wir nur geschrieben „Mehrheitswahlrecht“.

Scheufelen: Wir haben bereits ein mehrheitsbildendes Wahlrecht in unseren Koalitionsvereinbarungen in Baden-Württemberg festgelegt. Wenn man das so liest, würde das dem, was wir haben wollen, widersprechen. (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.*)

Heck: Herr Scheufelen, wir haben die Fassung gewählt, „ein Mehrheitswahlrecht“ anstelle von „das Mehrheitswahlrecht“, weil wir unter „ein Mehrheitswahlrecht“ auch die mehrheitsbildende Form des Mehrheitswahlrechts verstanden wissen wollten.

Meyers: Herr Heck, Sie wissen aus vergangenen Jahren, daß ich für das Mehrheitswahlrecht bin. Ich frage aber, ist es sinnvoll, daß Sie jetzt diese Form, die bekannt ist, nochmals niederlegen, obwohl es in dieser Legislaturperiode nicht zu verwirklichen ist und die Gefahr besteht, daß wir dadurch eine Koalition gegen uns, nämlich SPD und FDP, zusammenschweißen?

Heck: Ich sehe diese Gefahr deswegen nicht, weil die Forderung nach dem Mehrheitswahlrecht bereits im Hamburger Programm steht. Wenn wir das jetzt herauslassen, dann müßte man daraus den Schluß ziehen, daß die CDU vom Mehrheitswahlrecht abgerückt ist. Das würde auf einem Parteitag mit Sicherheit nicht durchgehen. Ich glaube, daß die Fassung „ein Mehrheitswahlrecht“ im großen und ganzen das abdeckt. Wo es bei einer gewissen Partei Schwierigkeiten gibt, so bin ich davon überzeugt, daß sie sich darüber im klaren ist, daß für uns auch hier gilt, was Konrad Adenauer zu meinem Vor-

⁷⁸ Nachfolgerin Hecks wurde am 2. Oktober Aenne Brauksiepe, vgl. AdG 1968 S. 14223.

gänger im Amt, Herrn Wuermeling⁷⁹, sagte, als wir die absolute Mehrheit hatten, daß wir zwar das Mehrheitswahlrecht beschlossen hätten, aber nicht, daß wir uns hinter das Mehrheitswahlrecht stellen wollten. Es ist klar, was hier im Programm steht, hängt natürlich davon ab, ob man es verwirklichen kann oder nicht. – Zum Thema „18. Lebensjahr“ Herr von Hassel!

Von Hassel: Ich bedaure, daß der Herr Bundeskanzler nicht dargestellt hat, welche Auffassung er hier vertritt. Ich habe das Gefühl, daß er die Herabsetzung auf 18 Jahre nicht teilt. Das Programm ist geschrieben worden vor Jahresfrist, d. h. also in einem Augenblick, wo das Gespräch mit der jungen Generation gesucht wurde. Wir haben uns in Schleswig-Holstein mit dem Für und Wider der Herabsetzung des Wahlalters sehr eingehend beschäftigt. Bei dem Für und Wider ist es so, daß die Gründe gegen die Herabsetzung des Wahlalters weit überwiegen. Wir wollen die Sache hier nicht vertiefen, weil wir dann die einzelnen Gründe diskutieren müßten. Wir haben in einer Klausurtagung in Schleswig-Holstein abgestimmt. Es waren rund 100 Menschen aus der Partei beteiligt. Interessant ist, daß man überall bereit war, über eine Senkung des Wahlalters ernstlich zu sprechen, daß sich aber bei der Gegenüberstellung „21 oder 18 Jahre“ eine kräftige Mehrheit für 21 und gegen 18 ausgesprochen hat. Bei der Gegenüberstellung von „20 und 21 Jahre“ gab es eine ganz klare Mehrheit für 20 Jahre. Eine Ausnahme macht die Junge Union in Schleswig-Holstein und in Berlin, die für 18 Jahre eintritt, alle übrigen haben mit Mehrheit 18 Jahre verworfen und sich auf einen Kompromiß von 20 Jahren geeinigt.

Könnte man hier durch Abstimmung einmal feststellen lassen, ob man unter Umständen statt 18 Jahre nunmehr 20 Jahre nimmt?

Kohl: Ich möchte noch einmal nachdrücklich dafür plädieren, es bei den 18 Jahren zu belassen; oder wir ändern gar nichts. Das ist nämlich die Alternative. Wenn wir auf 20 Jahre gehen, dann geben wir, was Herr Dufhues schon gesagt hat, einem Trend nach. Ich habe diese Haltung schon eingenommen, als an die Studentenunruhen noch nicht zu denken war. (*Von Hassel:* Die Studentenunruhen waren im vorigen Sommer, als das Programm geschrieben wurde! – *Unruhe.*)

Heck: Herr von Hassel, das muß ich korrigieren. Die Sache ist bereits vor 1½ Jahren konzipiert worden. In der ersten Kommission, als die Sache vorgeschlagen wurde, gab es noch keine Studentenunruhen.

Kohl: Ich kann es Ihnen genau nach dem Datum sagen. Als die Sache in meiner Kommission entstanden ist, war von Studentenunruhe absolut noch keine Rede. Wir gehen immer wieder in die Gefahr – und das ist eben bei den Anregungen des Bundeskanzlers deutlich geworden –, ein Aktionsprogramm für die siebziger Jahre zu machen, aber wir reden dauernd von Wahlprogrammen, das doch etwas anderes ist. Es ist selbstverständlich, daß das Aktionsprogramm, wenn es Ende dieses Jahres verabschiedet wird, einen Bezug haben muß auf die nächste Bundestagswahl. Aber es läßt sich über-

79 Dr. Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), Jurist; 1947–1951 MdL Rheinland-Pfalz (CDU), 1949–1969 MdB, 1953–1962 Bundesminister für Familienfragen (seit 1957 für Familien- und Jugendfragen). Vgl. LEXIKON S. 407f.

haupt nicht widerlegen, daß die Gesamtentwicklung des jungen Menschen in dieser modernen Massengesellschaft einen anderen Trend hat, der heute im Wahlrecht steht, der seinen Ausdruck gefunden hat zu Ende des 19. Jahrhunderts, was das Wahlalter betrifft. Es läßt sich die Tatsache nicht vom Tisch wegwischen, daß das Alter der Frauen bei Eheschließungen in der Bundesrepublik im Jahre 1967 bereits unter 21 Jahren lag. (*Schwarzhaupt*: Das Durchschnittsalter lag bei 23 Jahren! – *Unruhe*.) Das Durchschnittsalter der Frauen bei Eheschließungen lag unter 21 Jahren, und zwar laut Statistischem Bundesamt.⁸⁰

Es läßt sich weiter nicht leugnen, daß wir in unserem Ausbildungsbild überaltert sind, was die Altersgruppierung betrifft. Bei uns werden die Leute auf der Schulbank in einer Weise zurückgehalten – ich spreche auch von der Universität –, daß jemand mit 25 Jahren immer noch nicht auf eigenen Füßen steht. Wir gehen immer davon aus, daß einer mit 19 Jahren Pennäler sein muß. Das gibt es in keinem anderen Lande der Welt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gehen ganz eindeutig in dieser Entwicklung.

Ich gebe wohl zu bedenken, was Herr Dufhues hinsichtlich der Volljährigkeit gesagt hat. Das muß hier ernsthaft erwogen werden, obwohl ich auch da der Meinung bin, daß es bei dem Trend der Entwicklung mit Sicherheit in diese Richtung laufen wird.

Sie können natürlich heute abstimmen und die „18 Jahre“ streichen. Aber der Parteitag wird – dafür gebe ich Ihnen Brief und Siegel – auf „18 Jahre“ gehen. Das zeigen die Eingaben der Landesverbände, das zeigt auch die Stimmung draußen. Das hat nichts mit einem Trend gegenüber den Jungen zu tun. Parteipolitisch stimmt es einfach nicht, daß hier ein Bruch vorliegt zwischen 18 und 21 Jahren. Im übrigen halte ich das auch nicht für ein Argument. Wie die CDU gewählt wird in den siebziger Jahren, das hängt von ganz anderen Imponderabilien ab als vom Wahlalter. (*Zuruf*: Warum wollen Sie es denn ändern? – *Unruhe*.) Wenn wir eine entsprechende Politik machen, werden wir entweder gewählt oder nicht gewählt.

Wir können natürlich jetzt darüber einmal abstimmen. Dafür sind wir im Parteivorstand. Ich kündige nur jetzt schon an, wenn es niemand anders tut, wird der Landesverband Rheinland-Pfalz – wir haben einen einstimmigen Beschluß in dieser Sache in unserer zuständigen Landesausschußsitzung gefaßt – einen entsprechenden Antrag stellen. Ich weiß auch, daß die Junge Union das sicher tun wird. Diese Frage würde also sehr lebendige Debatten bringen.

Wir haben schon in einem anderen Zusammenhang von Taktik geredet. Ich warne davor, hier die Taktik völlig außer acht zu lassen. Wenn Sie jetzt ein Wahlprogramm und ein Aktionsprogramm psychologisch in ein „Paket“ bringen – was durchaus legitim ist –, dann müssen Sie auch sehen, daß Sie an diesem Punkt eine gewisse Auswirkung haben. Die Reaktion bei vielen unserer Parteifreunde – das ist mein Eindruck – zu der Frage der 18 Jahre ist halt doch ein bißchen von den Studentenkrawallen beeindruckt. Mein Eindruck vor den Studentenkrawallen bei einer Reihe von Freunden in Führungs-

⁸⁰ Das durchschnittliche Heiratsalter bei Frauen stieg sukzessive an und lag im Jahre 1967 bei 25,3 Jahren, vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1969 S. 47.

funktionen war der, daß diese zunächst positiver waren als danach. Das scheint mir an sich kein Argument zu sein, sondern das war ein bestimmter Zustand in einer kleinen Gruppe an den Universitäten, der keineswegs identisch ist mit der gesamten jungen Generation. Deshalb bitte ich noch einmal, es bei den 18 Jahren zu belassen.

Kraske: Ich bin entschieden für die 18 Jahre und würde auch sagen, daß der Bundesvorstand in dieser Frage das Recht hat, darüber abzustimmen; aber nachdem sich aus den Eingängen der Landesverbände und Kreisverbände ein ganz klares Mehrheitsbild zugunsten der 18 Jahre ergibt, würde ich jetzt nicht davon heruntergehen, um uns nicht in den nächsten vier Wochen in Schlagzeilen um die Ohren hauen zu lassen, der CDU-Bundesvorstand sei eben doch nicht so modern, wie man das in den letzten Wochen gehofft hätte. Das fände ich also taktisch nicht sehr günstig. (*Von Hassel:* Hier spricht der Vater einer heranwachsenden Tochter! – *Heiterkeit.*) Man muß kein großer Prophet sein, um voraussagen zu können, daß spätestens in 20 Jahren, ob wir wollen oder nicht, das Wahlrecht überall 18 Jahre vorsieht. (*Starke Unruhe.*) Daß die CDU nun alle zwei Jahre ein kleines Schnippelchen weitergehen und immer wieder ihr Programm ändern soll, 20, dann 19½, dann 18, (*Anhaltende Unruhe.* – *Heck:* Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten. Bei dieser Unruhe ist ja keine Verhandlung möglich.) das ist doch die schlechteste Lösung. Bei einer Abstimmung zwischen 20 und 21 würde ich mich allerdings dafür aussprechen, es bei 21 zu belassen. Das bringt uns politisch überhaupt nichts ein. Es gibt in der Sache überhaupt keinen Grund, ein Jahr herunterzugehen. Dann fällt z. B. das ganze Wehrpflichtargument weg. Dann sollten wir klar sagen: Wir sind konservativ und bleiben bei 21 Jahren. Wir haben Angst vor Stimmenveränderungen.

Klepsch: Ich möchte Herrn von Hassel in allen Argumenten widersprechen. Die Forderung, das Wahlalter auf 18 Jahre herabzusetzen, ist von der Jungen Union im Jahre 1964 in ihrem jugendpolitischen Programm erhoben worden. Das wurde auch den Parteinstanzen zugeleitet. Wir haben uns auch in der Fraktion darüber unterhalten. Natürlich, Herr Dufhues, die Partei hat es nicht übernommen, aber es ist nicht so, daß diese Forderung aus dem vergangen Sommer herrührt. (*Von Hassel:* Das habe ich der Jungen Union auch nicht vorgehalten. – *Unruhe.*) Ich muß die Darstellung von Herrn Kohl unterstützen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Es ist richtig, daß sich Schleswig-Holstein auf 20 Jahre geeinigt hat, aber die anderen norddeutschen Landesverbände haben es nicht getan.

Auf dem Parteitag von Berlin hat das nicht die Junge Union beschlossen, sondern der Landesparteitag der CDU von Berlin. Wenn ein Berliner Vertreter bei diesem Gespräch war und sich anders geäußert hat, so war er dazu bestimmt nicht bevollmächtigt. Dasselbe gilt für den Landesverband Hamburg und für den Landesverband Hannover. (*Schmücker:* Dann sagen Sie etwas Falsches! – *Starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren, ich darf nochmals um Ruhe bitten. – Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Ich sage das für die Landesparteien, die dort ihre Beschlüsse gefaßt haben. Ich sage das nur, damit nicht der Eindruck entsteht, alle norddeutschen Verbände hätten

sich auf 20 Jahre festgelegt. In Bremen ist es genauso, dort hat man auf dem Parteitag 18 Jahre beschlossen. (*Zuruf*: Der Jungen Union!) Nein, nicht der Jungen Union, sondern der Landesparteitag der CDU. (*Anhaltende starke Unruhe*.)

Heck: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten!

Klepsch: Was immer auch der Bundesvorstand jetzt beschließt, diese 18 Jahre sind durch die zwei Entwürfe in der Welt. Diese Beschlüsse der Landesparteitage liegen vor. Ich bin nicht in der Lage, politisch selbständig für die Junge Union zu handeln. Wir haben in acht Tagen Deutschlandtag der Jungen Union.⁸¹ Wenn der Bundesvorstand heute 20 Jahre beschließen sollte, dann wird das das Thema des Deutschlandtages sein mit allen Prügeln für den Bundesvorstand. (*Sehr starke Unruhe*. – *Dufhues*: Das ist aber kein Argument! – *Zuruf*: Prügel waren noch nie ein Argument.)

Heck: Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten!

Klepsch: Es gibt dann vor dem Parteitag eine erhebliche Kontroverse über diese Frage und auf dem Parteitag eine große Auseinandersetzung. Für die 20 Jahre kann ich mich deshalb nicht erwärmen, weil ich all das teile, was Herr Kraske und Herr Kohl gesagt haben. (*Anhaltende Unruhe*.)

Heck: Meine Herren! Ich möchte versuchen, die Diskussion abzukürzen; denn die Argumente pro und contra werden nicht überzeugen. (*Klepsch*: Die Frage der Volljährigkeit ist bei uns noch nicht abgeschlossen. Die übernehmen die Formel, wie sie hier steht. Hier sollte man sorgfältige Untersuchungen anstellen. – *Unruhe*.) Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, daß der Bundesvorstand beschließt, daß es so bleibt, oder die Möglichkeit, daß der Bundesvorstand beschließt, daß es gestrichen wird. Dann haben wir aber eine ziemlich kräftige Diskussion, die – wie ich es einschätze – für uns nicht sonderlich förderlich ist. Auf der anderen Seite stelle ich fest, daß hier im Bundesvorstand die Meinungen ausgesprochen kontrovers sind, so daß man den Bundesvorstand hier nicht bindend auf die Vorlage festlegen kann. Ich bin der Meinung, wir werden auf dem Parteitag auf alle Fälle eine Debatte bekommen. (*Starke Unruhe*.) Der richtige Weg, den wir zu gehen hätten, wäre vielleicht der, daß wir sagen: In diesem Punkt sind die Vorstandsmitglieder nicht an die Vorlage gebunden für das, was sie auf dem Parteitag vertreten. (*Dufhues*: An welche Vorlage?) An diese hier. (*Starke Unruhe*.) Ich halte es für viel besser, die Vorlage geht so weiter, auch für den Fall, daß sich eine Mehrheit gegen 18 Jahre auf dem Parteitag ergibt, als daß wir jetzt eine Resolution dagegen machen, aber auf dem Parteitag durch Antrag dann die Geschichte wiederhergestellt wird. (*Anhaltende starke Unruhe*.) Es ist meine Meinung, daß das für die Partei der bessere Weg ist. Wenn hier den Bundesvorstandsmitgliedern, die anderer Auffassung sind, als es in der Ziffer 23 zum Ausdruck kommt, der Weg freigegeben wird, ihre

81 4.–6. Oktober 1968 in Ludwigshafen. Die JU-Landesverbände Bremen und Hessen beantragten, das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre und das passive Wahlalter auf 23 Jahre herabzusetzen. Die Forderungen wurden als Punkt Nr. 7 in die Beschlußfassung übernommen, vgl. Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands (Hg.): Beschlüsse des Deutschlandtages 1968 der Jungen Union Deutschlands. Bonn o. J.

Auffassung auf dem Parteitag zu vertreten, wäre das, so meine ich, der Weg, den man beschreiten sollte.

Fay: Wir sollten uns unsere Stellungnahme freilassen, damit wir auf dem Parteitag so tun können, als ob. Ein Zurückgehen auf 20 oder 21 Jahre würde einen ganz schweren Schaden in der Öffentlichkeit anrichten; denn wir liegen praktisch durch die bisherigen Vorgänge schon fest.

Zur Sache selbst möchte ich noch folgendes sagen. Es klang durch die Ausführungen von Herrn Dufhues an, daß man den jungen Leuten zwischen 18 und 21 Jahren noch nicht die volle Reife, politische Dinge zu beurteilen, zubilligen dürfe. Herr Dufhues, Sie kennen wahrscheinlich genügend Jugendliche aus dieser Altersklasse, die sich sehr intensiv mit Politik beschäftigen. Ob die Erkenntnisse ihrer Beschäftigung uns gefallen, das ist eine andere Frage. Aber ernsthaft wird sich mit den Problemen beschäftigt. Ich habe nur wenig alte Leute gefunden, die sich so intensiv mit politischen Fragen beschäftigen, wie es diese Altersgruppe tut. (*Kohl:* Sehr gut!) Ich kann es nicht gelten lassen, daß diese Altersgruppe wesentlich weniger Entscheidungsbefugnisse haben soll als die Alten.

Noch ein letztes Argument! Ich betrachte die Angehörigkeit zu meiner Kirche als eine sehr interessante und gravierende Sache. Vom 12. Lebensjahr an können die Eltern über meine Religionszugehörigkeit ohne meine Zustimmung nicht mehr entscheiden. Ab 14. Lebensjahr entscheidet jedes Kind allein über diese für uns christliche Politiker so gravierende Frage. Deshalb sehe ich nicht ein, warum ein 18jähriger im politischen Leben das nicht auch tun kann. (*Anhaltende Unruhe.*)

Schmücker: Ich möchte darauf hinweisen, daß es ab 16. Lebensjahr bestimmte Dinge gibt, die in meine Zuständigkeit übergehen. Hier handelt es sich aber darum, ... (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! Man kann ja so nicht weiterverhandeln.

Schmücker: Solange ein Mensch nicht in der Lage ist, über sich selber voll zu verfügen – das ist er vor der Volljährigkeit nicht –, kann ich nicht erkennen, wieso er das Recht haben soll, über andere zu bestimmen. Das ist meine Überlegung. Die mag falsch sein, aber ich lasse mich von dieser Überlegung nicht so leicht abbringen.

Dem Kollegen Klepsch möchte ich sagen, es gibt eine Vereinbarung der Norddeutschen in einer gemeinsamen Vorlage. (*Starke Unruhe.*) Deshalb steht auf der Einladung der Bundesgeschäftsstelle bei meinem Landesverband „0“, weil wir uns auf eine gemeinsame Vorlage geeinigt haben. Wenn vorher von der Geschäftsstelle in Hannover etwas gekommen ist, (*Zurufe:* Hinterher!) dann mag das bürokratisch richtig sein, in den zuständigen Gremien, zu denen ich gehöre, ist das nicht geschehen.

Scheufelen: Wie ich höre, hat sich die Mehrheit der Landesverbände für die 18 Jahre ausgesprochen. Wir können uns im Bundesvorstand zwar dazu äußern, aber wir müssen uns dann darüber im klaren sein, daß das, was die Landesverbände ausgesprochen haben, auch zu respektieren ist.

Gradl: Die Aussprache in Soltau am 2. Juli zu diesem Punkt ist genauso verlaufen wie die Aussprache hier in der Bundesvorstandssitzung. Es ist von mir kein Hehl daraus gemacht worden, daß der Landesverband Berlin das in einem Parteitagbeschuß festgelegt hat. Ich halte es mit Bruno Heck in dieser Sache. Es gibt einen Vorschlag der Programmkommission, der auf dem ersten Entwurf und auf den Stellungnahmen beruht, die inzwischen eingegangen sind.

Man kann dieser oder jener Ansicht sein, aber wir sollten nicht eine Änderung in dem Entwurf vornehmen, von der wir wissen, daß sie in der heutigen Situation gegen die klare Mehrheit der Meinung der Landesverbände ist.

Dies könnte uns mit Recht den Vorwurf des undemokratischen Verhaltens einbringen.

1. Es ist sicher, daß auf dem Parteitag darüber diskutiert wird, weil es Gegner in dieser Sache gibt. 2. Es ist nicht sicher, wie die Delegierten befinden werden. Auch wenn ihre Verbände bereits beschlossen haben, so ist ja jeder Delegierte in seiner Entscheidung frei. 3. Es ist hier eine Verbindung hergestellt zwischen dem aktiven Wahlrecht und der Volljährigkeit, die ihre besondere Problematik hat. Ich empfehle also, es so zu lassen, wie es hier steht.

Lemke: Die EMNID-Umfrage der Bundesregierung vom 31. Mai 1968 hat ergeben, daß 51 % dagegen und 37 % dafür sind.⁸² In der Weimarer Republik waren auch 20 Jahre vorgesehen. In allen demokratischen Staaten des Westens mit einer Ausnahme, ich habe vergessen, wer es ist, wird mit 21 Jahren gewählt. Das muß auch berücksichtigt werden. Ich möchte deshalb darum bitten, daß wir darüber abstimmen.

Kraske: Darf ich vor der Abstimmung noch einmal eine taktische Bemerkung machen? Herr Lemke, wenn der Parteitag, wie Sie offenbar unterstellen, mit Mehrheit für 20 oder 21 Jahre votiert, dann ist das eine klare Entscheidung. Es gibt sicher, wenn wir heute 18 Jahre passieren lassen, einen Antrag für 20 oder für 21 Jahre. Dann werden wir das ja feststellen.

Ich kann Ihnen nur sagen, nach den uns vorliegenden Unterlagen über die Diskussionen in den Landesverbänden ist es wahrscheinlicher, daß eine Parteitagsabstimmung bei 18 Jahren enden wird. Und wenn das so ist, wollen wir denn dann die CDU für sechs Wochen in eine taktisch ganz zweifellos schlechte Situation bringen? Dann nützt eine Umentscheidung auf dem Parteitag relativ wenig. Mit Ihrer EMNID-Umfrage mögen sie sicher recht haben, aber das gilt für eine Fülle von anderen Punkten auch. Wir haben ja eigentlich bei diesem Programm und bei unserer Politik in mancher Beziehung das Bedürfnis, auch da etwas aufzuholen, wo wir bisher so ein bißchen als rückständig gelten. Und das ist doch u. a. in der jungen Generation so.

Von Weizsäcker: Der Bundesvorstand muß einerseits das Programm verabschieden, aber andererseits kann doch seinen Mitgliedern nicht verwehrt sein, auf dem Parteitag Meinungen als Einzelperson zu vertreten. Wenn das so ist, sollten wir uns nicht länger

82 Vgl. Allensbacher Berichte: „Wahlalter soll bei 21 bleiben. FDP-Anhänger mit der Parteispitze uneins“ (Oktober 1968). Danach hätten sich nur 38% für eine Herabsetzung des Wahlalters ausgesprochen. Vgl. auch dpa vom 27. Oktober 1968.

mit dieser Frage beschäftigen, die ja im Vergleich zu anderen ungeheuer wichtigen Fragen nicht diese Bedeutung hat.

Heck: Ich teile diese Auffassung. Herr Lemke, ich bitte Sie, sich einmal vorzustellen, wir würden – ich weiß nicht, wie die Abstimmung hier ausgeht – das eliminieren. Dann kommt das mit Sicherheit als Antrag auf den Parteitag. Soweit wir aus den Beratungen entnehmen können, wird es in der Partei eine klare Mehrheit dafür geben. Überlegen Sie sich das bitte. Wenn wir jetzt diesen Artikel hier streichen, wird die Presse in den nächsten Tagen uns attackieren, und auf dem Parteitag kommt es anders. (*Lemke:* Ist das denn alles so schlimm?) Das ist natürlich nicht schlimm, Herr Lemke, ich bin nur der Meinung, wir sollten alles vermeiden, was uns abträglich sein könnte. Wenn Sie aber darauf bestehen, daß abgestimmt wird, dann wird eben abgestimmt.

Meyers: Ich schlage vor, daß wir nicht abstimmen. Wir sollten das bestehende Positivum jetzt nicht in der Zeit bis zum Parteitag in ein Negativum verwandeln, um dann der Presse wieder Gelegenheit zu geben, auf dem Parteitag zu schreiben, die CDU-Führung ist offenbar anderer Ansicht als die Gefolgschaft. Deshalb schlage ich vor, lassen wir diese Vorlage so laufen und stellen wir es jedem frei, wie er sich auf dem Parteitag dazu verhält.

Schmücker: Ich möchte das unterstützen und dringend darum bitten, daß jeder Zungenschlag unterbleibt, daß derjenige, der anderer Meinung ist, rückständig sei. Es soll stehenbleiben, aber ich möchte doch bitten, daß diese etwas sehr demagogische Bemerkung und Wertung hier doch unterbleibt.

Von Hassel: Es könnte doch bei der Berichterstattung vor dem Parteitag eine etwas eingehendere Darstellung mit pro und contra gegeben werden. Wir haben uns unsere Meinung gebildet. Sie ist sicher geteilt. Wenn Sie jetzt abstimmen würden, wird sich vielleicht eine kleine Mehrheit für die Vorlage ergeben. Deshalb die Bitte, machen wir es so, wie vorgeschlagen, aber berichten Sie vor dem Plenum des Parteitags eingehend darüber.

Heck: Es ist der Antrag von Herrn Lemke gestellt, darüber abzustimmen. (*Lemke:* Wird zurückgezogen! – *Sehr starke Unruhe.*)

Kraske: Ich möchte nur eines richtigstellen, Herr Schmücker. Ich habe weder Ihnen noch irgend sonst jemand vorgeworfen, er sei rückständig, sondern ich habe gesagt, daß die CDU gerade in der jungen Generation bisher gelegentlich den Anschein des etwas Rückständigen gehabt habe.

Ich glaube, dies ist eine Meinung, der man nicht widersprechen kann, und daß uns manches daran liegt, diesen Eindruck aufzubessern. Das war alles. (*Schmücker:* Gut, in Ordnung!)

Heck: Es ist noch über den Klammersatz in der Ziffer 23 zu entscheiden. Frau Schwarzhaupt hat beantragt, diesen Satz nicht zu streichen. (*Schwarzhaupt:* Er soll bleiben und die Klammerzeichen gestrichen werden.) Darüber lasse ich abstimmen. Wer dafür ist, daß dieser Satz entsprechend dem Antrag von Frau Schwarzhaupt bleibt und die Klammerzeichen gestrichen werden, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist für die Streichung dieses Satzes? – Das ist die klare Mehrheit.

Schwarzhaupt: Ich bitte, daß bei dem Bericht über die Altersfrage auch etwas darüber gesagt wird, daß die CDU gewissermaßen als Partei eine Zusage gibt, daß sie darauf hinwirkt, daß für den Fall einer Änderung des Wahlrechts Einfluß darauf genommen wird, daß nicht Minderheiten und Gruppen mit geringeren Chancen, wie etwa die Frauen, unter den Tisch fallen.

Heck: Einverstanden!

Wir kommen zur Ziffer 24: „Die Arbeitsfähigkeit der Parlamente muß gestärkt, die Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten müssen verbessert werden. Um Legislative und Exekutive klar voneinander zu trennen, muß die Zugehörigkeit von Beamten, einschließlich der Wahlbeamten, zu den Volksvertretungen in Bund und Ländern entsprechend geregelt werden.“

Hierzu hat der Herr Bundeskanzler gesagt, daß das, was über die Wählbarkeit der Beamten gesagt wird, nicht klar genug sei. Wir sollten uns das überlegen. (*Lemke:* Ich würde darum bitten, den zweiten Satz zu streichen!) Herr Lemke hat beantragt, den zweiten Satz zu streichen.

Kohl: Der Satz ist nicht schön und auch nicht klar formuliert; das ist ein Einwand, den der Bundeskanzler zu Recht gemacht hat. Aber die Trennung, die hier ausgesprochen wird, scheint mit notwendig zu sein. Wir haben darüber lange in den Kommissionen diskutiert. Es ist doch ganz eindeutig, daß wir heute im Sinne einer repräsentativen Demokratie eine unglückliche Entwicklung haben.

Denken Sie an den Bundestag. Dort gibt es reine Beamtenausschüsse, und zwar mit entsprechenden Konsequenzen, insbesondere auf das Besoldungsrecht bezogen und auch auf anderen Gebieten. Da steckt eine enorme Gefahr für die Entwicklung der repräsentativen Demokratie drin. Ich bezweifle, ob es sich die CDU leisten kann, an diesem Problem, das sehr heftig in der Öffentlichkeit diskutiert wird, vorbeizugehen.

Es ist eine ungemein schwierige Frage. Ich bin mir auch darüber im klaren, daß diese Formulierung hier nicht ganz eindeutig ist, denn wenn danach kein aktiver Landrat, kein aktiver Bürgermeister mehr im Landtag sitzt – oder im Bundestag, wenn eine bundesgesetzliche Regelung kommt –, dann ist das nur ein winziger Teilausschnitt dieses Problems. Wenn ein Landtag zu 60 % aus Beamten im Ruhestand besteht, ist das für die Gesetzgebung und für die repräsentative Demokratie mindestens eine solche Gefahr, als wenn der gleiche Landtag aus aktiven Beamten besteht. Ich bin also nicht dafür, daß wir das ersatzlos streichen. (*Lemke:* Ist es denn nicht Aufgabe der Partei, die die Kandidaten aufstellt?) Natürlich haben Sie völlig recht, Herr Lemke, daß das die Aufgabe der Partei ist, aber dieses Programm richtet sich auch an die CDU. Das soll doch ein Maßstab sein für unser eigenes Tun. Sie wissen als Parteivorsitzender so gut wie ich, daß Sie von Kandidatenaufstellung zu Kandidatenaufstellung den Trend zu einer zunehmenden Verbeamtung haben, und zwar entscheidend unterstützt durch die jetzige Regelung in der Altersversorgung der deutschen Parlamente, vorab des Bundestags.

Die Tatsache, daß jemand praktisch zweimal Ruhestandsbezüge erwerben kann aus einer öffentlichen Kasse, wie wir das jetzt in der Bundestagsregelung haben, führt doch

praktisch zu einem erhöhten Anreiz bei Beamten, in den Ruhestand zu gehen, dann in den Bundestag einzuziehen und eine doppelte Versorgung zu bekommen. (*Lemke: Wir haben keine 10 % Beamte. – Lebhaftige Unruhe.*)

Heck: Meine Herren, darf ich um Ruhe bitten! Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Für mich selbst ist das das geringste Problem, weil wir bisher die Möglichkeit hatten, das zu reduzieren, aber die Statistik über die deutschen Landtage und den Deutschen Bundestag zeigt doch, daß hier eine Gruppe überrepräsentiert [ist]. Man kann natürlich sagen, jeder Berufsstand muß vertreten sein. Aber das ist ganz großer Blödsinn. Mit den Beamten ist es doch auffällig. Es ist übrigens eine Frage gerade des jüngeren Nachwuchses. Das muß man doch sehen. Es ist doch auffällig, daß in einem erstaunlichen Umfange der Nachwuchs aus der jungen Generation, und zwar ausschließlich aus irgendwelchen Beamtengraden kommt und daß weite Bereiche der freien Berufe – ich nenne nur ein Beispiel – immer mehr zurückgehen. Das ist doch eine Entwicklung, die sehr bedenklich ist.

*Lücke: Dann darf man das aber nicht so begründen! Die Legislative und die Exekutive hängen in ihrer Funktionsfähigkeit nicht davon ab, ob Beamte im Parlament sind oder nicht. Man muß hier um der Objektivität willen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes sprechen. (*Starke Unruhe.*) Das Problem betrifft die Angestellten, die auch nach einer kurzen Zeit 75 % Pension bekommen. Dasselbe trifft voll zu für Gewerkschaftsfunktionäre und für andere Funktionäre aus den Betriebsgruppen. Wenn man die Kandidatenaufstellung verfolgt, stellt man immer mehr fest, daß man nicht bereit ist, in den Bundestag zu gehen wegen verschiedener wirtschaftlicher Probleme. So kam es dann, daß Beamte genommen wurden. (*Sehr starke Unruhe.*)*

Heck: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten!

Fay: Was hier angesprochen ist in diesem Satz, ist das Problem der Inkompatibilität. Es wird davon gesprochen, daß Legislative und Exekutive getrennt werden sollen. Bei aller Problematik dieses Gespräches stimme ich dem Gedanken, der hier ausgesprochen ist, zu. Was Herr Kohl angesprochen hat, ist ein völlig anderes Problem; denn gerade die Folge, daß man die Inkompatibilität bejaht, macht es möglich, daß der Beamte in den einstweiligen Wartestand versetzt wird, aber im Parlament sitzt. Es kann also bei einem einstweiligen Wartestandsbeamten gar nicht dieser Zwist zwischen Legislative und Exekutive mehr entstehen. Was er meint, ist ein soziales Problem, ein politisches Problem, daß unsere Parlamente mit Ex-Beamten besetzt sind.

Dieses Problem, Herr Kohl, können Sie nur lösen, wenn Sie das Grundgesetz ändern; denn jeder Deutsche hat das Recht, gewählt zu werden, wenn er nicht vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen ist. Diese Einengungen sind ja im Grundgesetz zugelassen, soweit sie die Inkompatibilität betreffen. Wenn die Inkompatibilität gegeben ist, dann kann ich dem Beamten nicht das Recht nehmen, daß er im Parlament sitzt. Also, Sie müßten schon das Grundgesetz ändern. Ich glaube aber, so weit wollen wir in unserem Aktionsprogramm nicht gehen.

*Scheufelen: Das hört sich alles gut und schön an, aber wenn man es vollständig machen wollte, dann müßte man auch „Länder und Kreise“ sagen. (*Kohl: Natürlich!*) Dort*

haben wir die Bürgermeisterparlamente. Wenn ich mir die Praxis ansehe, so frage ich mich, wen schicken wir heute in die Landtage? Die Bürgermeister! Warum ist das so? Weil sie gewählt werden. (*Lücke*: Die sind bei Ihnen hauptamtlich. Bei uns ist es anders!) Wie kommen wir zu unserem Nachwuchs für Bundeskandidaten? Das sind meistens Leute aus der Jungen Union, die in irgendwelchen Ministerien sitzen und persönliche Referenten der Minister werden usw. Sie bekommen aus dieser Position natürlich eine politische Schulung. (*Kohl*: Es könnte ja auch einmal sein, daß jemand aus einem Unternehmen herausgeschickt wird. – *Unruhe*.) Wir sind damit im Vergleich zu der SPD in einer sehr viel schlechteren Position hinsichtlich der Absicherung usw., und zwar durch die enge Verbindung der SPD mit dem DGB. Wir wollen aber auch nicht von Gewerkschaften oder von Wirtschaftsverbänden abhängen. (*Starke Unruhe*.)

Heck: Ich glaube, das Für und Wider ist ausreichend erörtert. Es ist ein Antrag gestellt, über den entschieden werden muß. Wer dem Antrag von Herrn Lemke zustimmen möchte, daß der zweite Satz gestrichen werden soll, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind sechs! Die Gegenprobe! – Das sind sieben. Der Antrag ist abgelehnt. Der Satz bleibt.

Wird das Wort noch gewünscht? (*Meyers*: Ich würde sagen, „Angehörige des öffentlichen Dienstes“.) Gut! Das wird neu formuliert.

Wir kommen zur Ziffer 25: „Um die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und zu stärken, müssen in Organisation wie Gebietszuschnitt leistungsfähige kommunale Einheiten geschaffen und eine ausreichende kommunale Finanzausstattung und -autonomie gesichert werden. Die Zahl der Verwaltungsebenen ist zu verringern, das ehrenamtliche Element in der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken.“

Meyers: Nachdem die Gesetzgebung angesprochen worden ist, muß jetzt logischerweise die Verwaltung angesprochen werden. Das müßte in der Weise geschehen, daß die Ziffer 27 nunmehr Ziffer 25 würde. Dann müßte als nächstes die Ziffer 26 folgen, nämlich die kommunale Selbstverwaltung. (*Zuruf*: 25!) Ja, die alte Ziffer 25. Der Satz „Die Zahl der Verwaltungsebenen ist zu verringern“ ist an sich keine Sache, die in die kommunale Ebene allein gehört, sondern das betrifft auch noch andere Fragen. Ich kann Ihnen aber keinen besseren Vorschlag machen, wenn ich die alte Ziffer 27 nicht ganz umgestalten will, als zu sagen, lassen wir es dann ruhig stehen.

Heck: Ich meine, wir sollten dem folgen. Es wird also die Ziffer 27 nunmehr die Ziffer 25, die Ziffer 25 wird die Ziffer 26 und die Ziffer 26 wird die Ziffer 27. Wird sonst zur Ziffer 25 das Wort gewünscht? – Herr Filbinger.

Filbinger: Was ist unter dem Satz „Die Zahl der Verwaltungsebenen ist zu verringern, das ehrenamtliche Element in der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken“ zu verstehen?

Meyers: Das ist die Frage, die uns beschäftigen muß, weil es in Europa mit Ausnahme von Frankreich in allen Ländern diese drei Verwaltungsebenen gibt. Wir haben aber in Nordrhein-Westfalen, wenn Sie eine Milchmädchenrechnung aufmachen, zehn. Darüber kommt der Bund und dann auch noch Europa. Wenn Sie ein solches Verwaltungsdickicht mit nach Europa schleppen, dann sind wir schon allein durch den organisatori-

schen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland im Vollzug Europas behindert. Die anderen haben schon Entscheidungen gefällt, während wir noch unten ausschreiben. (*Heiterkeit.*) Darum wollen wir, daß in den Ländern die Verwaltungsebenen vermindert werden, nicht nur auf dem kommunalen Sektor. Umgekehrt soll aber bei dieser Verminderung das ehrenamtliche Element nicht eliminiert werden, weil die Gefahr besteht, daß die vielen Hunderttausende, die ehrenamtlich tätig sind, herausgesetzt werden, womit ein wesentlicher Bestandteil unserer Mitverwaltung nicht mehr mittut. Sie werden also damit von der Mitarbeit am Staate ausgeschlossen.

Filbinger: Zum Satz 1! Ich bin einverstanden mit leistungsfähigen kommunalen Einheiten usw., aber wenn es an den Gebietszuschnitt und an die Zahl der Verwaltungsebenen geht, dann wird wahrscheinlich auch, Herr Kollege Meyers, die Größe der Gemeinden angesprochen. Und hier stock' ich schon, und zwar sehr deutlich; denn ich bekenne mich ganz offen als Skeptiker hinsichtlich der rein quantitativen Bewertung von Gemeinden. Die Bestrebungen, man solle Gemeinden schaffen, die nicht unter 3.000 Einwohner haben, sind meines Erachtens nicht zu unterstützen. Es gibt Fälle, wo man durch Zusammenlegung die Dinge besser macht, aber dieses Modell vom rein Quantitativen ist noch kein Ideal. Man sollte das nicht als Ziel unserer kommunalpolitischen Arbeit hinstellen.

Ich würde also empfehlen, daß wir das, was wir gemeinsam wollen, herausstellen, aber daß es dort, wo es problematisch wird, gestrichen wird.

Ich bin erst später gekommen. Ich hatte den Brosio⁸³ heute in Stuttgart. Ich bitte um Vergebung. Ich weiß also nicht, ob über dieses Problem schon gesprochen worden ist. Ich erlaube mir den Vorschlag, die Sache mit dem Gebietszuschnitt zu streichen, weil das an das quantitative Element herangeht. Ich habe auch Bedenken hinsichtlich der Zahl der Verwaltungsebenen. Ich bin mit dem einverstanden, Herr Kollege Meyers, was Sie sagen zu Ihrem Anliegen in Nordrhein-Westfalen, aber ich frage mich, ob dem Anliegen nicht auf andere Weise entsprochen werden kann. Ich kann Ihnen im Moment noch keine Alternative sagen. Aber wenn das so stehenbleibt mit der Zahl der Verwaltungsebenen, dann werden viele Leute darunter verstehen eine Reduzierung der Anzahl der Gemeinden auf wenige große Einheiten. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Minister Dr. Filbinger ist eben hier eingetroffen. Zunächst möchte ich in dieser Runde zu seinem 55. Geburtstag, den er am letzten Sonntag gefeiert hat, recht herzlich gratulieren. (*Beifall.*)

Kohl: Ich muß unserem Freund Filbinger, was die Frage des Gebietszuschnitts betrifft, entschieden widersprechen. Ich bin nicht der Meinung, daß das heute nicht bleiben kann. Wenn wir in den nächsten 15 oder 20 Jahren im Bereiche der Infrastruktur und hinsichtlich der technischen Ausstattung des modernen Industriestaates auskommen wollen, können wir uns den Luxus, den wir an Verwaltungsaufwand, Personal- und Sachkosten heute in der Bundesrepublik erlauben, einfach nicht mehr leisten. Es ist

83 Manlio Brosio (1897–1980), italienischer Jurist und Diplomat; 1961–1964 Botschafter in Paris, 1964–1971 Generalsekretär der NATO.

keine gottgegebene Größe, daß Jahr für Jahr die Personal- und Sachkosten so steigen müssen, wie das bei uns der Fall ist.

Wenn die deutsche Wirtschaft in den letzten 20 Jahren in ihrer Personalwirtschaft solche Prinzipien gehabt hätte, wie sie die öffentliche Verwaltung in diesen 20 Jahren gehabt hat, dann wäre das Wirtschaftswunder, so glaube ich, ausgefallen. Wir haben heute in den kommunalen Gebietszuschnitten weitgehend noch die Größenordnung des Postkutschenzeitalters. Wir haben überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, daß sich die Lebensgewohnheiten, auch draußen im Lande, der Menschen total verändert haben. Im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung sind bei der Verkehrsinfrastruktur bestimmte Zahlen zugrunde gelegt worden für PKW-Ausstattung und die zur Verfügungstellung von Straßen bis Ende der siebziger Jahre. Man geht davon aus, daß dann jeder zweite Haushalt in der Bundesrepublik bis 1975 einen eigenen PKW besitzt. Im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung sind die Telefone je Haushalt genauso terminiert worden. Das Zeitalter des Computers kann doch an der Verwaltung nicht spurlos vorbeigehen.

Mit den bisherigen Zuschnitten ist das doch in der Praxis gar nicht mehr zu machen. Ich bin auch kein Freund von Mammutgemeinden. Was Herr Meyers für Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat, halte ich in der Form nicht für realisierbar.

Aber wir können doch nicht an dieser Tatsache vorbeigehen, daß wir im Bereiche der öffentlichen Verwaltung im wesentlichen seit der Zeit des gepriesenen Freiherrn vom Stein⁸⁴ nichts geändert haben. Es ist zwar so, daß da oder dort Stückwerk gemacht wird, daß aber der entscheidende Anstoß noch aussteht. Wir leisten uns hier einen Luxus, den man sich in keinem anderen vergleichbaren Industrieland erlaubt.

Hier steht doch nicht drin, wie groß der Gebietszuschnitt sein muß. Es ist ganz harmlos formuliert. Es steht drin, daß der jetzige Zustand so nicht bleiben kann. Ich bin auch durchaus dafür, daß da individuelle Lösungen gesucht und gefunden werden müssen. Es gibt keinen Zweifel daran, daß diese Probleme in Baden-Württemberg und auch in Rheinland-Pfalz überfällig sind. Es sind Probleme, die die Bevölkerung zunehmend interessieren. Sie hat den Eindruck, an der staatlichen Verwaltung wird überhaupt nichts geändert. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Meine Damen und Herren! Ich beziehe mich jetzt auf keinen, der sich hier zu Wort gemeldet hat, aber ich glaube trotzdem sagen zu müssen, daß wir uns alle bemühen sollten, uns so kurz wie möglich zu fassen, damit wir doch etwas schneller vorankommen. – Herr Schmücker!

Schmücker: Ich bin der Meinung, daß der Ausdruck „Gebietszuschnitt“ das gar nicht rechtfertigt, was Herr Filbinger hier sagt. Daß wir zu einer Verringerung der Zahl der Gemeinden kommen müssen, scheint mir ganz selbstverständlich zu sein. Ich komme aus dem oldenburgischen Raum mit Großgemeinden. Mein politischer Kreis hat zwölf Gemeinden. Der Nachbarkreis hat 78. Die können auf der Kreisebene gar nicht zusammenkommen. Die leben ja von den Feuerlöschspesen und den Anstrengungen der

84 Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Reformier.

Nachbargemeinden. Außerdem ist es gar nicht gerechtfertigt, was man in dieses Wort hineinlegt. Ich bin dafür, daß es so bleiben soll.

Lemke: Ich bin der Meinung, Herr Filbinger hat doch recht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren, darf ich nochmals um Ruhe bitten!

Lemke: Wir haben in Schleswig-Holstein etwa 14.000 Kommunalpolitiker. Von diesen 14.000 sind etwa 8.000 oder 9.000 CDU-Leute. Wenn Sie jetzt alle die kleinen Gemeinden aufheben und das Ganze wieder auf 1.400 Gemeindevertreter beschränken, dann verlieren wir auf dem Lande überall CDU-Vertreter. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich denke gar nicht daran, daß wir alle diese Leute in diesem Maße verärgern sollen. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Meyers: Wir sind keine Marxisten. Deshalb gibt es bei uns nicht das Gesetz der Großen Zahl. Aber ich meine, niemand, der vernünftig denkt, könnte etwas dagegen haben, daß wir kommunale Einheiten schaffen, die in der Organisation wie im Gebietszuschnitt leistungsfähig sind.

Filbinger: Man könnte die Worte „Organisation wie Gebietszuschnitt“ streichen. Daß die Leistungsfähigkeit auch den räumlichen Zuschnitt umfaßt ebenso wie die Organisation, das ist doch klar. Das kann man auch mit großer Deutlichkeit aussagen. Der Kernsatz, der ja ein politisches Wollen umfaßt, sollte keine Mißverständnisse enthalten. Ich hätte nichts dagegen, daß man unter dem Punkt „Verwaltungsreform“ das Postulat ausspricht, daß wir es nötig haben, eine Konzentration der Verwaltung durch freiwillige Formen der Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten herbeizuführen. Aber hier mangelt es mir etwas an Klarheit. Wo ein politischer Wille ausgesprochen wird, sollte er nicht dadurch gefährdet werden, daß man ihn nicht eindeutig formuliert.

Heck: Ist das ein Antrag, daß die Worte „in Organisation wie Gebietszuschnitt“ gestrichen werden sollen? (*Filbinger:* Ich stelle diesen Antrag!) Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind zwei. Die Gegenprobe! – Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt. – Wird zur Ziffer 25 noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf die alte Ziffer 26: „Unsere Rechtspolitik dient dem sozialen Rechtsstaat. Eine umfassende Justizreform muß für alle ordentlichen Gerichte den dreistufigen Aufbau durchführen, die Verfahren straffen und ihren beschleunigten Abschluß gewährleisten.“

Ein neues Strafrecht muß der Gesellschaft größtmöglichen Schutz vor Verbrechen gewähren; die Gebote der Sittlichkeit verpflichten das einzelne Gewissen, bedürfen aber nicht immer der Strafandrohung der Gesetze.

Ein neues Strafprozeßrecht muß die Rechte der Beschuldigten und Angeklagten stärken, die Dauer der Untersuchungshaft begrenzen und Fristen für die Anklageerhebung setzen.

Der Strafvollzug hat Bürgerrecht und Menschenwürde des Verurteilten zu achten, die Rückfallgefahr zu mindern und die gesellschaftliche Wiedereingliederung zu fördern.“

Schwarzhaupt: Ich habe einen Antrag zum Absatz 3, nämlich den allgemeinen Satz „Ein neues Strafprozeßrecht muß die Rechte der Beschuldigten und Angeklagten stärken“ zu ändern. Es kommen nachher noch zwei konkrete Punkte, durch die sie gestärkt werden, nämlich daß die Dauer der Untersuchungshaft begrenzt wird und die Fristen für die Anklageerhebung gesetzt werden. (*Sehr starke Unruhe.*) Ich schlage vor, im ersten Satz des Absatzes 3 die Worte „die Rechte der Beschuldigten und Angeklagten stärken“ zu streichen. Alles übrige soll bleiben.

Meyers: Die CDU muß als große Partei etwas weitergehen. Mein Antrag lautet, den Absatz 3 völlig zu streichen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wir könnten den ersten Absatz lassen. Das zweite ist ein Anliegen, bei dem uns die SPD schon um ein Vielfaches voraus ist, das wir aber trotzdem immerhin noch einholen können. Als Absatz 2 würde ich vorschlagen: „Die Unabhängigkeit des Richters ist zu stärken. Das Richteramt darf nur gefestigten Persönlichkeiten anvertraut werden; es soll mehr als bisher bewährten Vertretern anderer Berufe, insbesondere Staatsanwälten und Rechtsanwälten, zugänglich sein.“

Dann kommt die Frage, ob Sie so weit gehen wollen wie meine Juristen, die vorschlagen: Die Berufung in das Richteramt soll durch einen demokratisch legitimierten Wahlausschuß erfolgen.

Ich weiß, das stößt gegen die Regel des Herkömmlichen, aber das erste und zweite sollten wir bringen. Es ist nicht eine moderne Form, daß der jüngste Assessor aburteilt und die älteren und erfahrenen Richter sitzen bei der Staatsanwaltschaft und kommen nicht weiter.

Weiter sollten wir sagen: 3. „Die Einheitlichkeit der Rechtspflege ist anzustreben.“

Ob Sie einen weiteren Satz hinzufügen: „Die Betreuung aller Gerichtszweige ist in der Rechtspflege zusammenzufassen“, ist etwas anderes.

Dann könnten wir sagen: „Ein neues Strafrecht muß der Gesellschaft größtmöglichen Schutz vor Verbrechen gewähren; die Gebote der Sittlichkeit verpflichten das einzelne Gewissen, bedürfen aber nicht immer des strafrechtlichen Schutzes.“

Die Absätze 4 und 5 sollen bleiben wie bisher.

Heck: Das ging so schnell und ist so viel, daß ich das gar nicht auf einmal fassen kann, insbesondere bei dieser Unruhe. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Vielleicht könnte ich zunächst einmal die Frage stellen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie der Auffassung, daß der Absatz 3 gestrichen werden soll? (*Meyers:* Ja!)

Fay: Bei Absatz 3 bin ich der Auffassung, die Frau Schwarzhaupt vorgetragen hat, und zwar aus einem politischen Grund. Wenn wir verlangen, daß die Rechte der Beschuldigten und Angeklagten gestärkt werden, gehen wir über das hinaus, was in der Kleinen Strafprozeßrechtsreform⁸⁵ bereits geschehen ist. Mit diesem Satz schaffen wir neue NPD-Wähler.

Was hier fehlt, ist eine Abkehr von der Kleinen Strafprozeßrechtsreform. Wir haben es immer wieder erlebt, daß die Sittlichkeitsverbrecher, wenn sie ihren Wohnsitz be-

85 „Achstes Strafrechtsänderungsgesetz“ vom 25. Juni 1968, BGBl 1968 I S. 741.

kanntgegeben und ihre Tat bekannt haben und keine Verdunkelungsgefahr mehr bestand, daß sie freigelassen wurden. Aber am nächsten Tage war wieder ein neues Verbrechen geschehen. Wir haben das in den Osterunruhen erlebt. Die Leute haben ihren Namen genannt, sie haben ihre Tat bekannt gegenüber der Polizei, und es gab keinen Haftbefehl.

Das halte ich einfach für falsch. Wenn man ein Ohr für die Stimme des Volkes hat, so weiß man, das Volk will das und das. Bei den Sittlichkeitsverbrechen und bei den Demonstrationsverbrechen ist es einfach notwendig, um unsere Bevölkerung vor neuen Straftaten zu schützen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich weiß jetzt keine Formulierung, aber ich bitte Sie, diese Gedanken zu berücksichtigen; denn das muß ja alles neu gefaßt werden.

Ich folge auch weitgehend den Vorschlägen von Herrn Meyers. Ich gehe nicht so weit, daß ich Richter in demokratischer Urwahl wählen möchte. (*Meyers: Von einer Urwahl war gar keine Rede.*) Das muß also neu durchdacht werden.

Heck: Ich mache jetzt einen Vorschlag. Wir müssen ohnedies hier unterbrechen. Ich schlage vor, daß wir Frau Dr. Schwarzhaupt, Herrn Meyers und Herrn Fay in eine Arbeitsgruppe wählen und daß sich diese zusammensetzt, um die Ziffer 26 neu zu formulieren. Wir fahren die Debatte aber noch fort, damit die Damen und Herren wissen, was sie berücksichtigen sollen. Das könnte dann in der Pause geschehen. Wir beraten nachher weiter im Bundeshaus. Wir können die Beratungen hier nicht weiter fortsetzen, weil dieser Raum für ein Essen benötigt wird. (*Starke Unruhe.*)

Schmücker: Ich gebe Herrn Meyers und auch Herrn Fay recht. Soweit sich die Debatte um diese Fälle dreht, sind die Auswirkungen in der öffentlichen Meinung vorhanden. Aber übersehen Sie, insbesondere meine Herren Juristen, nicht, es gibt nichts in den deutschen Einrichtungen, daß der Bürger so gerne meidet, wie die Gerichte. (*Starke Unruhe.*) Die Finanzämter übrigens auch!

Das liegt z. T. daran, weil die Leute vor den Gerichten sehr häufig vom Richter und auch vom Anwalt in einer Weise behandelt werden, daß diese Reaktion keineswegs als verwunderlich hingenommen werden kann. Das Benehmen einiger Richter, die völlig abwegige Dinge ausbreiten, die mit der Sache gar nichts zu tun haben, ist schrecklich. Das hat eine starke Gegeneinstellung bei der Bevölkerung hervorgerufen, was wir natürlich auch berücksichtigen müssen. Ich weiß, daß das mit diesem Passus nicht gemeint ist, aber wenn Sie dazu etwas sagen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. (*Anhaltende Unruhe.*)

Filbinger: Ich möchte drei Vorschläge für die Formulierung machen: 1. Streichung des Absatzes 3 der alten Ziffer 26. Ich stimme den Argumenten zu, die hier geäußert worden sind. Es hat sich nicht bewährt, daß man die Wiederholungsgefahr aus Haftgründen eliminiert hat in der Kleinen Strafprozeßnovelle. 2. Warum wollen wir diese Erfahrungen nicht aussprechen in dem, was wir formulieren, und sagen: Die Strafprozeßnovelle, die die Wiederholungsgefahr ausgeschlossen hat, hat sich insoweit nicht bewährt.

3. Ich würde nicht zustimmen der Schaffung eines Richterwahlausschusses oder eines Gremiums irgendwelcher Art.

4. Ich würde davor warnen, den Gedanken eines Rechtsprechungsministeriums als Empfehlung zu verankern. (*Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich bin einigermaßen erstaunt über den Antrag auf Streichung des ganzen Absatzes 3. Sie haben eine Reihe von Dingen gesagt, Herr Filbinger, die ich voll unterstützen würde, nur darf es jetzt auf keinen Fall daraus hinauslaufen, und zwar unter dem Eindruck dieser Sittlichkeitsdelikte, die hier genannt worden sind, daß das Problem der Untersuchungshaft wieder in einer Weise gelöst wird, wie es bisher gewesen ist.

In der Praxis erleben Sie sehr oft, daß seltsamerweise die Untersuchungshaft und die Haftstrafe, die verhängt wurde, in einer ziemlichen Identität zueinander stehen. (*Starke Unruhe.*)

Wir haben in Deutschland eine Situation – ich kann das nur unterstützen, was Herr Schmücker sagte –, daß der unbescholtene Bürger vor Gericht in eine sehr eigenartige Lage kommt. Wer ab und zu das einmal beobachtet, der weiß genau, daß hier noch aus einer obrigkeitsstaatlichen Vorstellung heraus operiert wird, die ich für meine Person entschieden ablehne.

Ich stimme dem zu, daß man in solchen Fällen, die Herr Fay genannt hat, etwas überlegen muß. Die Untersuchungshaft ist bei uns in vielen Fällen in einer Weise düpiert, daß der endgültige Spruch des Gerichts in keinem Verhältnis mehr dazu steht. Manch einer ist ruiniert aufgrund seiner Untersuchungshaft, weil die Leute das dann in ein Verhältnis zu der zu erwartenden Strafe stellen.

Ich bitte also die Herren darum, daß sich die Kommission das noch einmal vornimmt, um hier eine Lösung zu finden, die auch einer vernünftigen Betrachtung der Untersuchungshaft ein breites Tor offenläßt. Ich bin nicht dafür, daß wir hier eine Oberstaatsanwaltsbetrachtung in die Überlegung hineinnehmen, wobei ich hier feststellen möchte, daß in der Kommission der eine anwesende Oberstaatsanwalt die Richtung vertreten hat, wie ich sie hier vertreten habe.

Filbinger: Es ist vorhin mit Recht gesagt worden, daß bei Demonstrationsdelikten die bisherige strafprozessuale Lage uns in eine außerordentlich schwierige Situation bringe. Nach Demonstrationen in Freiburg im Februar sind Studenten verhaftet worden. Nach Feststellung der Personalien wurden sie wieder freigelassen. Mehrere davon haben kurz darauf in der gleichen Stunde einen Angriff auf das Amtsgericht in Freiburg unternommen, um die Rabauken, die wegen ganz schwerer Dinge dort sitzen, zu befreien. Bei diesen Störenfrieden ist natürlich so durchzugreifen, wie das nötig ist. (*Unruhe.*)

Heck: Wird weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Herrn Meyers, Frau Schwarzhaupt und Herrn Fay sowie Herrn Kohl (*Kohl:* Nein!) die Ziffer 26 unter Berücksichtigung dessen, was hier gesagt worden ist, neu zu formulieren.

Wir kommen zur Ziffer 27: „Organisation und Praxis der öffentlichen Verwaltungen müssen sich nach den Erfordernissen eines modernen Staatswesens richten und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft, sozialen und kulturellen Be-

reichen ermöglichen. Bei Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst sollen für Frauen und Männer Eignung und Leistung allein maßgebend sein. Für die Weiterbildung vor allem der leitenden Kräfte sind neue Einrichtungen zu schaffen. Qualifizierte Kräfte sollen häufiger als bisher in Wirtschaft und Verwaltung wechselseitig eingesetzt werden.

Das Dienst- und Besoldungsrecht ist für Bund, Länder und Gemeinden einheitlich zu gestalten.“

Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Ziffer 28: „Die Freiheit der öffentlichen Meinung, ein Grundelement unserer Verfassung, ist zu schützen. Pressekonzentration darf nicht dazu führen, daß die Mannigfaltigkeit der politischen Auffassungen sich nicht mehr wirksam ausdrücken kann. Wir fordern ein Bundespressegesetz, das Rechte und Pflichten der Verleger und Redakteure festlegt sowie das Recht der in Presse, Hörfunk und Fernsehen Angegriffenen auf Verteidigung regelt.

Die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks muß die Grundlage der Organisation von Hörfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik bleiben; rationellere Organisationsformen sind anzustreben.

Eine mißbräuchliche Verwendung demoskopischer Daten ist zu verhindern.“

Lemke: Der Herr Bundeskanzler sagte eben, man muß eine Tür zum privaten Rundfunk finden. Wenn wir das Grundgesetz nicht ändern, haben die Leute einen Anspruch darauf. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

Heck: Es sind zwei Probleme, die der Bundeskanzler angeschnitten hat. Er hat gesagt, daß wir so formulieren sollen, daß eine private Organisation des Fernsehens nicht ausgeschlossen ist. Es freut mich, daß dieser Vorschlag kommt. Herr Dr. Kohl, das ist eine Sache, wo an sich die Saar und Rheinland-Pfalz offensichtlich noch gewisse Interessen haben. (*Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich finde es seltsam, daß Sie mich immer ansprechen. Da sitzt Herr Schröder und redet kein einziges Wort. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich würde sagen, er ist viel kompetenter als ich. Es sind auch die Kollegen aus Schleswig-Holstein da. (*Anhaltende Unruhe.*) Das ist eine Frage, wie man die Sache begründet. Die jetzige Formulierung schließt es nicht aus und hat auch für uns große Vorteile. Wenn in der Begründung darauf hingewiesen wird, daß es so zu verstehen ist, ist es sozusagen protokollarisch festgelegt. Weil das nicht ausgeschlossen wird, wäre es mir lieber, wenn wir uns keine Hemmungen auferlegten, als wenn wir jetzt in eine Tendenz hineingingen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Man könnte sagen, „die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks soll die Grundlage ...“ (*Zurufe: Ja!*) Sie sind einverstanden!

Lemke: Wir können es so machen, daß das so bleibt, (*Sehr starke Unruhe.*) aber wenn wir das wollen, dann muß das Grundgesetz geändert werden, weil wir nicht verhindern können, daß auch Private kommen. Dann kommen noch mehr, dann kommen die Kirchen, die Gewerkschaften usw. Das ist das Problem. Ich wollte nur die Tür auflassen, daß es nach unserer Meinung ein Fernsehen geben kann. Aber im Grunde genommen wollen wir bei der öffentlich-rechtlichen Struktur bleiben.

Kraske: Ich würde vorschlagen, daß wir die allgemeine Interpretation aufnehmen: Das soll die Grundlage bleiben, die andere Formen am Rande in späteren Zeiten nicht ausschließt. Ich glaube, daß wir uns unsere Aufgabe noch mehr erschweren, wenn wir jetzt über die künftige Rundfunkkommission der Union hier debattieren. Ich glaube, das können wir nicht durchstehen. (*Schmücker:* Das „soll“ soll aber nicht hinein. – *Meyers:* Doch, es ist drin!)

Heck: Wir ersetzen das Wort „muß“ durch das Wort „soll“. (*Starke Unruhe.* – *Lemke:* Danach sind alle Formen möglich. Die Liberalisierung des Rundfunks ist gefährlich, weil es nachher zehn oder 100 geben kann. – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten. Es hat doch gar keinen Sinn, wenn hier andauernd mehrere durcheinander reden.

Schäfer: Ich wäre mit der Formulierung „soll“ einverstanden. Wenn man das andeuten will, müßte man sagen: „Auch für den Fall, daß andere Organisationsformen möglich werden, soll ...“

Kohl: Ich würde dringend darum bitten, es bei dem „soll“ zu belassen. Dann haben wir alles offen. Wir wecken wirklich schlafende Hunde in einem Moment, wo das gar nicht aktuell ist.

Heck: Wir lassen es bei „soll“. Die Formulierung im dritten Absatz „Eine mißbräuchliche Verwendung demoskopischer Daten ist zu verhindern“ hat beim Bundeskanzler eine gewisse Besorgnis ausgelöst. Damit ist folgendes gemeint: Man kann in der Tat mit demoskopischen Umfragen, je nachdem, wie die Fragen gestellt werden, und je nachdem, wem sie gestellt werden, den größten Unfug betreiben. Hier ist gemeint, daß eine mißbräuchliche Verwendung einfach dadurch verhindert werden soll, daß diese Institute durch Gesetz verpflichtet werden, bekanntzugeben, erstens wie die Frage lautet und zweitens welcher Personenkreis gefragt worden ist. (*Meyers:* Das ist zu knapp. Dann müssen Sie sagen, „um eine mißbräuchliche Verwendung demoskopischer Daten zu verhindern, sind die demoskopischen Institute durch Gesetz verpflichtet ...“ – *Zuruf:* Die alte Formulierung!)

Meyers: Was heißt „zu verhindern“? Heißt das, richtige demoskopische Daten dürfen nicht mißbräuchlich verwendet werden? (*Heiterkeit und Unruhe.*) Ist es eine mißbräuchliche Verwendung, wenn ich die bekanntgebe, weil sie zu meinen Gunsten sind, oder umgekehrt? Das ist also eine heillose Geschichte. Man kann auch zu kurz sein. In diesem Falle würde ich sagen, nehmen Sie die alte Formulierung, dann weiß man, woran man ist. Wir wollen die Institute zu einer sauberen Handhabung verpflichten.

Heck: Wir müssen hier eine neue Formulierung vornehmen.

Kraske: Ich darf die alte Formulierung vorlesen: „Die empirische Erforschung der Volksmeinung (Demoskopie) ist zu einem wichtigen Instrument der Politik geworden. Um der mißbräuchlichen Verwendung demoskopischer Daten zu begegnen, schlägt die CDU vor, daß mit der Publikation von Ergebnissen zugleich verlangt werden kann zu veröffentlichen, wie die Fragestellung lautete, wer der Auftraggeber war und wie viele Personen auf welche Weise befragt wurden.“

Das müßte stilistisch noch überarbeitet werden.

Kohl: Eine Sache ist überhaupt nicht drin, und eine Sache ist zuviel drin. Was nicht drin ist, das ist ja die Crux, daß nämlich bei den demoskopischen Untersuchungen von unseriösen Instituten die Befragungsbogen sofort vernichtet werden, so daß es nicht mehr möglich ist, seriös zu untersuchen und festzustellen, inwieweit es eine ordentliche Befragung gewesen ist. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wir können nicht verlangen, daß der Auftraggeber bekanntgegeben und veröffentlicht werden soll.

Heck: Meine Herren! Ich darf nochmals dringend um Ruhe bitten. Wir müssen doch unbedingt weiterkommen.

Ich schlage nunmehr vor, daß Herr Kohl unter Berücksichtigung dessen, was gesagt wurde, den Vorschlag nach unserem Kalten Büfett ausgearbeitet vorlegt. (*Unruhe.*) Meine Herren, wir brauchen viel mehr Zeit, wenn wir so weiter in Unruhe tagen, wie das hier der Fall ist. Wenn ein bißchen mehr Disziplin gehalten wird, kommen wir rascher vorwärts.

Wir kommen zur Ziffer 29: „Die Freiheit der kirchlichen Verkündigung muß gesichert und die Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften ungeschmälert bleiben. Sie müssen weiterhin ihre Verantwortung für das Gemeinwohl ungehindert wahrnehmen können. Ihre Bestrebungen, den Familien beizustehen, Jugend und Erwachsene zu bilden und allen in Not Geratenen zu helfen, sind zu fördern.“

Hier hatte der Bundeskanzler angeregt, wie folgt zu sagen: „Die Freiheit der religiösen Verkündigung“, ferner soll im Satz 2 das Wort „Verantwortung“ durch „Mitverantwortung“ ersetzt werden. So habe ich es verstanden.

Kraske: „Mitverantwortung“ ist eine wesentliche Verbesserung. In der Formulierung „religiöse Verkündigung“ würde ich keine Verbesserung sehen. Dann würde ich beides weglassen und sagen „die Freiheit der Verkündigung“; denn durch den Nachsatz wird klar, worum es sich handelt. Ich hätte trotz der Religionsgemeinschaften nichts einzuwenden, wenn es im ersten Teil „kirchlich“ hieße.

Hahn: Ich schlage vor: „Die Freiheit der Verkündigung der Kirchen und Religionsgemeinschaften muß gesichert werden.“

Meyers: „Die Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften muß ungeschmälert und die Freiheit ihrer Verkündigung gesichert bleiben.“ (*Zustimmung.*)

Heck: Wird noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich jetzt die Debatte und schlage vor, daß wir um 19.15 Uhr wieder mit den Beratungen beginnen und das absolvieren, was wir zurückgestellt haben.

Kraske: Das Kalte Büfett ist im Fraktionssaal aufgebaut. Wir tagen im Anschluß nebenan im Fraktionsvorstandszimmer.

Unterbrechung um 18.45 Uhr.